

Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Mannheim 2016



Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Mannheim 2016

Hinweise zur Methodik

Der vorliegende erste Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Mannheim dient als Bestandsaufnahme von Nachhaltigkeit in Mannheim und reiht sich ein in die kommunale Nachhaltigkeitsberichterstattung im Rahmen der „Initiative Kommunale Nachhaltigkeit in Baden-Württemberg“. In weiten Teilen kann der Bericht zu interkommunalen Vergleichen herangezogen werden; er verwendet deswegen, wo immer möglich und sinnvoll, Daten des Statistischen Landesamts. Die Daten des kommunalen Melderegisters der Stadt Mannheim sind zwar kleinräumig aggregierbar und bieten eine Grundlage für kommunale Planung der Stadt Mannheim, liefern jedoch keine Vergleichsmöglichkeit zwischen Mannheim und anderen Städten.

In Einzelfällen beschreibt der Nachhaltigkeitsbericht singuläre Mannheimer Indikatoren, für die auf eine individuelle Datenbasis zugegriffen wurde (z. B. Indikator C2.2).

Die in diesem Bericht verwendeten Indikatoren weisen Ähnlichkeiten mit einzelnen Indikatoren der acht strategischen Ziele der Stadt Mannheim auf (z. B. einzelne sozioökonomische und ökologische Indikatoren der Kapitel A und B). Aus den weiter oben genannten Gründen wurde jedoch auch hier auf das Indikatorenset der kommunalen Nachhaltigkeitsberichterstattung Baden-Württemberg zurückgegriffen.

Grußwort von Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz



Seit Januar 2016 verpflichten die Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen alle Länder der Welt zur Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien. Entscheidend wird hierbei einmal mehr die kommunale Ebene sein. Als Stadt Mannheim leisten wir in diesem Prozess der 2030-Nachhaltigkeitsagenda unseren Beitrag im Sinne der „Einen Welt“ und legen hiermit unseren ersten Nachhaltigkeitsbericht vor.

Indikatoren aus den Handlungsfeldern des geltenden Nachhaltigkeitsbegriffs stellen die Entwicklungen der vergangenen Jahre dar. Bis auf Ausnahmen, die spezifische Mannheimer Aktivitäten beschreiben, wurden die vom Umweltministerium Baden-Württemberg und der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz vorgeschlagenen Kennzahlen verwendet. Dies gewährleistet, trotz unterschiedlicher soziodemografischer und infrastruktureller Voraussetzungen von Städten, eine Vergleichbarkeit mit anderen Kommunen im Land, die ebenfalls Nachhaltigkeitsberichte veröffentlicht haben.

Die Maxime „Think global, act local“ ist präziser und wichtiger denn je. Aktiv in ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Handlungsfeldern stellen wir uns der Verantwortung sowohl einer in der Globalisierung lebenden Stadtgesellschaft als auch des schonenden Umgangs mit den heute noch verfügbaren Ressourcen. Dies betrifft Themen wie eine effiziente Haushaltsplanung, den Konsum von Lebensmitteln, Wasser, Energie und anderen kommunalen Beschaffungsgütern sowie das friedvolle Zusammenleben in einer kulturell vielfältigen Stadt.

Der Mannheimer Fairtrade-Town-Prozess ist aufgrund seiner globalen Wirkung ebenso von Bedeutung wie die Teilhabe aller Mannheimerinnen und Mannheimer an Begegnungsmöglichkeiten rund um Themen des globalen Lernens. Ein noch junges Thema ist die Smart City Mannheim. Hier findet eine rasante Entwicklung statt, die nach der Profilierung Mannheims als attraktiver Standort der Kultur- und Kreativwirtschaft mit dem Wirtschaftscluster Medizintechnologie und neuen urbanen Mobilitätsangeboten innovative Zukunftsfelder unter dem Begriff der Industrie 4.0 vernetzt, was insbesondere die Gründungskultur weiter antreiben wird.

Die Auszeichnung unseres wirkungsorientierten Steuerungssystems mit dem Deutschen Nachhaltigkeitspreis 2013 bestätigte den Erfolg unserer Gesamtstrategie. Entstanden ist diese unter Berücksichtigung demografischer und struktureller Mannheimer Spezifika und ausgesuchter Handlungsfelder der Lokalen Agenda 21 bereits 2009. Heute transformieren wir die Nachhaltigkeitssektoren Ökologie, Wirtschaft und Soziales in das Spektrum einer smarten Stadt, welche die Herausforderungen des nachhaltigen Miteinanders und Konsums in einer globalisierten Welt bewältigt und deren Chancen zu nutzen weiß. Nur wenn wir unser Handeln stets messen und in seiner Wirkung verbessern, können wir als resilienter kommunaler Lebensraum in einer im Guten wie im Schwierigen näher zusammenrückenden Welt bestehen.

Herzlich
Ihr Oberbürgermeister

Dr. Peter Kurz

Grußwort von Bürgermeisterin Felicitas Kubala



Nachhaltigkeit heißt, dass unsere Lebens- und Wirtschaftsweise so ausgerichtet ist, dass auch die kommenden Generationen gut leben können – in ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht. Eine zukunftsfähige, nachhaltige Entwicklung ist seit Jahren ein zentrales politisches Thema und eine Herausforderung insbesondere für die Kommunen, die spätestens mit der UN-Konferenz von Rio de Janeiro (1992) aufgerufen sind, die Ziele der Lokalen Agenda 21 vor Ort umzusetzen.

Mit dem ersten Nachhaltigkeitsbericht für Mannheim werden Handlungsfelder definiert und ausgehend vom Status quo Ziele für die nachhaltige Entwicklung der Stadt formuliert. Anhand von Indikatoren soll in den folgenden Jahren nachvollziehbar überprüft werden, ob die gesetzten Ziele auf dem Pfad einer nachhaltigen Stadtentwicklung erreicht sind.

Im Sinne des Leitbildes der Nachhaltigkeit werden im Bericht die ökologische Tragfähigkeit der Stadt am Beispiel der Themen Klimaschutz und Mobilität, zukunftsfähiges Wirtschaften sowie die soziale Entwicklung, unter anderem sozialer Zusammenhalt, Integration und Wohnen, abgebildet. Neben der Beschreibung des Ist-Zustands wird anhand von Projektbeispielen aufgezeigt, wie Nachhaltigkeitsziele erreicht werden können.

Mannheim steht wie alle anderen Kommunen vor der Herausforderung, sich an die schon heute erkennbaren Folgen des Klimawandels anzupassen und Maßnahmen zum Klimaschutz umzusetzen. Beispiele in diesem Bericht verdeutlichen, dass in diesem Sinne schon viele Projekte auf den Weg gebracht worden sind. Die Stadtverwaltung trägt durch vorbildliches Handeln ihren Anteil zu einer zukunftsfähigen Entwicklung bei und unterstützt Bürgerinnen und Bürger durch Förderprogramme zur energetischen Sanierung oder Dach- und Fassadenbegrünung. Sie ermutigt und unterstützt beim Erlangen der deutschen Staatsbürgerschaft. Sie fördert vielzählige, unterschiedlichste kulturelle und soziale Einrichtungen und vieles mehr. Schon heute bringen sich viele Bürgerinnen und Bürger beruflich und/oder ehrenamtlich aktiv in die Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft ein und leisten damit einen wichtigen Beitrag für die Lebensqualität in unserer Stadt. Allen Engagierten danke ich sehr herzlich dafür!

Eine nachhaltige Stadtentwicklung ist nur möglich, wenn sich alle Akteure der Stadtgesellschaft dafür engagieren – Bürgerinnen und Bürger, Verwaltung, Politik, Unternehmen, Vereine und Organisationen, alle sind herzlich eingeladen, sich an diesem Prozess zu beteiligen, ins Gespräch miteinander zu kommen, gemeinsam Lösungen zu erarbeiten und Maßnahmen umzusetzen. Der Nachhaltigkeitsbericht kann und soll Informations- und Arbeitsgrundlage für diesen Beteiligungsprozess sein.

Ihre Umweltbürgermeisterin

Felicitas Kubala

Grußwort	04	Dr. Peter Kurz, Oberbürgermeister
	06	Felicitas Kubala, Bürgermeisterin
Haltung	12	Was bedeutet nachhaltige Entwicklung?
	14	Schwerpunkte nachhaltiger Kommunalentwicklung
	16	Das wirkungsorientierte Steuerungssystem der Stadt Mannheim
Handeln	18	Nachhaltige Kommunalentwicklung: Wie sieht die praktische Umsetzung in Mannheim aus?
	20	Das Grün in der Stadt
	22	Förderung und Vielfalt von Kultureinrichtungen und UNESCO City Of Music
	24	Stadtkultur am Verbindungskanal und die Mannheimer Gründungszentren
	26	Integrationslotsen in der Neckarstadt-West
	28	Zuwanderung und Einbürgerung in Mannheim
	30	Faire öffentliche Beschaffung
	32	Internationale Beziehungen Mannheims
	34	Partizipation durch Beteiligungshaushalt
	36	Smart City Mannheim
	38	Nachhaltigkeit und Klimaschutz in der Verwaltung – der „FlurfunkE“
	40	Radverkehr als nachhaltiger Mobilitätsanker

Resultate	42	A Ökologische Tragfähigkeit
	46	A1 Energie- und Klimaschutz
	48	A1.1 Verbesserter Klimaschutz
	50	A1.2 Verringerung des Energieverbrauchs
		A1.3 Ausbau der erneuerbaren Energien
	52	A2 Verkehr und Mobilität
		A2.1 Verringerung des motorisierten Individualverkehrs
	58	A3 Luftqualität
		A3.1 Geringe Luftverschmutzung
	62	A4 Abfall und Abwasser
	64	A4.1 Niedriges Restmüllaufkommen
	66	A4.2 Hohe Wiederverwertung
		A4.3 Niedriges Abwasseraufkommen
	68	A5 Sparsamer Flächenverbrauch
		A5.1 Nachhaltiges Flächenmanagement
	70	A6 Naturschutz und Artenvielfalt
	72	A6.1 Stärkung des Naturschutzes
		A6.2 Hohe Biodiversität

Resultate	74	B	Wirtschaft und Soziales: gutes Leben in Kommunen
		B1	Bevölkerungsstruktur
	80	B1.1	Ausgewogene Bevölkerungsstruktur
		B2	Siedlungsstruktur
	90	B2.1	Ausgewogene Siedlungsstruktur
		B3	Sicherheit
	94	B3.1	Niedrige Kriminalität
		B4	Arbeit
	96	B4.1	Niedrige unfreiwillige Arbeitslosigkeit
	102	B4.2	Schaffung von Arbeitsplätzen
		B5	Einkommensverteilung
	104	B5.1	Armutquote
		B6	Bildung, Ausbildung und Kultur
	106	B6.1	Gute Ausstattung der Bibliotheken
	108	B6.2	Niedrige Zahl von Schulabgängerinnen und Schulabgängern
	110	B6.3	Schaffung von Ausbildungsplätzen
	112	B6.4	Kulturelles Angebot
	116	B6.5	Förderung von Kultur
		B7	Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen
	118	B7.1	Förderung von Kinder- und Jugendarbeit
	120	B7.2	Abdeckung vorschulischer Bedarfe
	122	B7.3	Ausreichende Zahl von Kinderbetreuungsplätzen
		B8	Regionale Versorgung und lokale Ökonomie
	124	B8.1	Hoher Versorgungsgrad
	126	B8.2	Gutes Umfeld für Unternehmensgründungen
	128	B8.3	Hohe Ertragskraft
		B9	Betrieblicher Umweltschutz
	130	B9.1	Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes

Resultate	132	C	Rahmenbedingungen einer nachhaltigen Kommunalentwicklung
		C1	Gesunde Struktur des öffentlichen Haushalts
	138	C1.1	Gute fiskalische Nachhaltigkeit
		C2	Faire Preise und bewusster Konsum
	140	C2.1	Öko-soziale und faire Beschaffung
	142	C2.2	Hoher Umsatz fair gehandelter Ware
		C3	Lokale Entwicklungszusammenarbeit und gerechte Verteilung
	146	C3.1	Intensive lokale Entwicklungszusammenarbeit
		C4	Gesundheitsniveau
	148	C4.1	Gute Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen
	150	C4.2	Hohe Lebenserwartung
	152	C4.3	Breite Abdeckung von Gesundheitsfragen durch ehrenamtliche Organisationen
		C5	Globales Lernen
	154	C5.1	Hohe Beteiligung bei interkulturellen Veranstaltungen
	156	C5.2	Hohe Beteiligung beim Agenda-Diplom
		C6	Teilhabe von Migrantinnen und Migranten
	158	C6.1	Gute Bildung von Migrantinnen und Migranten
	166	C6.2	Hohe Akzeptanz von Migrantinnen und Migranten
		C7	Teilhabe von Frauen
	170	C7.1	Hohe Teilhabe von Frauen im Kommunalparlament
		C8	Kommunales Management
	172	C8.1	Geringer Energieverbrauch kommunaler Liegenschaften
	174	C8.2	Ökofaire Beschaffung in der kommunalen Verwaltung
		C9	Demokratisches Engagement
	176	C9.1	Förderung von Bürgerbeteiligung durch die Kommune
	178	C9.2	Hohes ehrenamtliches Engagement
	180		Indikatoren im Überblick

Was bedeutet nachhaltige Entwicklung?

Die zunehmenden Folgen des Klimawandels zeigen immer deutlicher Grenzen der industriellen Wirtschaftsweise und damit „Grenzen des Wachstums“ auf. Der unter diesem Titel veröffentlichte Expertenbericht des Club of Rome brachte bereits 1972 das Thema der Endlichkeit von Ressourcen in die wissenschaftliche Diskussion ein, die sich im Nachfeld zunehmend am Leitbild der Nachhaltigkeit orientierte.

Fazit: Ein sparsamerer Umgang mit den natürlichen Ressourcen ist zwingend erforderlich, um die ökologische Tragfähigkeit des Planeten nicht erheblich zu überlasten. Seinen Ursprung hat der Begriff Nachhaltigkeit in der Forstwirtschaft: Es soll in einem Wald nicht mehr Holz geschlagen werden als wieder nachwächst.

Die von den Vereinten Nationen eingesetzte Brundtland-Kommission hat vor diesem Hintergrund in ihrem 1987 vorgestellten Bericht eine Nachhaltigkeitsdefinition vorgelegt, die weit über einen engen naturwissenschaftlich bestimmten Begriff von „Grenzen der Tragfähigkeit“ hinausgeht. Demnach besteht Nachhaltigkeit darin, die Bedürfnisse der Gegenwart zu befriedigen, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre Bedürfnisse nicht mehr befriedigen können.

Auf der Konferenz der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro über Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 haben die Regierungen unter breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft mit der Agenda 21 ein Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert verabschiedet, das zur Umsetzung einer global nachhaltigen Entwicklung beitragen soll. Schwerpunkte des Programms sind neben der Erhaltung der natürlichen Ressourcen die sozialen und wirtschaftlichen Dimensionen. Wichtige gesellschaftliche Gruppen sollten gestärkt und deren Möglichkeiten zur Umsetzung ihrer Ziele verbessert werden. Kommunen erhielten in der Agenda 21 ein eigenes Kapitel. Als Grundlage für Entscheidungen sollten Indikatoren auf allen Ebenen entwickelt werden. Damit wurde nachhaltige Entwicklung zu einem weltweiten Leitbild erhoben, welches die internationale und nationale Politik ebenso bestimmen soll wie das Handeln auf kommunaler Ebene.

Grundlage ist ein umfassendes Nachhaltigkeitsverständnis, das ökonomische, ökologische und soziale Belange gleichermaßen berücksichtigt. Die Belastbarkeit der Natur sowie die Endlichkeit der Ressourcen setzen dabei die Grenzen. Die Vereinten Nationen bekräftigten dies 2012 mit dem Dokument „Die Zukunft, die wir wollen“ als Ergebnis einer UNCED-Folgekonferenz: „Wir sind uns daher der Notwendigkeit bewusst, die nachhaltige Entwicklung weiter systematisch auf allen Ebenen zu etablieren, ihre wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekte unter Berücksichtigung der zwischen ihnen bestehenden Verbindungen zu integrieren und so eine nachhaltige Entwicklung in allen ihren Dimensionen herbeizuführen“. (UN-Resolution 66/288 vom 27. Juli 2012)

Im September 2015 wurden die bis dato für die sogenannten Entwicklungsländer geltenden Millenniumsziele durch die Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen abgelöst, die seither alle Staaten zur Nachhaltigkeit verpflichten. Kommunen wie Mannheim, die sich der Herausforderung der Umsetzung der 17 SDGs stellen, leisten einen Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit im Sinne der „Einen Welt“.

Schwerpunkte nachhaltiger Kommunalentwicklung

Die Übersetzung des allgemeinen Begriffs der nachhaltigen Entwicklung in ein politikfähiges Konzept macht seine Übertragung in den kommunalpolitischen Alltag notwendig. Die Bestimmung der wesentlichen Inhalte kann über die Formulierung einzelner kommunaler Schwerpunkte geschehen.

Wichtige Handlungsfelder hat der Städtetag Baden-Württemberg 2008 in seinem „Positionspapier zur Nachhaltigkeitsstrategie des Landes – Gemeinsam für eine nachhaltige Zukunft in Baden-Württemberg“ beschrieben. Als bundesweites Positionspapier sind „Strategische Eckpunkte für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen“ erschienen, die 2010 im Rahmen des Dialogs „Nachhaltige Stadt“ von Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern beschlossen und 2015 aktualisiert wurden. Bei dieser Initiative des Rats für Nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung waren Kommunen aus Baden-Württemberg besonders stark vertreten und haben Konzepte für eine nachhaltige Stadtentwicklung vorgelegt. In der Europäischen Union wurde 2007 die „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ als Dokument der Mitgliedsstaaten verabschiedet, der seither auch viele deutsche Städte beigetreten sind.



Die identifizierten Schwerpunktthemen für eine nachhaltige Stadtentwicklung werden den drei Bereichen der nachhaltigen Entwicklung zugeordnet, die auf Landesebene in Baden-Württemberg als Gliederungssystematik verwendet werden:

Ökologische Tragfähigkeit

- Klimaschutz und Mobilität
- Abfall und Ressourcenverbrauch
- Luftqualität und biologische Vielfalt

Wirtschaft und Soziales: gutes Leben in Kommunen




- Zukunftsfähiges Wirtschaften und Arbeiten
- (Aus-)Bildung und Kultur
- Gesundheit und Sicherheit

Rahmenbedingungen einer nachhaltigen Kommunalentwicklung





- Ökofaire Beschaffung und globale Verantwortung
- Integration und Beteiligung
- Vorbildfunktion der Kommune

Zu den meisten der in diesem Bericht vorgestellten Indikatoren erfolgt eine kompakte Analyse des aktuellen Zustandes und der weiteren Entwicklung zu einer nachhaltigen Kommune. Diese soll nicht als abschließendes Ergebnis, sondern als Diskussionsangebot verstanden werden.

Anhand der „Ampel“, die eine Kurzbewertung der Ist-Situation symbolisieren soll, wird der aktuelle Wert des Indikators mit einem Zustand verglichen, der als nachhaltig bezeichnet werden könnte. Zur Entscheidung werden hierbei nach Verfügbarkeit andere Kommunen in Baden-Württemberg, Daten des Landes und Werte einer idealtypisch-nachhaltigen Kommune als Vergleichsmaßstab hinzu gezogen.

-  **Der aktuelle Zustand ist nicht nachhaltig.**
-  **Der aktuelle Zustand ist noch nicht ausreichend, um als nachhaltig bezeichnet zu werden.**
-  **Der aktuelle Zustand ist zufriedenstellend oder gut nachhaltig.**

Der „Pfeil“ schätzt die Entwicklung des Indikators in den letzten Jahren in Bezug auf das Ziel der Nachhaltigkeit ein.

-  **Die Situation hat sich verschlechtert.**
-  **Die Situation hat sich nicht oder nur kaum verändert.**
-  **Die Situation hat sich verbessert.**
-  **Uneinheitliche Entwicklung, kein Trend ersichtlich.**

Das wirkungsorientierte Steuerungssystem der Stadt Mannheim

Die längst in den Kommunen angekommene Globalisierung erfordert ein wirkungsorientiertes, proaktives Handeln der Verwaltung. Reagieren reicht für eine nachhaltige Stadtentwicklung und die Gestaltung des von Vielfalt geprägten Lebensraums Stadt nicht aus. 2008 startete die Stadt Mannheim die Verwaltungsreform CHANGE², die für einen Innovationsschub in Mannheim sorgte und 2013 mit dem Deutschen Nachhaltigkeitspreis in der Rubrik „Governance und Verwaltung“ ausgezeichnet wurde.



Das Mannheimer Modell – Die 8 strategischen Ziele für eine moderne Großstadt

- 01 Urbanität stärken
- 02 Talente gewinnen
- 03 Unternehmen stärken
- 04 Toleranz leben
- 05 Bildungsgerechtigkeit verbessern
- 06 Kreativität stärken
- 07 Engagement unterstützen
- 08 Eigenkapital mehren

Zunächst waren sieben strategische Ziele entwickelt worden, die Mannheims Besonderheiten sowie Schwerpunkte aus der Agenda 21 betonten. Diese Ziele wurden in einem ersten Schritt der Wirkungsorientierung mit Dezernatsschwerpunkten sowie mit Managementzielen der städtischen Fachbereiche und Eigenbetriebe unterlegt. Unterhalb dieser Management-Ebene wurden Teilstrategien eingeordnet, die gemäß des CHANGE²-Prozesses für ein verwaltungsweites, bereichsübergreifendes Zusammenarbeiten sorgten und bis heute die für die Stadtentwicklung wichtigsten Themenfelder als Querschnittsaufgaben umsetzen.

Hierzu zählen z. B. die „Fachkräfte-Talente-Strategie“, die „Wirtschaftspolitische Strategie“ und das Programm „Wohn.Raum.Stadt“. Darunter wurden Maßnahmen angelegt, die die Strategien zum einen operationalisierbar, zum anderen transparent abbildeten und eine Verknüpfung mit dem kommunalen Haushalt herstellten. Dieses Konstrukt spielt in Wirkung und Ergebnis der Erreichung der strategischen Zielen zu, die im Januar 2015 nach einem Beschluss des Gemeinderates um ein achties Ziel erweitert wurden.¹

Aus einem zentralen CHANGE²-Projekt entstand das im Dezernat des Oberbürgermeisters angesiedelte Referat Strategische Steuerung. Dieses Referat taktet mit der Gestaltung und Weiterentwicklung des wirkungsorientierten Managementzielsystems der Stadt Mannheim den Puls der Verwaltung. In einem verwaltungsweiten Prozess wurde das Managementzielsystem für den Haushalt 2012/13, das bis dato einzigartig im deutschen Verwaltungswesen war, in einem dialogbasierten Entwicklungsprozess unter Einbindung aller Fachbereiche und Eigenbetriebe für den Haushalt 2014/15 zum Managementzielsystem 2.0 weiterentwickelt. Aufgrund der zu diesem Zeitpunkt eingeführten doppelten Haushaltsführung (Doppik) als Ablösung der Kameralistik kommunaler Haushalte wurden die Ziele zur Kosten- und Leistungsrechnung als Leistungs- und Wirkungsziele definiert. Dies ermöglichte eine noch nachhaltigere und wirkungsorientiertere Entwicklung des Zielsystems. Über Produkte konnte eine nahezu vollständige Budgetverknüpfung mit dem Haushalt erreicht werden. Bei den wirtschaftsplangebundenen kommunalen Eigenbetrieben wurden die Managementziele durch Wirkungsziele ersetzt.

Das Managementzielsystem 2.0 erwies sich als geeignetes Steuerungssystem für eine nachhaltige Verwaltung. Dies zeigte sich in der erneuten Weiterentwicklung für die Haushaltsplanung für 2016/17. Viele bestehende Ziele konnten übernommen werden, einzelne Leistungs- und Wirkungsziele wurden geändert, gestrichen oder ersetzt. Der 2014 neu konstituierte Gemeinderat stand im regelmäßigen Dialog mit der Verwaltung und diskutierte die weiterentwickelten Zielsysteme in seinen Fachausschüssen. Mit dem Haushalt 2016/17 trat das optimierte wirkungsorientierte Managementzielsystem 2.1 in Kraft. Damit hat Mannheim im Rahmen seiner wirkungsorientierten Steuerung den Managementzyklus (Planen, Ausführen, Überprüfen, Handeln) bereits zweimal erfolgreich absolviert und entwickelt das Gesamtsystem im Sinne kommunaler Nachhaltigkeit laufend weiter.

¹ Stadt Mannheim, Beschlussvorlage 022/2015

Nachhaltige Kommunalentwicklung: Wie sieht die praktische Umsetzung in Mannheim aus?

Mit den folgenden Praxisbeispielen aus Mannheim soll gezeigt werden, dass Nachhaltigkeit kein abstraktes Konzept, sondern etwas Konkretes ist, das in Mannheim bereits in vielerlei Umsetzung stattfindet. Die Auswahl der Beispiele zeigt einzelne Aspekte sowie die Bandbreite bisheriger Aktivitäten auf und weist auf Potenziale zum weiteren Ausbau hin.



Das Grün in der Stadt

Im Mannheimer Stadtgebiet befinden sich neun Natur- und 16 Landschaftsschutzgebiete, welche insgesamt ein Drittel des gesamten Stadtgebiets ausmachen. Hinzu kommen weitere Grünflächen wie Wälder, Parks und Spielflächen. Bäume und Grünflächen wirken sich positiv auf das Klima aus: Sie kühlen die Stadt im Sommer ab, reinigen die Luft und verringern die Feinstaubbelastung, erfüllen zudem soziale Funktionen wie Spiel, Sport und Erholung. Schließlich bieten naturnahe Grünflächen Tieren und Pflanzen einen Lebensraum. In Mannheim kommen besonders viele bedrohte Arten vor. Mit dem Grünzug Nordost sollen weitere Grünräume entstehen, die Mannheim mit Frischluft versorgen und die Attraktivität der Stadt steigern.



Bäume: Etwa 85.000 Bäume stehen in Mannheims öffentlichen Grünflächen und an Straßen. Hinzu kommen die Bäume in den Stadtparks, auf Friedhöfen und auf Privatgrundstücken. Viele Bürgerinnen und Bürger engagieren sich aktiv mit Baumspenden, z. B. im Bürgerpark Wingertsbuckel oder für die Neugestaltung der Augustaanlage. Gerade für die dicht bebaute Innenstadt sind Bäume wichtig, doch hier sind passende Standorte rar. Um dort künftig den für Baumpflanzungen verfügbaren Platz optimal nutzen zu können, zeigt ein Gutachten mögliche Baumstandorte auf.



In Mannheim stehen
85.000
Bäume in
öffentlichen Grünflächen
und an Straßen



Dächer und Fassaden begrünen: Das Ergebnis einer 2015 erstellten Potenzialanalyse zeigt, dass etwa 70.000 Quadratmeter Dachflächen in der Innenstadt begrünt werden könnten. Würde dieses Potenzial genutzt, hätte das einen erheblichen positiven Effekt auf die Lebensqualität in den Quadraten. Daher hat der Gemeinderat ein Förderprogramm beschlossen, das zusätzliche Anreize für private Haus- und Grundstücksbesitzer schafft.

GRÜNTATEN – ehrenamtliches Engagement: Stadtgrün ist vielen Menschen in Mannheim eine Herzensangelegenheit. Sie gärtnern mit, übernehmen Patenschaften für Grünflächen und Spielplätze. Auch die hohe Spendenbereitschaft für Bäume zeigt, wie sehr sich die Menschen in Mannheim mit den grünen Seiten ihrer Stadt identifizieren. Die Stadtverwaltung unterstützt die verschiedenen Ansätze im Rahmen des Programms „GRÜNTATEN“.

Förderung und Vielfalt von Kultureinrichtungen und UNESCO City of Music

„Kreativität stärken“ ist eines der acht strategischen Ziele der Stadt Mannheim. Kreativität gilt nach dem Urbanitätstheoretiker Richard Florida als treibende Kraft für eine positive Stadtentwicklung. Der kommunalen Förderung der Mannheimer Kunst- und Kulturszene wird deshalb ein hoher Stellenwert beigemessen. 2014 waren 3.282 Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Die Zahl stieg 2015 leicht auf 3.455 Personen. Darüber hinaus verzeichnete die Künstlersozialkasse 892 Personen im Jahr 2014 und 930 Personen im Jahr 2015.

Das Nationaltheater ist mit rund 1.000 Aufführungen jährlich die am meisten besuchte Mannheimer Kultureinrichtung. Die Reiss-Engelhorn-Museen mit ihren vielfältigen Sonderausstellungen und Veranstaltungen gelten als die beliebteste Ausstellungsstätte der Stadt. Ihre pädagogische Bildungsarbeit ermöglicht Kindern und Jugendlichen Teilhabe in den Bereichen Kultur, Kunst und Forschung. Ihre Ausstellungen tragen dazu bei, dass Mannheim im Jahr 2012 besonders viele Ausstellungen je Museum verzeichnen konnte.

Die Kunsthalle Mannheim beinhaltet eine Sammlung der Moderne und Gegenwart. Neben der Kunstsammlung werden auch temporäre Ausstellungen angeboten. Derzeit wird das historische Gebäude aus dem Stadtjubiläumjahr 1907 um einen Neubau erweitert, der strengen Kriterien der Energieeffizienz und des Klimaschutzes entsprechen wird. Das Gelände soll 2017 in Betrieb genommen werden.



In der Mannheimer
Kultur- und Kreativwirtschaft
waren 2015

3.455

Menschen
sozialversicherungspflichtig
beschäftigt

Das **TECHNOSEUM** ist das Technikmuseum Mannheims. Kinder und Jugendliche werden hier für Technik begeistert. Neben der Dauerausstellung gibt es wechselnde Sonderausstellungen und Veranstaltungen.

Eine weitere geförderte Kultureinrichtung ist die **Alte Feuerwache Mannheim**. Jazz-, Rock- und Popmusik, aber auch Theater, Literatur und Kunst finden hier statt. Die Alte Feuerwache Mannheim fördert Nachwuchstalente sowie die freie Kunst- und Kulturszene.

Die **Popakademie Baden-Württemberg** ist eine staatliche Hochschule für Populäre Musik und Musikwirtschaft. Mannheim profitiert durch die Hervorhebung einer zukunftsfähigen Musikbranche als ein wirtschaftsstarkes Kreativcluster am Standort in mehrerlei Hinsicht: Es entstehen neue Start-up-Unternehmen, zugleich werden Talente in die Stadt gezogen, deren Kreativszene wächst und durch sogenannte Spill-Over-Effekte, also positive Übertragungseffekte, werden auch weitere Teilmärkte der Kreativwirtschaft erreicht.

Das **Stadtarchiv Mannheim** vermittelt sowohl Wissen über als auch zugleich Identifikation mit dem historischen Mannheim. Zielgruppe sind vor allem junge Menschen, für die das Stadtarchiv einen außerschulischen Lernort darstellt. Hinsichtlich der NS-Zeit wird eine aktive Erinnerungskultur praktiziert. Vor dem Hintergrund der Digitalisierung wird das Archiv immer mehr zum digitalen Gedächtnis der Stadt.

Die Mannheimer Kulturszene wird durch eine **vielfältige Festivalslandschaft** erlebbar. Es sind zahlreiche Firmen und Arbeitsplätze entstanden und die Umwegrentabilität einzelner Großveranstaltungen beispielsweise im Bereich Musik treibt auch die Gastronomie- und Hotelbranche vor Ort an. Hierzu zählen z. B. die Veranstaltung „Time Warp“ mit bis zu 17.000 Besucherinnen und Besuchern, das regionalweit stattfindende Festival „Enjoy Jazz“, das nachhaltige Indie-Pop-Festival „Maifeld Derby“, der „Mannheimer Mozartsommer“ und die „Internationalen Schillertage“, das „Fotofestival Mannheim-Ludwigshafen-Heidelberg“, das „Internationale Filmfestival in Mannheim und Heidelberg“, das „Deutsche Filmfestival“ in Zusammenarbeit mit der Stadt Ludwigshafen sowie das Festival „Wunder der Prärie“ mit Performance und Kunst.

Mit der Aufnahme Mannheims in das **UNESCO Creative City Netzwerk als „City of Music“** konnte die internationale Bekanntheit der Stadt weiter gesteigert werden. Im Austausch mit anderen UNESCO Cities of Music wurden schon während der Bewerbungsphase Kooperationen geplant. So entstand ein Musikprojekt zwischen Mannheim und Bogotá in Kolumbien, woraus sich weitere interkulturelle Kreativprojekte mit Jugendlichen aus beiden Städten entwickeln.

Stadtkultur am Verbindungskanal und die Mannheimer Gründungszentren

Die Mannheimer Kreativwirtschaft wächst seit Beginn des Jahrtausends – nicht zuletzt durch gezielte kommunale Clusterförderung. „URBAN II-Mittel“ aus einem europäischen Fördertopf ermöglichten Projekte wie die Popakademie Baden-Württemberg und das Gründungszentrum Musikpark für eine nachhaltige Entwicklung des damals strukturschwachen Stadtteils Jungbusch. Seit 2003 sind neue vitale Strukturen entlang des Verbindungskanals entstanden. Hierzu zählen die Sanierung der Wohnheime des Studierendenwerks, die Etablierung diverser Kulturschaffender, ihrer Ateliers und Galerien sowie urbane Gastronomieangebote. Einher gehen diese Entwicklungen mit einer Steigerung der Lebens- und Aufenthaltsqualität im Quartier, was verstärkt Kreative, Studierende und auch junge Familien in den Stadtteil zieht.



Das **Clustermanagement Musikwirtschaft** der Stadt Mannheim ist ebenfalls im Jungbusch ansässig. Die Förderung dieser Kreativstrukturen ist deutschlandweit als „Mannheimer Modell“ bekannt geworden und zeichnet sich durch folgende Funktionen und daraus entstehende Synergien aus: kommunale Beauftragung für Musik und Popkultur, kommunale Kreativwirtschaftsbeauftragung, kommunale Gründungsförderung durch Gründungszentren (darunter das Deutsch-Türkische-Wirtschaftszentrum), Clustermanagement Musikwirtschaft.

Die **mannheimer gründungszentren gmbh** (mg:gmbh) wurde im Jahr 2011 aus der Fusion der Musikpark Mannheim GmbH und der MAFINEX-Technologiezentrum GmbH gegründet. Als städtische Tochtergesellschaft betreibt sie neun Existenzgründungszentren sowie das Clustermanagement Musikwirtschaft. Hochqualifizierte Kreative und innovative Start-ups erhalten in Mannheim ein Angebot von zielgruppenorientierten Beratungsleistungen, Vermietung von Räumlichkeiten, Vernetzungsförderung und umfangreichen Informationsangeboten.



Das neueste Zentrum der mg:gmbh wurde 2015 ebenfalls im Jungbusch eröffnet. Am Verbindungskanal – zwischen Quartiersplatz und dem Speichergebäude der Kaufmannsmühle – steht mit dem **C-HUB** das modernste Kreativwirtschaftszentrum der Stadt. Hier haben sich seit der Eröffnung mehr als 50 Unternehmungen aus acht Teilmärkten der Kreativwirtschaft niedergelassen, die meisten davon Existenzgründungen. Aufbauend auf diese Erfolge wird die mg:gmbh nach einer strategischen Neustrukturierung ab 2017 künftig noch fokussierter das Themenfeld Innovationen und Gründungen in Mannheim bearbeiten. Hier wird künftig das Clusterzentrum MaWi angesiedelt.



Integrationslotsen in der Neckarstadt-West

Seit 2008 findet verstärkt Zuwanderung aus südosteuropäischen Ländern, vornehmlich aus Rumänien und Bulgarien, nach Mannheim statt. Zielquartiere sind insbesondere die Stadtteile Neckarstadt-West und Jungbusch. Waren es im Jahr 2001 noch insgesamt 1.297 Zuwandernde aus Rumänien und Bulgarien, so verzeichnete die Neckarstadt-West 2014 insgesamt 8.215 Neuzugänge aus diesen Staaten. Das hat die Bevölkerungsdichte erhöht und den Charakter des Quartiers als Ankunftsstadtteil weiter vertieft. 2015 betrug der Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund im Stadtteil rund 70 %. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch günstige Mieten und die Nähe zur Innenstadt. Kennzeichnend für dieses Umfeld ist eine hohe Fluktuation bei geringer Verweildauer im Stadtteil.



2015 betrug
der Bevölkerungsanteil
mit Migrations-
hintergrund im Stadtteil
Neckarstadt-West rund

70 %

Die wachsende Zuwanderung hat zu strukturellen Problemen und negativen Auswirkungen im Stadtteil geführt. So kommt es zu teils unwürdigen Wohnbedingungen, die flankiert werden von schlechten Arbeits- und Bildungschancen sowie von Ausbeutung der Immigrierten durch irreguläre Arbeitsverhältnisse. Zu verzeichnen sind aktuell auch Armutskriminalität, Schwarzarbeit und Prostitution.

2004 wurde mit dem Ziel der Entwicklung neuer Integrationsmöglichkeiten der „Mannheimer Quartiermanagement e.V.“ gegründet. Die Institution erkennt Problematiken im Stadtteil und steuert ihnen entgegen. Herausforderungen sind die Stärkung des sozialen Miteinanders, die Einrichtung von Begegnungsmöglichkeiten für den interkulturellen Austausch und der Aufbau von institutionellem Vertrauen. Um die Lebenswelten der Migrantinnen und Migranten besser kennenzulernen und sie in ihrem Alltag zu unterstützen, wurde das Projekt der „Kommunikationshelfer“ und „Integrationslotsen“ umgesetzt.

Seit September 2013 werden mithilfe von Geldern aus dem kommunalen Integrationsfonds sowie vom Land Baden-Württemberg Kommunikationshelfer und Integrationslotsen eingesetzt, die mit entsprechenden Sprachkenntnissen als Ansprechpersonen dienen. So können zum einen empirische Daten über und von Immigrierten erhoben sowie Modellprojekte entwickelt werden. Integrationsprozesse werden initiiert und unterstützt. Darüber hinaus wird bei Formalitäten in den Lebensbereichen Arbeit, Wohnen, Bildung und Gesundheit geholfen. Seit 2015 sind drei Integrationslotsen in der Neckarstadt-West und der östlichen Unterstadt aktiv. Mit Stand September 2015 wurden rund 220 Familien mit bis zu vier Generationen, Paaren oder Einzelpersonen beraten und teilweise intensiv begleitet. Insgesamt wurden 608 Fälle bearbeitet. Die Integrationslotsen überwinden Sprachbarrieren, liefern der Stadt quantitative und qualitative Erkenntnisse über die Migrationsbewegungen und verschaffen den Immigrierten Zugang zu Beratungsstellen und Behörden.

Seit 2016 setzt die Stadt Mannheim zusammen mit den Trägern der freien Wohlfahrtspflege Caritas, Diakonie und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband das Projekt „Ankommen in Mannheim“ (ANIMA) um, das wesentlich aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds für besonders benachteiligte Gruppen (EHAP) finanziert wird. Ziel ist die Herstellung von Zugängen zu den institutionalisierten Beratungseinrichtungen.

Zuwanderung und Einbürgerung in Mannheim

Mannheim ist durch eine multikulturelle Stadtgesellschaft geprägt, in der im Jahr 2015 über 43 % der Bevölkerung einen Migrationshintergrund und 24 % eine ausländische Staatsangehörigkeit hatten. Dies ist im Vergleich zu anderen Großstädten Baden-Württembergs überdurchschnittlich. In Freiburg hatten 2015 15 % der Bevölkerung einen ausländischen Pass, in Karlsruhe waren es rund 18 % und Heidelberg 19 %. Der Anteil der Bürgerinnen und Bürger mit ausländischer Staatsangehörigkeit ist in allen vier Städten in den letzten Jahren gestiegen. Die Stadt Mannheim unterstützt Zugewanderte aktiv bei der Einbürgerung. 2014 wurden in Mannheim 949 Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund eingebürgert (2011 waren es 615). Dieser hohe Anteil ist auch auf die Einbürgerungskampagne aus dem Jahr 2013 zurückzuführen.



Die Stadt Mannheim unterstützt zudem von Beginn an bei der Suche nach Wohnung, Arbeit, Schule oder Kindergarten sowie bei der Beantragung von Asyl oder Aufenthaltsrecht. In verschiedenen Verwaltungsbereichen ist mehrsprachliches Personal tätig. So kann Informationsmaterial in mehr als zehn Sprachen angeboten und Unterstützung bei schulischer und beruflicher Qualifizierung ebenso wie für Deutsch- und Integrationskurse vermittelt werden. Der Fokus der vom Bund geförderten Migrationsberatungsstellen und dem Jugendmigrationsdienst liegt auf Information, Beratung und Begleitung. Die Stadt unterstützt die Koordinierung dieser Arbeit mit regelmäßigen Austauschrunden der Träger von Beratungsleistungen und Integrationskursen. 2015 wurde zudem ein Welcome-Center eingerichtet, das die schnelle Integration von Fachkräften fördert.

Mannheim hat 2012 einen Integrationsfonds eingerichtet, der auch die Einrichtung neuer Personalstellen im ordnungsrechtlichen Bereich beinhaltet. Sofortmaßnahmen, befristete Projekte und Vereine, die einen sozialpädagogischen, sozialberatenden, interkulturellen Sensibilisierungsansatz integrieren oder die Betreuung und Qualifizierung von Zugewanderten beinhalten, können gefördert werden. Ein Teil davon ist die Einbürgerungskampagne, die über die Vorteile der Einbürgerung informiert und Unsicherheiten auflöst.



2014 wurden in Mannheim

949

Einwohnerinnen und
Einwohner
mit Migrationshintergrund
eingebürgert



Ein Gemeinderatsbeschluss zur nachhaltigen Beschaffung setzte 2008 das politische Signal zu einem nachhaltigeren Konsum. Seit 2011 hat die bereits zweimal erfolgreiche Bewerbung um den Titel „Fairtrade-Town“ (2012, 2014) weitere Projekte angestoßen. Zentrales Gremium dieses Prozesses ist ein Steuerungskreis, koordiniert innerhalb der Stadtverwaltung durch das Dezernat des Oberbürgermeisters in Kooperation mit dem Eine-Welt-Forum Mannheim. Dieser Steuerungskreis fungiert als kommunale Kompetenzplattform für das Themenfeld des fairen Handels. Er regt Projekte an und sorgt bei kommunalen Wettbewerbsbeiträgen für eine fachlich fundierte Qualitätssicherung. 2015 wurde eine Fairtrade-Strategie für den weiteren Prozess in Mannheim erarbeitet, die in den kommenden Jahren schrittweise umgesetzt werden soll.

Das städtische Beschaffungswesen wurde entsprechend verbessert, so dass bei Sitzungen und Ausschüssen des Gemeinderats ausschließlich fair gehandelter Kaffee, Tee und Saft ausgeschenkt werden. Auch die Dienststellen der Verwaltung bestellen in immer stärkerem Ausmaß fair gehandelte Lebensmittel für Gremien und Veranstaltungen. Angepasst wurde auch das Angebot in den kommunalen Mannheimer Kantinen, wo regelmäßige Aktionstage des fairen Handels stattfinden. Die jährlich stattfindende „Faire Woche“ bietet ein umfassendes Informations- und Kulturprogramm und wird von der Kommune finanziell und organisatorisch unterstützt. Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz ist Schirmherr der Gesamtveranstaltung.

Bei der Beschaffung von Schutz- und Arbeitskleidung werden bei Ausschreibungen die Erfüllung der Kriterien des Zertifikats „Öko-Text Standard 100“ gefordert. Damit soll die Einhaltung humanökologischer Qualitätsstandards sichergestellt werden. Außerdem wird bei allen Ausschreibungen generell eine Erklärung zur Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen gefordert.

Faire öffentliche Beschaffung

Zahlreiche Mannheimer Initiativen engagieren sich für den „Fairen Handel“² und somit für weltweit bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen. Auch Politik und Stadtverwaltung setzen sich für Themen globaler Gerechtigkeit ein, z. B. durch die Ausgabe des Mannheimer Agenda-Diploms für Kinder und die Agenda 21-Kinowoche. Beide Veranstaltungsreihen finden seit mehr als zehn Jahren statt.



2) „Fairer Handel“ ist eine Handelspartnerschaft, die mehr Transparenz und Gerechtigkeit im internationalen Handel anstrebt. Durch bessere Handelsbedingungen und die Sicherung sozialer Rechte für benachteiligte Produzentinnen und Produzenten sowie Arbeiterinnen und Arbeiter – insbesondere in den Ländern des Südens – leistet diese Partnerschaft einen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung. „Fairer Handel“-Organisationen engagieren sich gemeinsam mit Verbraucherinnen und Verbrauchern für die Unterstützung der Produzentinnen und Produzenten, die Bewusstseinsbildung und die Kampagnenarbeit zur Veränderung der Regeln und der Praxis des konventionellen Welthandels.“ (FINE-Grundlagenpapier zum Fairen Handel, 2001)

Internationale Beziehungen Mannheims

Die Stadt Mannheim trägt rund ein Viertel des Budgets für das Projekt „Europaangelegenheiten und Internationales“ für Schulen und Vereine, die Begegnungen mit den Mannheimer Partner- und Freundschaftsstädten durchführen. Die Austauschprojekte zeigen, dass jährlich eine große Zahl junger Menschen aus Mannheim die Gelegenheit zur Reise in eine Partnerstadt erhält. So können Vorurteile abgebaut und durch eigene Erfahrungen ersetzt werden. 2010 hat Mannheim eine Partnerschaftskonferenz mit allen Partner- und Freundschaftsstädten durchgeführt, um gemeinsame Interessen auszuloten und dauerhafte Kooperationen anzustoßen. Das dabei entstandene „Internationale Kurzfilmfestival“ war so erfolgreich, dass 2015 bereits die zweite Auflage stattfand.



Als Partnerin der israelischen Stadt Haifa und der daraus resultierenden Kenntnis der Situation im Nahen Osten ist der Wunsch entstanden, einen kommunalen Beitrag zum dortigen Friedensdialog auf lokaler Ebene zu leisten. So hat Mannheim einen Kooperationsvertrag mit der palästinensischen Stadt Hebron unterzeichnet, der mehrere Bereiche umfasst, darunter die Abwasserbehandlung, welche in Hebron bisher nicht vorhanden ist. Das Projekt beinhaltet den Bau einer Kläranlage vor Ort sowie die Schulung des zuständigen Personals, welche bei der Mannheimer Stadtentwässerung stattfand. Für das Projekt wurden vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Fördermittel zur Verfügung gestellt. Zudem soll die internationale Aktivität mit der Gründung eines Kompetenzclusters China weiterentwickelt werden. Das Mannheimer Repräsentanzbüro im Sino-German Ecopark in Qingdao und das China-Desk in Mannheim vertiefen die Kontakte. Ziel ist es, von Auslandsinvestitionen chinesischer Unternehmen zu profitieren. Seit 2016 sind Mannheim und Qingdao offiziell Partnerstädte.

Mannheimer Aktionsplan für Toleranz und Demokratie (MAP)

Ein besonderes Anliegen der Stadt Mannheim ist die soziale, ökonomische, kulturelle und religiöse Vielfalt in der Bevölkerung und das strategische Ziel, ein Vorbild für das Zusammenleben in Metropolen zu sein. Der Mannheimer Aktionsplan für Toleranz und Demokratie ist Teil des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ des Bundesfamilienministeriums (BMFSFJ). Er wurde 2011 ins Leben gerufen und basiert auf zwei Handlungsansätzen: zum einen auf der Projektförderung, welche Gruppen zu innovativen Kooperationen und neuen Kommunikationsstrukturen inspiriert, und zum anderen auf der Vernetzung der Mannheimer Grundsätze zur Integration als Querschnittsaufgabe in allen Bereichen der Stadtgesellschaft. Der Plan ist lokalspezifisch ausgerichtet und in drei Bereiche gegliedert: Jugend- und Teilhabeförderung, Öffnung der Diversität und Diskriminierungsschutz in Institutionen sowie aktive Verantwortung für ein respektvolles Miteinander in Mannheim. Ziel ist der Aufbau langfristiger Strukturen, damit der Aktionsplan über die Förderdauer (bis 2014) hinaus wirken und die nachhaltige Stärkung einer inklusiven Gesellschaft der Vielfalt bewirken kann.

Mannheimer Erklärung für Toleranz

Für eine nachhaltige Stadtentwicklung sind das Zusammenleben und der Dialog der Bürgerinnen und Bürger von großer Bedeutung. Mannheim ist geprägt durch die Vielfalt der Bevölkerung aus mehr als 170 Herkunftsländern. Aufgrund der politischen Lage im Nahen Osten, die auf Mannheim ausstrahlte und auch hier zum Aufbrechen von Konflikten führte, verabschiedete der Gemeinderat 2009 einstimmig die „Mannheimer Erklärung für Toleranz und Offenheit“, die bisher von 105 Verbänden, Vereinen und Parteien unterzeichnet wurde. Die Erklärung unterstreicht vor dem Hintergrund von Phasen der Intoleranz die multikulturelle Tradition der Stadt und erklärt Verständigung und Gewaltfreiheit für unverzichtbar. Die erste Fassung der Erklärung umfasst ausschließlich Vielfältigkeitsmerkmale der Herkunft, Weltanschauung und Religion. 2015 wurden diese in Zusammenarbeit mit dem Mannheimer Aktionsplan für Toleranz und Demokratie (MAP) um die Aspekte Menschenrechte und Chancengleichheit erweitert.



Partizipation durch Beteiligungshaushalt

Engagement und Bürgerbeteiligung sind wichtige Voraussetzungen für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung und binden die Stadtgesellschaft aktiv in die Gestaltung der Stadt ein. 2007 bekräftigte die Stadt Mannheim die Förderung bürgerlichen Engagements als siebtes ihrer acht strategischen Ziele. Dies kam dem Wunsch nach Mitgestaltung der Mannheimerinnen und Mannheimer entgegen und bringt die Stadt zugleich in eine messbare Verantwortung im Bereich der Partizipation.

Auf Beschluss des Gemeinderats führte die Stadt Mannheim 2015 den Beteiligungshaushalt – auch Bürgerhaushalt genannt – ein, der es Mannheims Bürgerinnen und Bürgern ermöglichte, individuelle Ideen in die Planungen des städtischen Haushalts 2016/17 einzubringen. In dieser Phase des Beteiligungshaushalts gingen mehr als 170 Vorschläge ein, die jeweils mehr als 100 Unterstützungen erreicht hatten. Die Vorschläge wurden durch die Verwaltung fachlich geprüft, in den Fachausschüssen diskutiert und zur Abstimmung in den Gemeinderat aufgenommen. Auswahlverfahren und Umsetzung der Vorschläge wurden durch die Verwaltung offen dargelegt. So konnte zum einen eine höhere Transparenz über die städtischen Finanzen hergestellt werden. Zum anderen ermöglichte der Prozess den Bürgerinnen und Bürgern, sich aktiv an der Stadtgestaltung zu beteiligen.





Smart City Mannheim

Die Smart City integriert Nachhaltigkeitsprozesse auf Basis neuer Technologien in die wirtschaftlich-technischen, ökologischen und sozialen Handlungsfelder einer Stadt. Der Handlungskatalog reicht über verschiedene Konzepte von Smart Economy, Smart Mobility, Smart Environment und weiteren Bereichen hin bis zu einem nachhaltigeren Stadtleben, das durch mehr Bürgerbeteiligung und Open Data-Plattformen oder kostenloses WLAN geprägt ist. Mannheim wurde als vielfältige und innovative Stadt mit dem „New Economy Award 2014“ ausgezeichnet und in die Top 20 unter den globalen Smart Cities aufgenommen.

Da durch die rund 500 Hektar bisher militärisch genutztem Gelände nach erfolgtem Abzug der US Army in den nächsten Jahren große Flächen für eine smarte Stadtentwicklung, Start-ups, Wohnraum und Grünflächen zur Verfügung stehen, kann Mannheim einen weiteren Schub bekommen. Das neu entstehende Quartier Benjamin-Franklin-Village soll ein Vorzeigeprojekt der „Smart City Mannheim“ werden. Mit dem Konzept „blue_village_franklin“ und dem Leuchtturmprojekt SQUARE werden Smart Grids, Energieeffizienz und emissionsfreie Mobilität zu einem „Klimaschutz mit System“ vereint.

Im Bereich smarter Energietechnologie ist das Unternehmen MVV Energie AG ein wichtiger Treiber. Unter dem Titel „Modellstadt Mannheim“ war Mannheim als eine von sechs Regionen in Deutschland Teil des Projekts E-Energy. Die Verbraucher konnten ihren Strombedarf automatisch an die aktuelle Erzeugung aus Wind und Sonne anpassen. Die Ergebnisse im Bereich der intelligenten Energieverteilung und -nutzung wurden in die bundesweite Forschung und Entwicklung eingespeist.

Im Straßenverkehr weist Mannheim ein herausragendes smartes Mobilitätsprojekt auf, das bereits im Magazin WIRED gewürdigt wurde. Seit 2015 fahren zwei E-Busse, die mit dem innovativen Produktpaket PRIMOVE ausgestattet sind. Dabei handelt es sich um eine kabellose Ladetechnologie, ein kompaktes Batterie- und voll integriertes Antriebssystem. Das Mannheimer Unternehmen Bombardier Transportation GmbH hat gemeinsam mit Partnern die kontaktlose Technik entwickelt, die nach dem Prinzip der induktiven Stromübertragung funktioniert. Die Stromaufnahme erfolgt über Ladestationen an ausgewählten Haltestellen. Während die Fahrgäste ein- und aussteigen, werden die Batterien automatisch kabellos aufgeladen. Auf der zentralen Buslinie 63 sammelt das Verkehrsunternehmen Rhein-Neckar-Verkehr GmbH gemeinsam mit Bombardier Transportation GmbH Erfahrungen im Fahrgastbetrieb für den weiteren Ausbau.

In der Mannheimer Wirtschaftsförderung ist das Business-Cluster Medizintechnologie entstanden. Sein charakteristisches Stärkenprofil ist einzigartig in Europa. Im Fokus steht die zukünftige Gesundheitsversorgung der Bevölkerung („Smart Health“). Das von der Stadt Mannheim initiierte, regionale Netzwerk „Smart Production“ wurde 2016 gegründet und hat sich der Innovationsförderung und konkreten Umsetzung von Industrie 4.0-Technologien verschrieben. Das Netzwerk ist in dieser Form deutschlandweit einzigartig. Gestartet mit 28 Partnern vom innovativen Start-up bis hin zu Weltmarktführern wie BB AG, Pepperl+Fuchs GmbH, Roche Diagnostics GmbH und SAP Deutschland SE & Co. KG sowie verschiedenen Hochschulen ist das Netzwerk auf 40 Partner angewachsen.

Ein weiteres Projekt smarter, in diesem Fall digitaler Beteiligungsmöglichkeiten für die Stadtgesellschaft stellt das Open Data-Portal dar, das die Stadt Mannheim seit 2016 anbietet. Hier können sich Interessierte mit frei zugänglichen kommunalen Daten versorgen und daraus Informationen wie z. B. Stadtkartierungen mit für Allergien relevanten Baumbeständen, Radwegenetzen, Abfallbehältnissen oder kartierten Livedaten des ÖPNV erstellen.



Nachhaltigkeit und Klimaschutz in der Verwaltung – der „FlurfunkE“

Im März 2015 startete die Stadt Mannheim das verwaltungsinterne Programm „FlurfunkE“. Dieses Programm besteht aus den (auch einzeln verwendbaren) Themenbausteinen Energie, Mobilität und Ernährung/Konsum. Jeder Themenbaustein beinhaltet ein Informationspaket, darauf aufbauende Aktionen sowie einen abschließenden Wettbewerb.



Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhalten Tipps, wie sie im Büro und auch in der Freizeit ihren persönlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten können. Ihre Ideen werden aufgenommen und weitergegeben, so dass sie sich – ähnlich dem Flurfunk – verbreiten und durch die gesamte Verwaltung und in die Stadtgesellschaft getragen werden.

Mit „FlurfunkE“ gehört Mannheim zu den Gewinnern des vom Bundesumweltministerium und vom Deutschen Institut für Urbanistik initiierten Wettbewerbs „Kommunaler Klimaschutz 2015“. Mit dem Preisgeld von 25.000 Euro soll das Programm weiter entwickelt und intensiviert werden, z. B. durch einen neuen Themenbaustein „Nachhaltige Beschaffung“. Das Programm wurde 2016 fortgeführt und auf weitere kommunale Einrichtungen ausgeweitet.

Radverkehr als nachhaltiger Mobilitätsanker

Mit dem 2010 beschlossenen 21-Punkte-Programm für mehr Radverkehr hat die Stadt Mannheim Leitlinien für eine fahrradfreundliche Stadt definiert. Das Programm funktioniert als integriertes Gesamtkonzept, welches das bestehende Radverkehrsnetz konstant ausbaut und auch die Radkultur stärkt. Ziel ist es, neben einer Minderung des motorisierten Individualverkehrs im urbanen Raum zugleich eine Gleichberechtigung von Auto, öffentlichem Nahverkehr, Fahrrad und Fußverkehr herzustellen.



Das Radwegenetz wurde
bis 2016 auf

293 km

erweitert



In den letzten vier Jahren wurden erhebliche Verbesserungen für den Radverkehr in Mannheim erzielt. Das Radwegenetz wurde auf nunmehr 293 Kilometer (Stand: 2016) erweitert, Lücken im Netz wurden geschlossen. 2016 startete mit dem Umbau der Bismarckstraße eine Verkehrsbaumaßnahme, die nach Fertigstellung auf beiden Seiten dieser zentralen Verkehrsader eine Spur für den Radverkehr generieren wird. Weitere Maßnahmen, insbesondere zum Lückenschluss des Radwegenetzes, werden folgen. Nicht nur die stark verdichtete Mannheimer Innenstadt erschwert die Entwicklung strukturell. Der derzeit stattfindende Wandel im Mobilitätsverhalten der Bevölkerung geht oft mit langwierigen Planungsvorläufen und politischen Debatten einher. Als Erfolg kann die Einrichtung und Etablierung des Bike-Sharing-Systems „VRNnextbike“ gewertet werden, das seit 2015 insgesamt 37 Verleihstellen in Mannheim anbietet.

Im Mannheimer Modal Split für 2013 lagen 35 % beim Fußverkehr, 18 % beim Radverkehr, 13 % beim ÖPNV und 33 % in der Nutzung eines Kraftfahrzeugs. Legt man diese Werte zugrunde, konnte die im 21-Punkte-Programm anvisierte Steigerung des Radverkehrsanteils im Binnenverkehr von 2008 bis 2013 um 5 % festgestellt werden.³

2017 feiert Mannheim zu Ehren der im Jahr 1817 stattgefundenen Pionierfahrt von Karl Drais mit seinem Laufrad das Drais-Jahr und erinnert dabei auch an den seinerzeit begründeten ersten Fahrradweg der Welt.

³ Informationsvorlage (und Anlage) 581/2015 „Mobilität in Städten – SrV“ – Entwicklung des Verkehrsverhaltens der Mannheimer Bevölkerung von 2008 bis 2013, Stadt Mannheim

Ökologische Tragfähigkeit



Lebenswerte Kommunen brauchen eine intakte natürliche Umwelt und müssen deren ökologische Tragfähigkeit berücksichtigen. Dies bedeutet einen sparsamen Umgang mit den natürlichen Ressourcen, den Erhalt der Artenvielfalt und einen aktiven Klimaschutz, um dem Klimawandel entgegenzutreten.



A

Ökologische Tragfähigkeit

- A1 Energie- und Klimaschutz**
Die Kommune treibt den Klimaschutz und die Energiewende voran: Sie fördert Energiesparen und die Nutzung erneuerbarer Energien. Sie informiert und beteiligt die Bevölkerung z. B. durch Energietage und Bürgersolaranlagen. Sie erstellt unter Beteiligung lokaler Akteure und der Bürgerschaft Klimaschutzprogramme als Handlungsrahmen und setzt sie mit ihnen gemeinsam um.
- 46 **A1.1 Verbesserter Klimaschutz**
 Verursacherbezogene Emissionen von Kohlendioxid
- 48 **A1.2 Verringerung des Energieverbrauchs**
 Stromverbrauch privater Haushalte
- 50 **A1.3 Ausbau der erneuerbaren Energien**
 Finanzielle Ausstattung kommunaler Förderprogramme im Bereich Energie- und Klimaschutz
- A2 Verkehr und Mobilität**
Die Kommune fördert eine soziale, ökologische und stadt- bzw. landgerechte Mobilität. Dabei sollen umwelt- und gesundheitsbelastende Auswirkungen durch Schadstoffe und Lärm vermindert werden. ÖPNV sowie Rad- und Fußverkehr sollen gefördert, die umweltfreundliche Nutzung des Autos durch Carsharing oder Fahrgemeinschaften unterstützt werden.
- 52 **A2.1 Verringerung des motorisierten Individualverkehrs**
 Zahl der Personenkraftwagen
 Beförderungsfälle des ÖPNV
 Länge des Radwegenetzes
- A3 Luftqualität**
Die Kommune setzt sich für eine gute Luftqualität ein: Sie sorgt für eine Verminderung von Luftschadstoffen wie Feinstaub, beispielsweise durch das Errichten von Umweltzonen.
- 58 **A3.1 Geringe Luftverschmutzung**
 Feinstaubbelastung

- A4 Abfall und Abwasser**
Die Kommune schont die natürlichen Ressourcen durch Maßnahmen zum Vermeiden und Recycling von Abfällen sowie zum Vermeiden von Abwässern und deren optimaler Reinigung.
- 62 **A4.1 Niedriges Restmüllaufkommen**
 Häusliche Abfälle
- 64 **A4.2 Hohe Wiederverwertung**
 Anteil von Bioabfällen und Wertstoffen
- 66 **A4.3 Niedriges Abwasseraufkommen**
 Abwasseraufkommen
- A5 Sparsamer Flächenverbrauch**
Die Kommune schont die natürlichen Ressourcen durch Maßnahmen zum sparsamen Umgang mit Flächen.
- 68 **A5.1 Nachhaltiges Flächenmanagement**
 Siedlungs- und Verkehrsfläche
- A6 Naturschutz und Artenvielfalt**
Die Kommune setzt sich für Natur- und Artenschutz im Stadtgebiet ein. Der Lebensraum verschiedener Tierarten soll gesichert und die Biodiversität gefördert werden.
- 70 **A6.1 Stärkung des Naturschutzes**
 Naturschutzgebiete
- 72 **A6.2 Hohe Biodiversität**
 Storchenpopulation im Luisenpark

A1.1

Verbesserter Klimaschutz

Verursacherbezogene Emissionen von Kohlendioxid

Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Erfasst werden die Emissionen an Kohlendioxid (CO₂) in Tonnen pro Einwohnerin und Einwohner. Berechnet werden die verursacherbezogenen Emissionen aus dem Endenergieverbrauch. Kohlendioxid ist das Treibhausgas, das am stärksten zur Erwärmung der Erde beiträgt. Emissionen entstehen bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe, unter anderem beim Einsatz dieser Brennstoffe zur Erzeugung von Elektrizität in konventionellen Kraftwerken, zur Erzeugung von Raumwärme oder bei industriellen Produktionsprozessen sowie bei Güter- und Personentransporten. Eine Verringerung der Kohlendioxidemissionen hin zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft und Gesellschaft ist eines der wichtigsten Ziele nachhaltiger Entwicklung.

Zur Diskussion von Zielen

Die internationale Staatengemeinschaft hat sich auf das „Zwei-Grad-Ziel“ geeinigt, nach dem die durchschnittliche Erwärmung der Erde unter 2 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau betragen soll. Dazu müsste der Übergang zu einer entsprechenden Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur bis Mitte des Jahrhunderts erreicht sein. Sie würde eine Begrenzung der Emissionen in Industrieländern bis dahin auf etwa zwei Tonnen (t) pro Person und Jahr erfordern. Gemessen am heutigen Stand der Emissionen in Deutschland (9,4 t je Einwohnerin und Einwohner im Jahr 2013, mit einer Steigerung im Vergleich zu 2010 (9,1 t je Einwohnerin und Einwohner) bedeutet dies eine Absenkung um fast 80 %. Bezogen auf das Basisjahr 1990 wird in Baden-Württemberg eine Reduktion der CO₂-Emissionen um 25 % bis 2020 und um rund 90 % bis 2050 angestrebt.

Entwicklung des Indikators

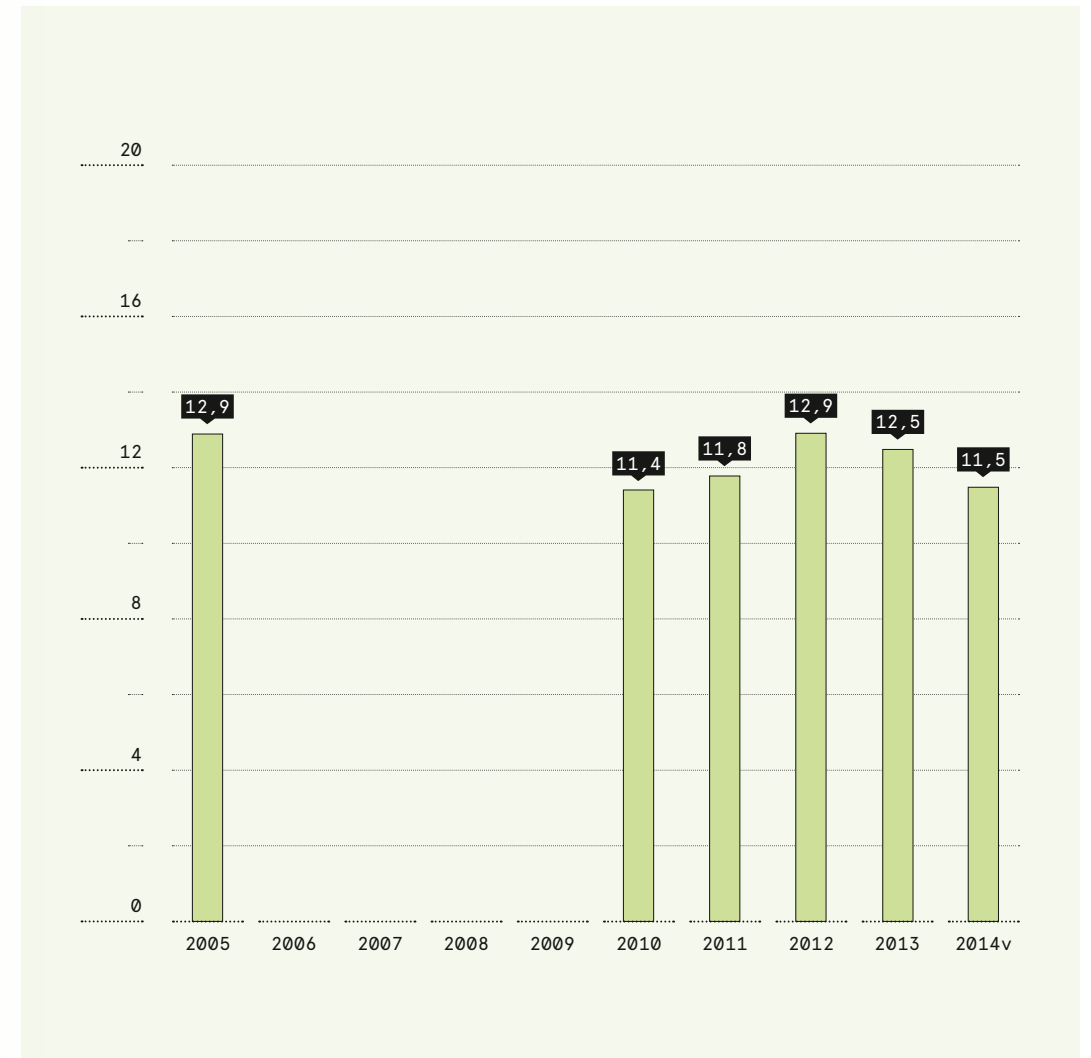


Entwicklung in Mannheim

In der Industrie entstehen aktuell in Mannheim genauso viele Emissionen wie in den Haushalten, Gewerbe und Handel zusammen (ca. 44 % gegenüber 41 %). Auf den Verkehr entfallen weitere 16 %. Typisch für einen größeren Industriestandort liegt der Pro-Kopf-Ausstoß an Emissionen mit ca. 11 t pro Einwohnerin und Einwohner (vorläufige Werte 2014) über dem deutschen Durchschnitt von ca. 10 t CO₂ sowie dem baden-württembergischen, welcher bei 8,6 t liegt. Durch die Verwendung der Verursacherbilanz für diesen Indikator wird diese Verzerrung jedoch relativiert.

In Mannheim werden verschiedene Anstrengungen unternommen, um das in der Klimaschutzkonzeption 2020 verabschiedete Ziel, die Emissionen bis 2020 um 40 % im Vergleich zu 1990 zu verringern, zu erreichen. Die Pro-Kopf-Emissionen lägen dann bei 8,0 t pro Einwohnerin und Einwohner. Bis 2012 ergab die Entwicklung in Mannheim eine Verringerung von 16 % gegenüber 1990. Im gleichen Zeitraum reduzierten sich die Emissionen in Baden-Württemberg um 15 %. Die Steigerungen im Jahr 2012 begründen sich neben den Veränderungen durch den Zensus 2011 durch konjunkturbedingten, erhöhten Industrieverbrauch.

CO₂-Emissionen pro Einwohnerin und Einwohner in Tonnen



Quellen:
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Umwelt > Klima und Luft > Kohlendioxid-Emissionen nach Emittentengruppen (Verursacherbilanz)
Stadt Mannheim, Vorlage V656/2015: Umsetzung Klimaschutzkonzeption 2020 – CO₂-Bilanz

Verringerung des Energieverbrauchs Stromverbrauch privater Haushalte

Entwicklung des Indikators



Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Erfasst wird der spezifische Stromverbrauch je Haushalt und Jahr. In der Statistik enthalten ist der Verbrauch von Haushalten, Kleingewerbe und Dienstleistungsunternehmen, nicht aber der Verbrauch von öffentlichen Einrichtungen und Industriebetrieben.

Zur Diskussion von Zielen

Energieeinsparung wird auf absehbare Zeit die beste Lösung für die Erreichung der Klimaschutzziele bleiben. Hierzu gehört auch die Nutzung effizienter Lösungen bei Neubau. Im Rahmen von Lokalen-Agenda 21-Prozessen ist die Formulierung lokaler Energieversorgungskonzepte ein wichtiges Instrument zur Gestaltung eines zukunftsfähigen Energiesystems.

Entwicklung in Mannheim

Stromverbräuche je Haushalt werden nur landes- und bundesweit erfasst. Behelfsweise war es möglich, über den örtlichen Stromversorger MVV Energie AG kommunale Werte zu erheben. Die genauen Werte wurden weiterverarbeitet, unterliegen aber der Vertraulichkeit, da Angaben zu Kundengruppen wettbewerbsrelevante Informationen darstellen.

Allgemein lässt sich aber festhalten, dass der durchschnittliche Stromverbrauch der Mannheimer Haushalte zwischen 2005 und 2014 in etwa konstant geblieben ist und unterhalb des bundesweiten Durchschnitts liegt.

Die verwendeten Werte decken nur einen Teil der Mannheimer Haushalte ab, da durchschnittliche Stromabsatzmengen von anderen Stromanbietern unberücksichtigt blieben. Es lässt sich also nicht sagen, ob die Werte der Kunden von MVV Energie sich signifikant von Nicht-Kunden unterscheiden. Auch wenn der Stromverbrauch pro Haushalt unter dem bundesweiten Durchschnitt liegen sollte, wäre dies für eine sehr nachhaltige Bewertung noch nicht ausreichend. Weitere Energieberatung und Öffentlichkeitsarbeit können zu verstärkter Einsparung beim Stromverbrauch privater Haushalte in Mannheim führen.

Quellen:
MVV Energie AG



A1.3

Ausbau der erneuerbaren Energien

Finanzielle Ausstattung kommunaler Förderprogramme im Bereich Energie- und Klimaschutz

Entwicklung des Indikators



Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Erfasst wird die finanzielle Ausstattung kommunaler Förderprogramme im Bereich Energie- und Klimaschutz.

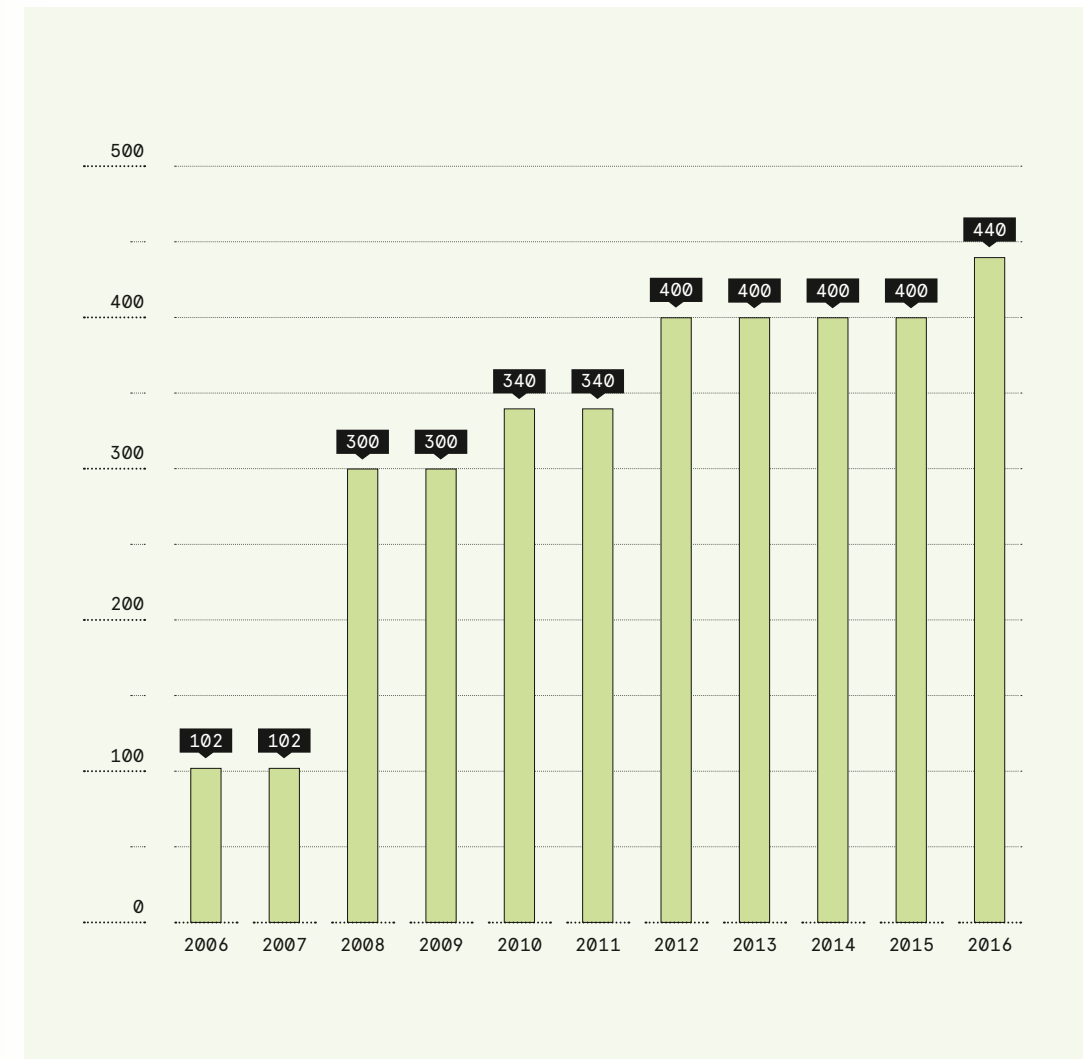
Zur Diskussion von Zielen

Es sollten Möglichkeiten geschaffen werden, damit Privatpersonen, Unternehmen oder Organisationen finanzielle Unterstützung für Vorhaben im Bereich Energie- und Klimaschutz erhalten. Die Hemmschwelle für energetische Maßnahmen soll dadurch gesenkt werden. Ein konkreter Zielwert kann nicht genannt werden.

Entwicklung in Mannheim

Die Stadt Mannheim fördert bereits seit etlichen Jahren das Engagement für Energie- und Klimaschutz. Derzeit werden mit 400.000 Euro jährlich energetische Sanierungen unterstützt. Außerdem werden Bundesprogramme bei der Quartiersförderung beworben und genutzt. Zusätzlich stehen 350.000 Euro für die Projektumsetzung innerhalb der Klimaschutzkonzeption 2020 zur Verfügung. 2016 legte die Stadt ein neues Förderprogramm für die Dach- und Fassadenbegrünung auf, welches von 40.000 Euro im Jahr 2016 bis auf ein Volumen von 80.000 Euro ab 2018 ansteigt.

Fördermittel Energie- und Klimaschutz in Tausend Euro



Quellen:
 Stadt Mannheim, Fachbereich Grünflächen und Umwelt, Klimaschutzleitstelle
 MVV Energie AG

A2.1

Verringerung des motorisierten Individualverkehrs Zahl der Personenkraftwagen (PKW)

Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Erfasst wird der PKW-Bestand. Die Statistikstelle erfasst seit 2008 ausschließlich angemeldete PKW ohne vorübergehende Stilllegung.⁴

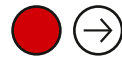
Angemessene umwelt- und sozialverträgliche Verkehrskonzepte bilden in vielen Kommunen einen Kernpunkt im Prozess nachhaltiger Entwicklung. Je stärker der motorisierte Individualverkehr, desto größer sind die Inanspruchnahme von Flächen, der Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen, die Emission klima- und gesundheitsschädlicher Abgase sowie die Lärmbelastung. Umso wichtiger sind kontinuierliche Investitionen in öffentliche Verkehrsmittel und Verkehrsinfrastrukturen, durch die der Rad- und Fußverkehr gefördert werden.

Zur Diskussion von Zielen

Ziele müssen regional und lokal angepasst werden, da sich geografische Gegebenheiten, örtliche Infrastruktur sowie die Siedlungsdichte erheblich unterscheiden. Generell kann man jedoch eine Zielhierarchie formulieren:

- Fahrten mit dem PKW sollten grundsätzlich vermieden werden.
- Die notwendigen Verkehrsleistungen sollten, soweit möglich, auf den öffentlichen Personennahverkehr, den Radverkehr und den Fußverkehr verlagert werden.
- Der motorisierte Individualverkehr sollte technisch optimiert und dort, wo es aus Gründen der Sozialverträglichkeit geboten ist, verlangsamt werden.

Entwicklung des Indikators



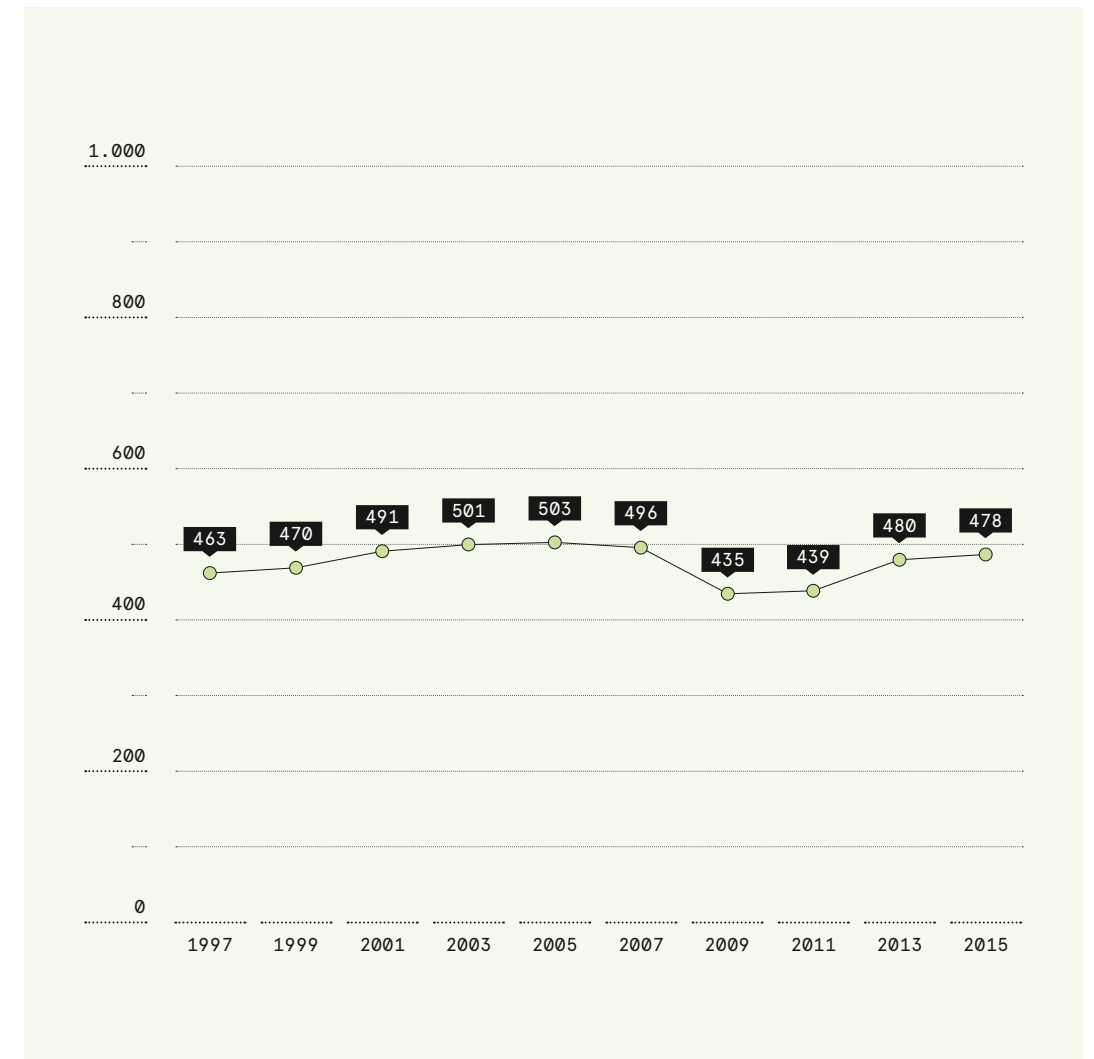
Entwicklung in Mannheim

Grundsätzlich haben Städte eine geringere Anzahl an Autos pro Einwohnerin und Einwohner, da auf dem Land die Abhängigkeit vom individuellen Verkehrsmittel tendenziell höher ist. Der Wert in Baden-Württemberg liegt bei 567 PKW pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. In Mannheim ist die Zahl der PKW von 453 PKW pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern im Jahr 1993 auf 478 im Jahr 2015 angestiegen. Mannheim ist deutlicher eine „Autostadt“ als Freiburg und Karlsruhe. Im Jahr 2015 hatten die Einwohnerinnen und Einwohner dieser beiden Städte nur 391 bzw. 438 PKW pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. In Stuttgart lag der Wert bei 463.

Im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung sollten Alternativen zum motorisierten Individualverkehr wie z. B. der ÖPNV und der Radverkehr möglichst attraktiv gestaltet werden. In Mannheim wurde durch den Verkehrsverbund Rhein-Neckar im März 2015 das Rad-Sharing-System „VRNnextbike“ eingeführt. In den ersten sechs Monaten gab es bereits knapp 15.000 Ausleihen in Mannheim und etwa 30.000 im gesamten VRN-Netz. Bis Ende August 2015 hatten sich insgesamt 6.800 Kundinnen und Kunden registriert. Dies zeigt ein wachsendes Interesse an klimafreundlicher Mobilität in der Stadt. Daneben stehen ein gut ausgebauter ÖPNV sowie Car-Sharing-Angebote zur Verfügung.

⁴ Diese Umstellung der Systematik sowie der Zensus 2011 sorgen hier für eine Verzerrung im Ergebnis.

Zahl der Personenkraftwagen (PKW) pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner



Quellen: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Verkehr > Kfz und Verkehrsbelastung > Kraftfahrzeugbestand pro 1.000 EW

A2.1

Verringerung des motorisierten Individualverkehrs Beförderungsfälle des ÖPNV

Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Erhoben wird die Anzahl der Fahrten, die mit dem öffentlichen Personennahverkehr in Mannheim zurückgelegt wurden.

Zur Diskussion von Zielen

Analog zu den Personenkilometern des ÖPNV gilt auch hier, dass geeignete Rahmenbedingungen, attraktive Beförderungsangebote und Aufklärungsarbeit unterstützend wirken sollten, damit möglichst viele Menschen zumindest teilweise auf die Benutzung ihres PKW verzichten.

Entwicklung des Indikators

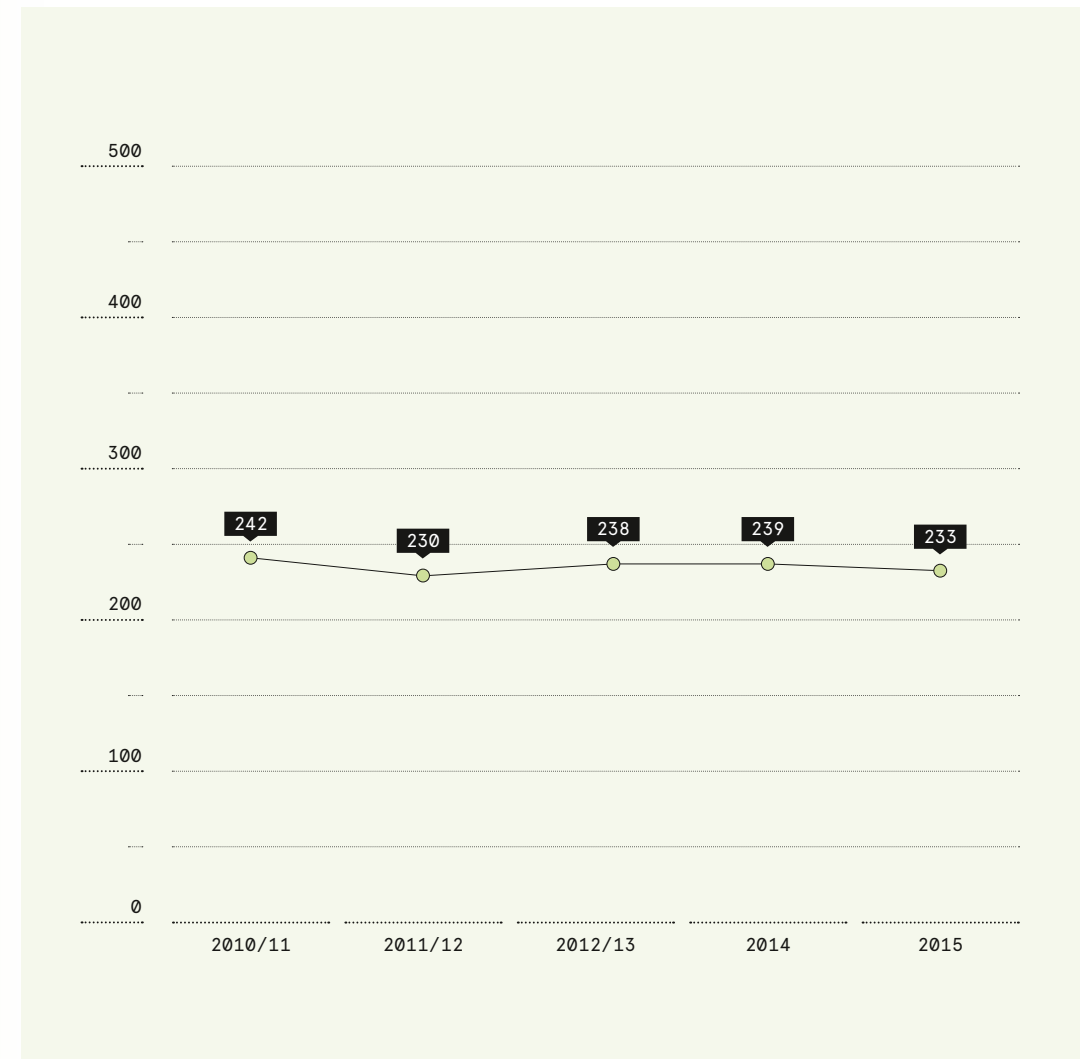


Entwicklung in Mannheim

Der Beförderungsfälle pro Einwohnerin und Einwohner waren im gesamten Betrachtungszeitraum relativ konstant. Im Jahr 2015 betragen sie 233 (-9 gegenüber 2010/11)

Aktionen wie das kostenfreie Park & Ride-Angebot, welches die Stadt Mannheim in der Weihnachtszeit samstags durchgeführt hat, verbesserte die Verkehrssituation in dieser sehr belasteten Zeit. Die kontinuierliche Verbesserung des ÖPNV-Angebotes, wie beispielsweise die Erweiterung des Stadtbahnnetzes um die Stadtbahn Nord oder die Ergänzung des klassischen ÖPNV-Angebotes um das VRN-Fahrradvermietsystem, sind hilfreiche Maßnahmen, um künftig den Autoverkehr weiter in Richtung ÖPNV zu verlagern.

Beförderungsfälle pro Einwohnerin und Einwohner



Quellen:
 Rhein-Neckar-Verkehr GmbH, 2015

A2.1

Verringerung des motorisierten Individualverkehrs Länge des Radwegenetzes

Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Erhoben wird die Länge der Radwege, die durch die Kommune führen. Das Fahrrad ist das umweltfreundlichste Verkehrsmittel – für Strecken innerhalb einer Stadt bis zu fünf oder sechs Kilometern ist es in der Regel auch das schnellste. Der Ausbau von Radwegen unterstützt eine nachhaltige urbane Mobilität.

Zur Diskussion von Zielen

Es ist kaum möglich, einen konkreten Zielwert festzulegen. Zudem gibt es qualitative Unterschiede beziehungsweise Streckenabschnitte, die höhere Priorität haben als andere. Von zentraler Bedeutung sind jedoch Lückenschlüsse und Wege, die zum Stadtzentrum führen, sowie Wegeführungen, die ein zügiges Radfahren erlauben.

Entwicklung des Indikators

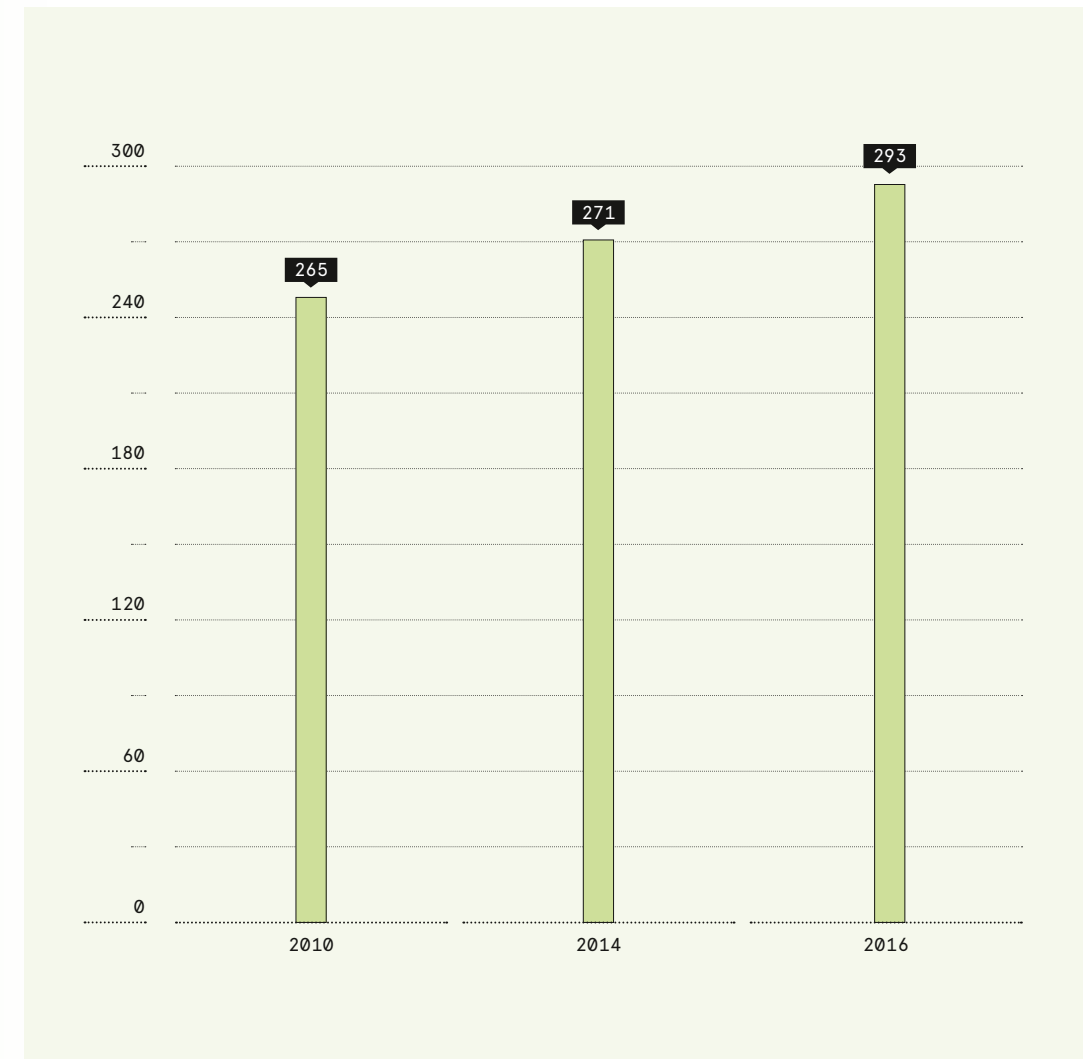


Entwicklung in Mannheim

Die Länge des Mannheimer Radwegenetzes hat sich zwischen 2010 und 2014 von 265 auf 271 km erhöht und ist bis Ende 2016 auf ca. 293 km gewachsen. Mit den jüngsten Maßnahmen wurden insbesondere Lücken – z. B. am Innenstadtring – geschlossen. In den letzten Jahren wurde verstärkt an der Umsetzung des kommunalen „21-Punkte-Programm für mehr Radverkehr“ gearbeitet. Es wurden personelle und finanzielle Zusatzmittel bereitgestellt sowie eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger z. B. durch runde Tische oder Netzwerkaktivitäten ermöglicht.

Der Allgemeine Deutsche Fahrradclub führt seit 2003 Befragungen zur Radfreundlichkeit in Städten durch. Bei diesem Ranking lag Mannheim 2012 und 2014 im Mittelfeld (Platz 19 von 39 in der Größenkategorie ab 200.000 Einwohner). Die teilweise Öffnung der Einbahnstraßen in beide Richtungen für den Radverkehr und die gute Erreichbarkeit des Stadtzentrums wurden gelobt. Kritisiert wurden mangelnde Kontrollen von auf Radwegen parkenden PKW und die Wegeführung um Baustellen. Die Länge des Radwegenetzes wurde mit der Schulnote 3,3 bewertet. Ein Vergleich mit anderen Städten Baden-Württembergs ist nicht eindeutig, da sowohl Ausdehnung der Fläche als auch Definitionsgrenzen in der statistischen Erfassung schwanken.

Länge des Radwegenetzes in Kilometer



Quellen:
 Stadt Mannheim, 21-Punkte-Programm für mehr Radverkehr, Zweiter Zwischenbericht 2012 – 2014
 ADFC Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club e. V., Fahrradklimatest 2014
 Stadt Mannheim, Fachbereich Stadtplanung

A3.1

Geringe Luftverschmutzung Feinstaubbelastung

Entwicklung des Indikators



Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Feinstaubpartikel entstehen bei Verbrennungsprozessen oder durch Umwandlung aus gasförmigen Substanzen, wie z. B. Schwefel- oder Stickoxiden; sie verweilen schwebend für längere Zeit in der Luft. Überwiegend ist der Ursprung auf Industrie und Gewerbe zurückzuführen. Allerdings ist auch der Verkehr ein großer Verursacher von Feinstaub.

Darüber hinaus entstehen beim Heizen mit Öfen ebenfalls hohe Mengen Feinstaub. In Mannheim gibt es derzeit zwei Messstationen: Eine liegt in der Innenstadt am Friedrichsring und dient als Verkehrsmessstelle. Die zweite ist eine Hintergrundmessstelle und befindet sich im Mannheimer Norden. Für beide Messstationen zeigt der Indikator zum einen den Jahresmittelwert in $\mu\text{g}/\text{m}^3$. Dieser soll $40 \mu\text{g}/\text{m}^3$ nicht überschreiten. Hinzu kommt die Zahl der Tageswerte über $50 \mu\text{g}/\text{m}^3$, der Grenzwert für einen Tagesmittelwert. Eine Überschreitung ist hier nur maximal an 35 Tagen im Jahr zulässig.

Zur Diskussion von Zielen

Hohe Feinstaubkonzentrationen können sich negativ auf die Gesundheit der Einwohnerinnen und Einwohner auswirken. Daher sollte die Kommune anstreben, soweit wie möglich unter den vorgegebenen Grenzwerten für einzelne Partikelgrößen zu bleiben.

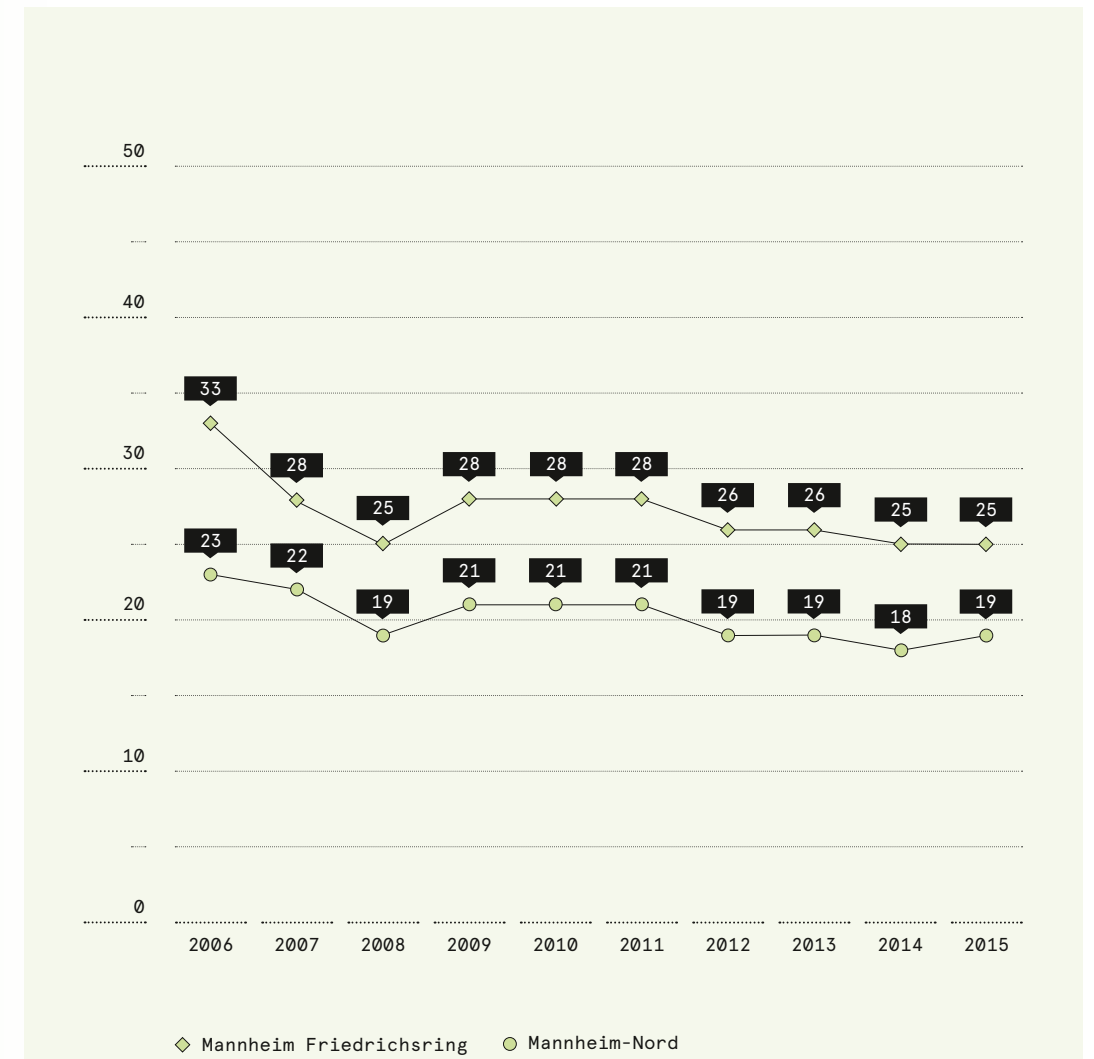
Da die Industrie und der Verkehr, vor allem in Ballungsräumen, große Verursacher für Feinstaub sind, sollte diesen beiden Bereichen besonders hohe Aufmerksamkeit gewidmet werden, um die Feinstaubzeugung kontinuierlich zu reduzieren. Was den Verkehr betrifft, so kann eine Kommune alternative Verkehrsmittel, wie z. B. das Fahrrad, fördern. Zusätzlich können, wie in Mannheim geschehen, Umweltzonen ausgewiesen werden.

Entwicklung in Mannheim

Das Regierungspräsidium Karlsruhe hat in Zusammenarbeit mit der Stadt Mannheim bereits 2006 einen 20 Punkte enthaltenden „Luftreinhalteplan“ erlassen, welcher 2012 fortgeschrieben wurde. Dieser sieht unter anderem Fahrverbote für Autos ohne grüne Plakette vor, ein Verbot für das Verbrennen von Grünabfällen sowie die Umrüstung des städtischen Fuhrparks.

Das Ergebnis ist sichtbar: An den Mannheimer Messstationen haben sich in den letzten zehn Jahren sowohl der Jahresmittelwert als auch die Zahl der Überschreitungen der Tageswerte im Trend kontinuierlich und deutlich verbessert. Sie befinden sich deutlich unterhalb der Grenzwerte.

Feinstaubbelastung: Jahresmittelwert in $\mu\text{g}/\text{m}^3$

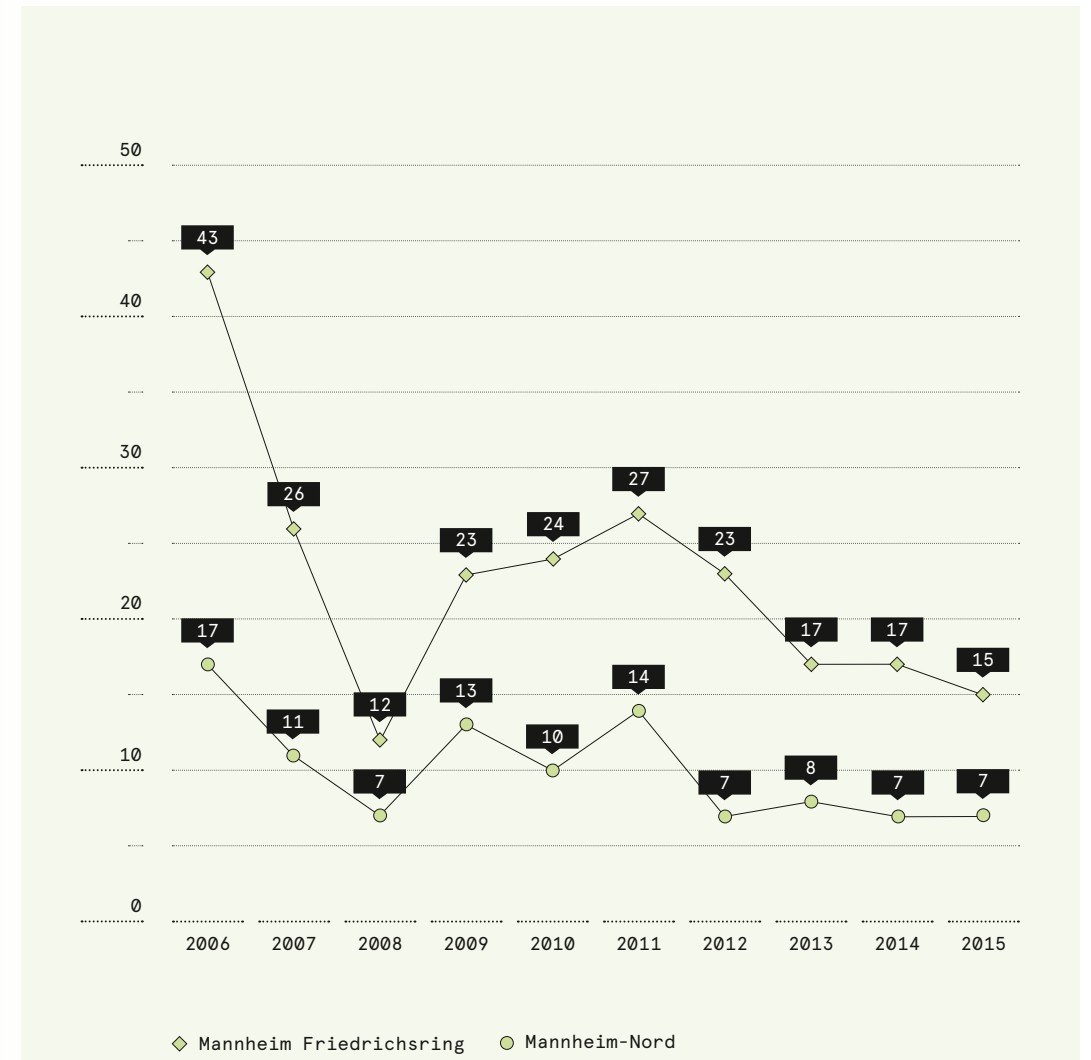


Quellen:
 Landesamt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW), Portal Luft – Mehrjährige Datenreihen
 LUBW, Kurzübersicht Luftqualität – Jahresdaten 2015

A3.1



Feinstaubbelastung: Anzahl der Überschreitungen von 50 µg/m³



Quellen:
 Landesamt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW), Portal Luft – Mehrjährige Datenreihen
 LUBW, Kurzüberblick Luftqualität – Jahresdaten 2015

A4.1

Niedriges Restmüllaufkommen Häusliche Abfälle

Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Zu den häuslichen Abfällen zählen

- Hausmüll inkl. hausmüllähnlicher Gewerbeabfälle,
- Sperrmüll und
- Wertstoffe (unter anderem Papier und Pappe, Glas und Metalle).

Oberste Priorität für eine nachhaltige Abfallwirtschaft hat die Vermeidung von Abfällen. Damit reduzieren sich Stoffströme, der mit Herstellung und Entsorgung verbundene Energie- und Transportaufwand und auch der Verbrauch an Rohstoffen. Wesentlich für eine nachhaltige Abfallwirtschaft sind die Abfalltrennung und deren optimale Weiterbehandlung, z. B. durch Wiederverwendung, Recycling und energetische Verwertung.

Zur Diskussion von Zielen

Über Jahrzehnte ist die Abfallmenge in der Bundesrepublik kontinuierlich angestiegen. Der zunehmende Wohlstand und die Veränderung des Lebensstils haben sich in wachsenden Stoff- und Materialflüssen niedergeschlagen. Aber Abfall ist keine notwendige Wohlstandskomponente – das haben der Rückgang der Abfallmengen und vor allem der Anstieg der Recyclingquote seit den 1990er Jahren gezeigt. In Deutschland werden von den nicht vermeidbaren Siedlungsabfällen ca. 88 % wiederverwertet (Stand: 2014).

Deutschland ist europaweit Spitzenreiter in Sachen Recycling. Knapp 69 % des Abfallaufkommens werden der stofflichen Verwertung zugeführt. In einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft hat die Vermeidung von Abfällen jedoch Priorität und steht vor der Wiederverwertung. Darüber hinaus sind die gewonnenen Sekundärrohstoffe eine zunehmend wichtige Ressource geworden.

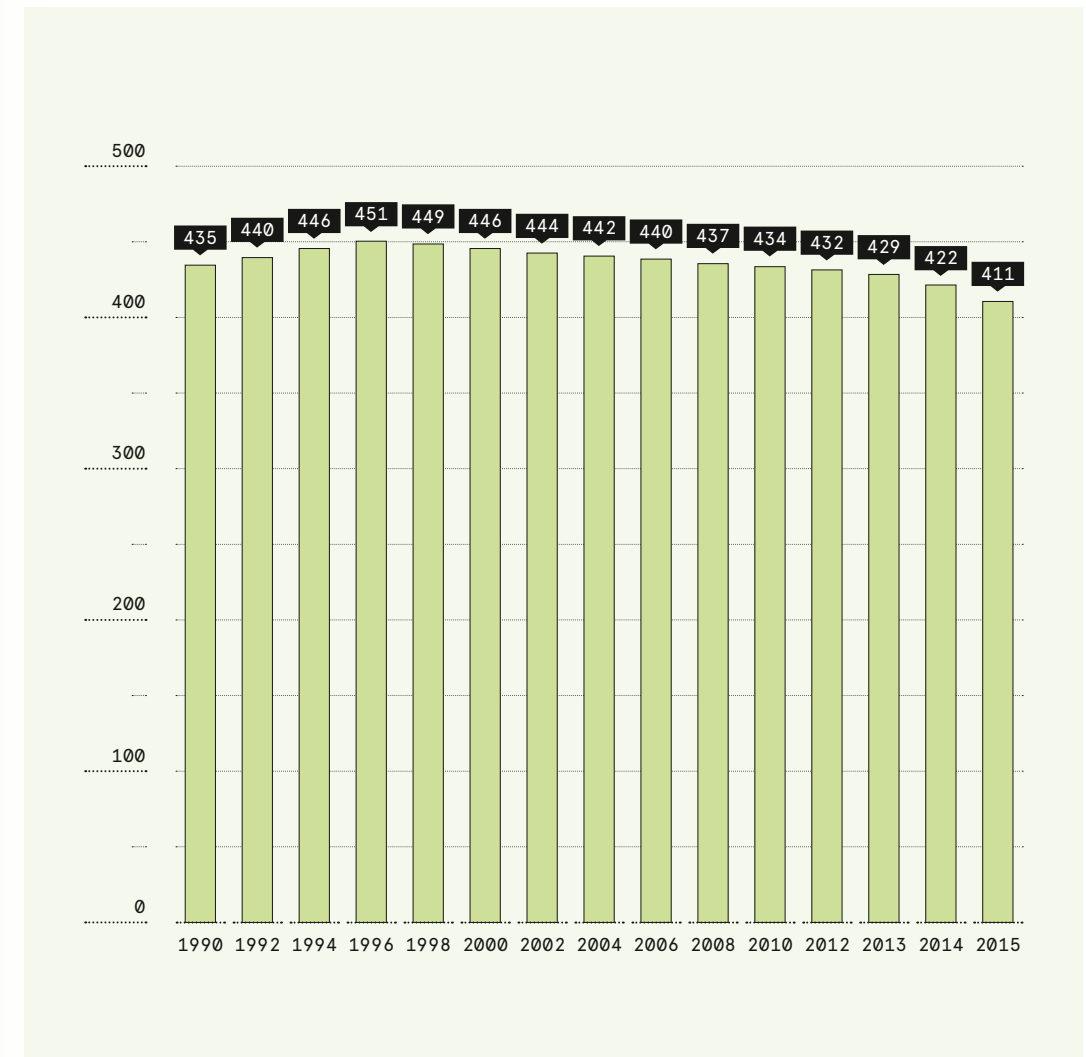
Entwicklung des Indikators



Entwicklung in Mannheim

In Mannheim sank die Abfallmenge seit 1990 von 134.000 t auf 124.000 t im Jahr 2015. Die Jahresmenge liegt mit 411 kg 2015 pro Einwohnerin und Einwohner trotz konstanter Senkung noch immer auf einem relativ hohen Niveau. Zum Vergleich: Der Durchschnitt in Baden-Württemberg lag 2015 bei 353 kg pro Einwohnerin und Einwohner. Allerdings zeigt der Trend in Mannheim seit vielen Jahren stetig nach unten, während die Menge in Baden-Württemberg vergleichsweise konstant blieb.

Häusliche Abfälle pro Einwohnerin und Einwohner in Kilogramm



Quellen:
 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Umwelt > Abfall > Häusliches Abfallaufkommen
 Statistisches Bundesamt, Abfallbilanz 2014

A4.2

Hohe Wiederverwertung

Anteil von Bioabfällen und Wertstoffen aus Haushalten am Aufkommen häuslicher Abfälle

Entwicklung des Indikators



Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Wertstoffe, im Wesentlichen Bioabfall, Papier, Glas, Metalle und Kunststoffe, können bei einer getrennten Erfassung im Kreislauf geführt, recycelt und wiederverwendet werden. So können die im Bioabfall enthaltenen Nährstoffe und Organik durch eine Kompostierung wieder dem Boden zugeführt und das durch Vergärung erhaltene Biogas als regenerative Energieressource genutzt werden. Papier und Altglas werden in ihren jeweiligen Recyclingverfahren verarbeitet und können erneut Verwendung finden. Die getrennte Erfassung von Wertstoffen dient der nachhaltigen Ressourcenschonung und somit der Umwelt.

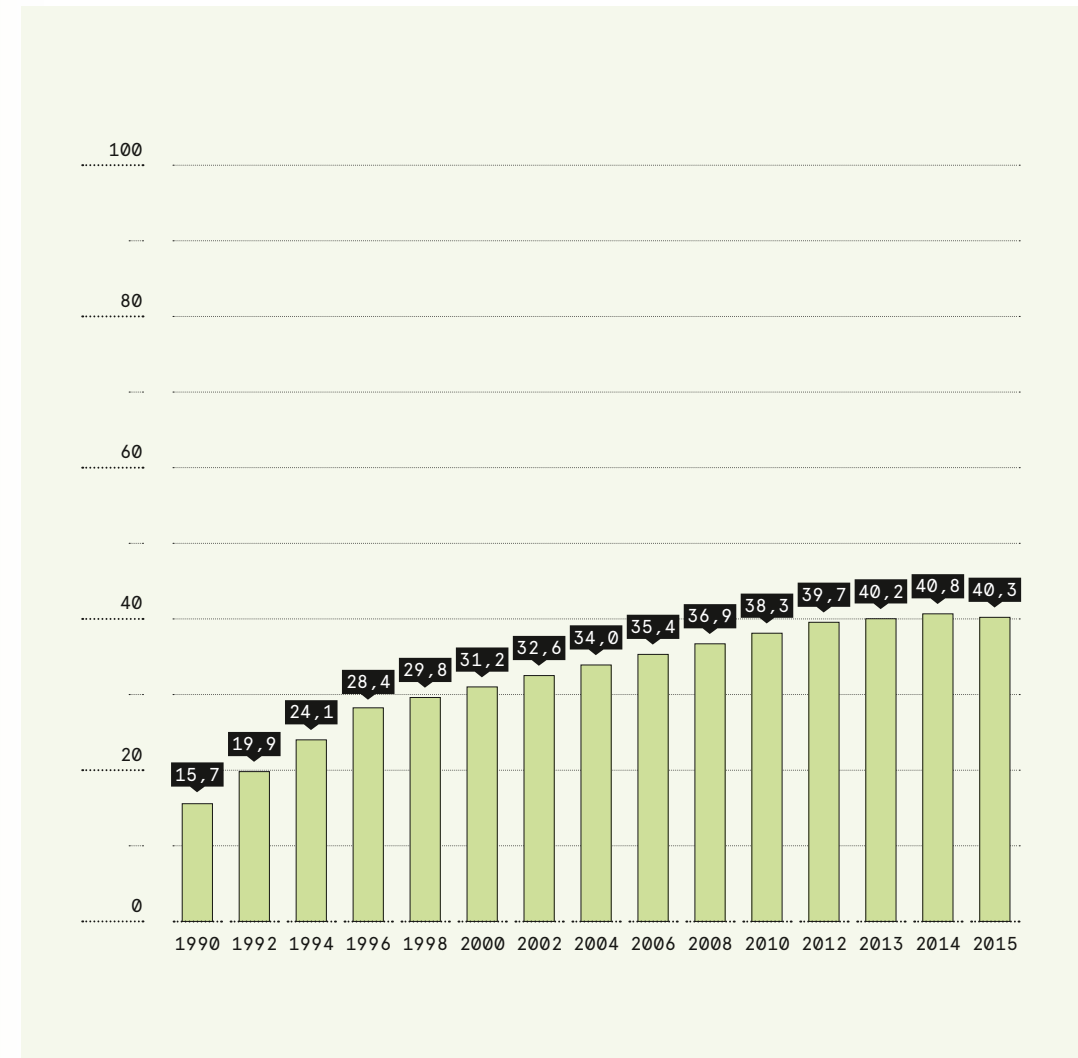
Entwicklung in Mannheim

Die getrennte Erfassung von Wertstoffen und Bioabfall hat sich in Mannheim seit 1990 gemessen am Aufkommen häuslicher Abfälle von 16 % auf 40 % im Jahr 2015 nahezu verdreifacht. In Baden-Württemberg hat sich eine vergleichbare Entwicklung vollzogen, da das Land den Fokus auf eine umweltschonende Kreislaufwirtschaft gelegt hat. Im Städtevergleich (2015) liegt Mannheim mit 40 % Anteil an Bioabfällen und Wertstoffen hinter Karlsruhe (60 %) und Freiburg (68 %). Mit Einführung einer eigenen Wertstofftonne und der verstärkten Bewerbung der Biotonne ist mit einer deutlichen Steigerung der getrennten Erfassung zu rechnen.

Zur Diskussion von Zielen

Einwohnerinnen und Einwohnern der Kommunen ist die Möglichkeit der getrennten Erfassung von Wertstoffen und Bioabfall einzuräumen. Seit 2015 besteht die gesetzliche Pflicht der getrennten Erfassung von Bioabfällen. Die Kommunen haben die Aufgabe, die Bevölkerung über die Vorteile und den Nutzen einer Kreislaufwirtschaft zu informieren und ein Bewusstsein für Abfalltrennung zu schaffen.

Anteil von Bioabfällen und Wertstoffen aus Haushalten am Aufkommen häuslicher Abfälle in Prozent



Quellen:
 Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg: Abfallbilanz 2014
 Stadt Mannheim, Eigenbetrieb für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung, Abfallwirtschaftskonzept für die Stadt Mannheim 2015 – 2024

A4.3

Niedriges Abwasseraufkommen

Abwasseraufkommen

Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Abwasser besteht aus mehreren Komponenten: Schmutzwasser kommt größtenteils aus privaten Haushalten und Gewerbebetrieben. Zusammen mit dem Niederschlagswasser und unter Umständen auch mit Fremdwasser (also z. B. Grundwasser, das durch defekte Rohre in die Kanalisation gelangt) fließt das Abwasser zum zentralen Klärwerk. Dabei wird die Schmutzwassermenge rechnerisch auf Basis des Frischwasserverbrauchs ermittelt.

In das Schmutzwasser gelangen viele Abfallreststoffe, die dieses zusätzlich verunreinigen (z. B. Speisereste, Fette, Haushaltschemikalien, Medikamentenrückstände), sodass in der Kläranlage ein hoher Reinigungsaufwand betrieben werden muss, bis es wieder dem natürlichen Wasserkreislauf zugeleitet werden kann. Problematisch sind insbesondere Spurenstoffe im Abwasser (z. B. Reste von Arzneimitteln), welche in Kläranlagen mit herkömmlichen Reinigungsverfahren nicht beseitigt werden können. Gelangen diese Mikroschadstoffe in den natürlichen Wasserkreislauf, können sie nicht nur das Trinkwasser verunreinigen, sondern auch zu Resistenzbildung bei Krankheitserregern führen.

Zur Diskussion von Zielen

Da jede und jeder verantwortlich dafür ist, was und wie viel in die Kanalisation gelangt, ist es vor allem wichtig, die Bevölkerung über einen richtigen Umgang mit Abwasser zu informieren. Es sollte ein Verständnis für die Relevanz eines schonenden Umgangs mit Ressourcen geschaffen werden, insbesondere dass Abfall wie Essensreste oder Medikamente nicht über den Abfluss oder die Toilette entsorgt werden.

Entwicklung des Indikators



Entwicklung in Mannheim

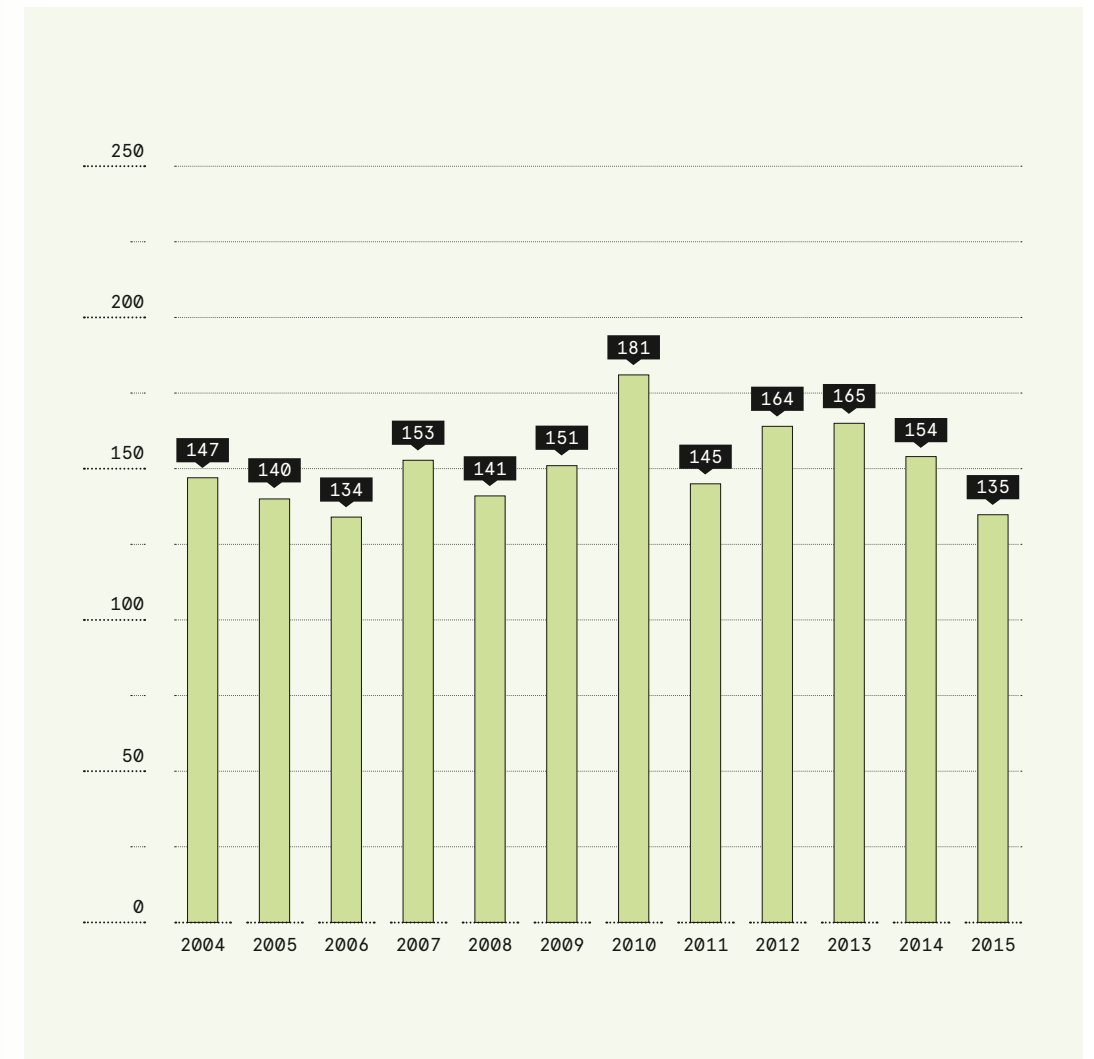
Um das Abwasservolumen zu reduzieren, wurden in Mannheim in den letzten Jahren Maßnahmen zur Regenwasserversickerung durchgeführt, wie sie auch das Wassergesetz Baden-Württemberg vorschreibt. Mit der verbindlichen Einführung der flächendeckenden gesplitteten Gebührenabrechnung für Schmutz- und Niederschlagswasser 2010 wurden Anreize für die Entsiegelung von Grundstücksflächen und Regenwasserversickerung geschaffen. Auch die Förderung von Dachbegrünung durch die Stadt Mannheim trägt zur Verringerung der anfallenden Niederschlagsmenge bei und verbessert zudem das Mikroklima, insbesondere in verdichteten Wohnquartieren.

Die Werte des Abwasseraufkommens in Mannheim schwanken im betrachteten Zeitraum zwischen 134 und 181 Litern pro Einwohnereinheit⁵ und Tag. Die Städte in Baden-Württemberg schwanken hier relativ stark. In Karlsruhe beispielsweise wurden 119 Liter pro Einwohnereinheit und Tag gezählt, in Stuttgart 143 Liter und in Freiburg 167 Liter.

Um auch Mikroschadstoffe aus dem Abwasser zu entfernen, betreibt die Stadtentwässerung Mannheim seit 2010 im Klärwerk eine großtechnische Anlage, in der mit Hilfe von Pulveraktivkohle diese Spurenstoffe eliminiert werden. 2016 wurde diese Anlage nochmals vergrößert, wodurch die Stadt Mannheim mit dem Ausbau der Spurenstoffelimination eine Vorreiterrolle in Baden-Württemberg einnimmt.

⁵ Einwohnereinheit meint hier, dass Industriebetriebe mit einer festgelegten Anzahl an Einwohneräquivalenten in den Wert eingehen und somit eine etwas bessere Vergleichbarkeit zwischen industriell geprägten und weniger industriell geprägten Städten möglich ist.

Abwasseraufkommen pro Einwohnerin und Einwohner pro Tag in Liter

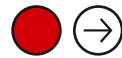


Quellen:
 Stadt Mannheim, Eigenbetrieb Stadtentwässerung Mannheim, 2016

A5.1

Nachhaltiges Flächenmanagement Siedlungs- und Verkehrsfläche

Entwicklung des Indikators



Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Die Flächeninanspruchnahme ist die Umwandlung von Fläche in Siedlungs- und Verkehrsfläche. Damit kann eine Versiegelung einhergehen. Wenn Wald- oder Agrarflächen umgewandelt werden, können fruchtbare Böden betroffen sein. Der sparsame und schonende Umgang mit Grund und Boden ist daher nach wie vor eine große Herausforderung der nachhaltigen Stadtentwicklung.

Zur Diskussion von Zielen

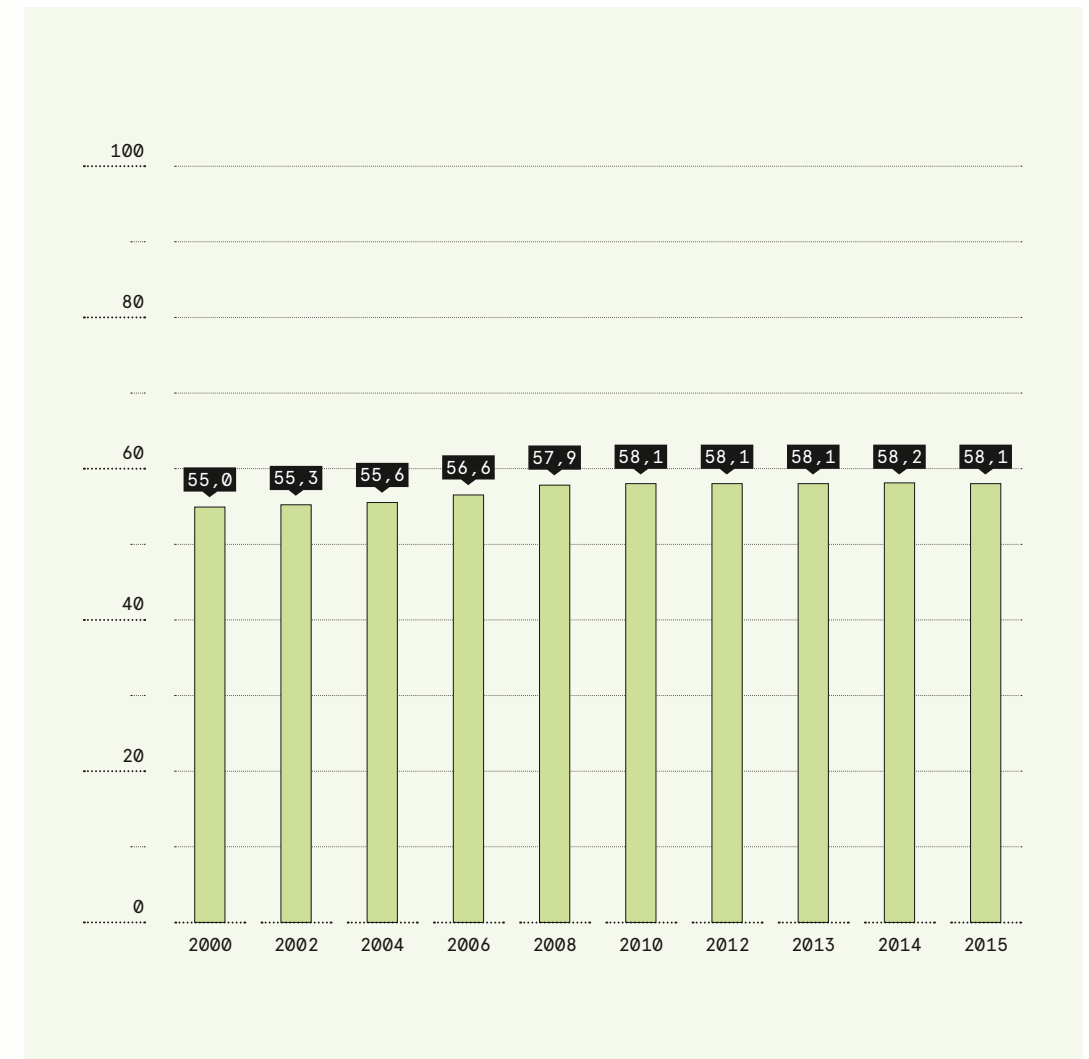
Ziel des Bodenschutzes ist eine Verringerung der Flächeninanspruchnahme. Mit der Inanspruchnahme von Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke und der damit einhergehenden teilweisen Bodenversiegelung gehen Böden mit ökologisch wichtigen Funktionen verloren: Es verschwindet Lebensraum für Tiere und Pflanzen und der Boden steht für die landwirtschaftliche Produktion nicht mehr zur Verfügung. Ein versiegelter Boden kann Regenwasser nicht mehr aufnehmen. Die zunehmende Zerschneidung der Landschaft durch Straßen, aber auch steigende Verkehrszahlen tragen zur Gefährdung von Tierarten und deren Lebensräumen bei.

Der Verlauf des Indikators zeigt an, ob es künftig gelingen wird, die Ausweitung von Siedlungs- und Verkehrsflächen zu Lasten naturnäherer Lebensräume zu begrenzen, wengleich Mannheim hier nur wenig Gestaltungsraum hat und somit kaum Flexibilität in der Steuerung dieses Indikators besteht.

Entwicklung in Mannheim

Von 2000 bis 2015 ist der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Mannheim um 5,8 % angestiegen und betrug 2015 58,1 %. Diese Steigerung liegt unter dem Landesdurchschnitt (8,3 %). In Karlsruhe hat sich der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche in den letzten Jahren ähnlich erhöht – allerdings auf niedrigerem Niveau. Dort wurden 2015 46,6 % der Fläche für Siedlung und Verkehr genutzt. In Freiburg und Heidelberg liegt der Anteil mit 32 % bzw. 30,3 % niedriger, der Landesdurchschnitt Baden-Württemberg ist bei 14,4 % angesiedelt (2015).

Siedlungs- und Verkehrsfläche in Prozent



Quellen:
 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Bevölkerung und Gebiet > Gebiet > Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche

A6.1

Stärkung des Naturschutzes Naturschutzgebiete

Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Dargestellt wird der Anteil der Naturschutzgebiete an der Bodenfläche insgesamt.

Zur Diskussion von Zielen

Schutzgebiete und extensiv genutzte Flächen stellen in einer zunehmend naturfernen Kulturlandschaft oft die letzten Überlebensräume für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten dar. Mindestens 10 % der Landesfläche sind nach dem Naturschutzgesetz von 2002 für den Biotopverbund zu sichern, um auch zukünftig einen standorttypischen Artenreichtum zu gewährleisten. Anerkannt als streng geschützte Flächen des Naturschutzes sind neben den Naturschutzgebieten, Biotopen und Bannwäldern teilweise auch Fauna-Flora-Habitat-Gebiete (FFH-Gebiete), nicht aber Landschaftsschutzgebiete.

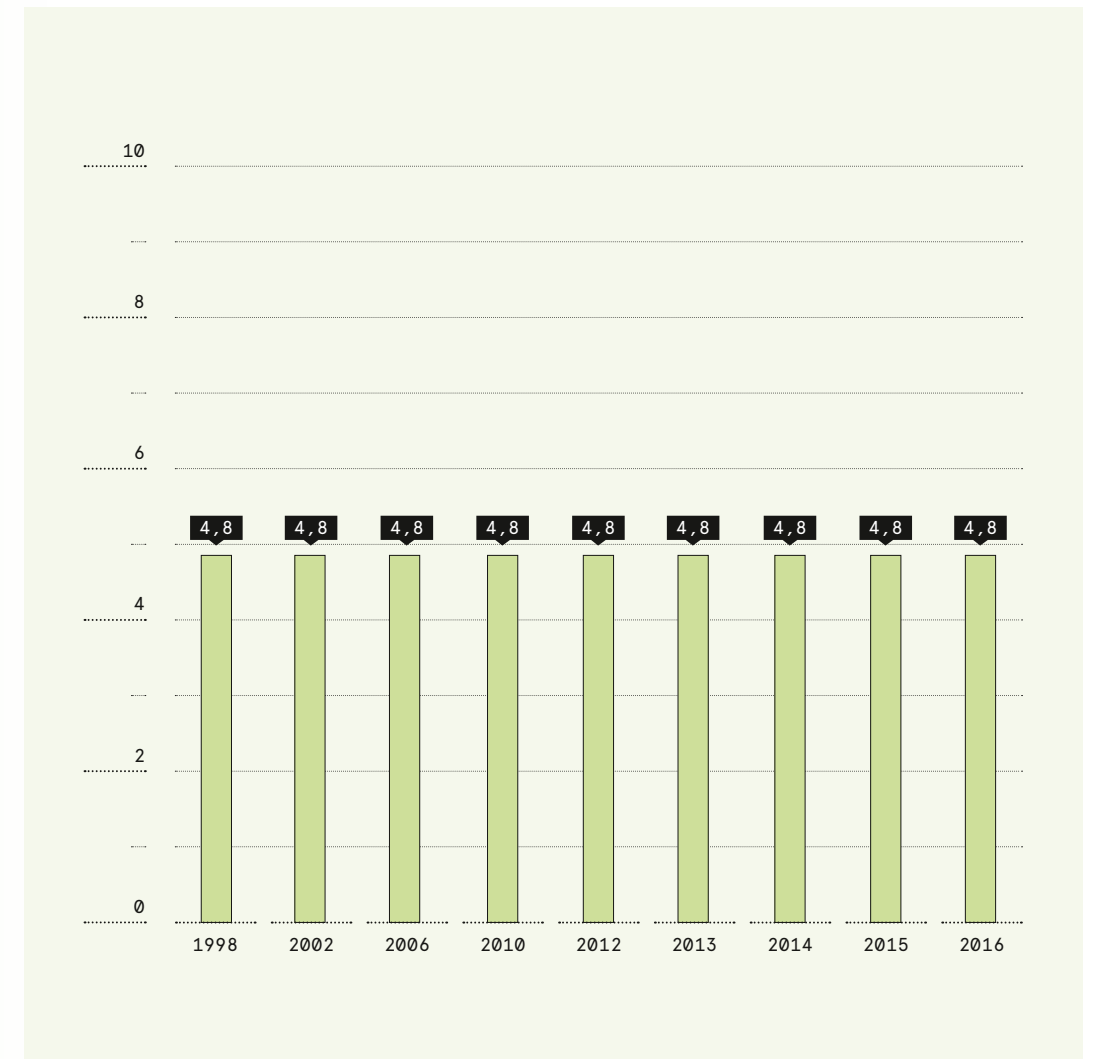
Entwicklung des Indikators



Entwicklung in Mannheim

2015 wurden landesweit 159 Hektar als Naturschutz- und 2.216 Hektar als Landschaftsschutzgebiete neu ausgewiesen. Mit Stand Dezember 2016 gab es in Baden-Württemberg 1.053 Naturschutzgebiete mit einer Gesamtfläche von 86.231 Hektar, davon 9 in Mannheim mit einer Fläche von 700 Hektar. Insgesamt gehören in Mannheim 7,1 % der Flächen zu den streng geschützten Flächen des Naturschutzes. Der Anteil an Naturschutzgebieten liegt in Mannheim mit 4,8 % im Jahr 2016 über dem Landesdurchschnitt (2,4 %). Einige der äußeren Stadtbezirke Mannheims bieten noch Potenzial. So könnten künftig z. B. Teile des Konversionsareals Coleman Barracks hinzukommen.

Anteil der Naturschutzgebiete an der Gesamtfläche in Prozent



Quellen:
www4.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/244449
 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Bevölkerung und Gebiet > Gebiet > Schutzgebiete

A6.2

Hohe Biodiversität Storchpopulation im Luisenpark

Entwicklung des Indikators



Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Durch die Intensivierung der Landwirtschaft während der Industrialisierung kam es deutschlandweit zu einem starken Rückgang der Storchpopulation. Gründe sind u. a. die Trockenlegung von Feuchtgebieten und die Umwandlung von Wiesen in Felder. Ziel einer nachhaltigen Kommune sollte es sein, Lebensraum für hierdurch negativ betroffene Tierarten bereitzustellen. Der Storch dient zudem als einer der populärsten Vögel der Umweltpädagogik.

Zur Diskussion von Zielen

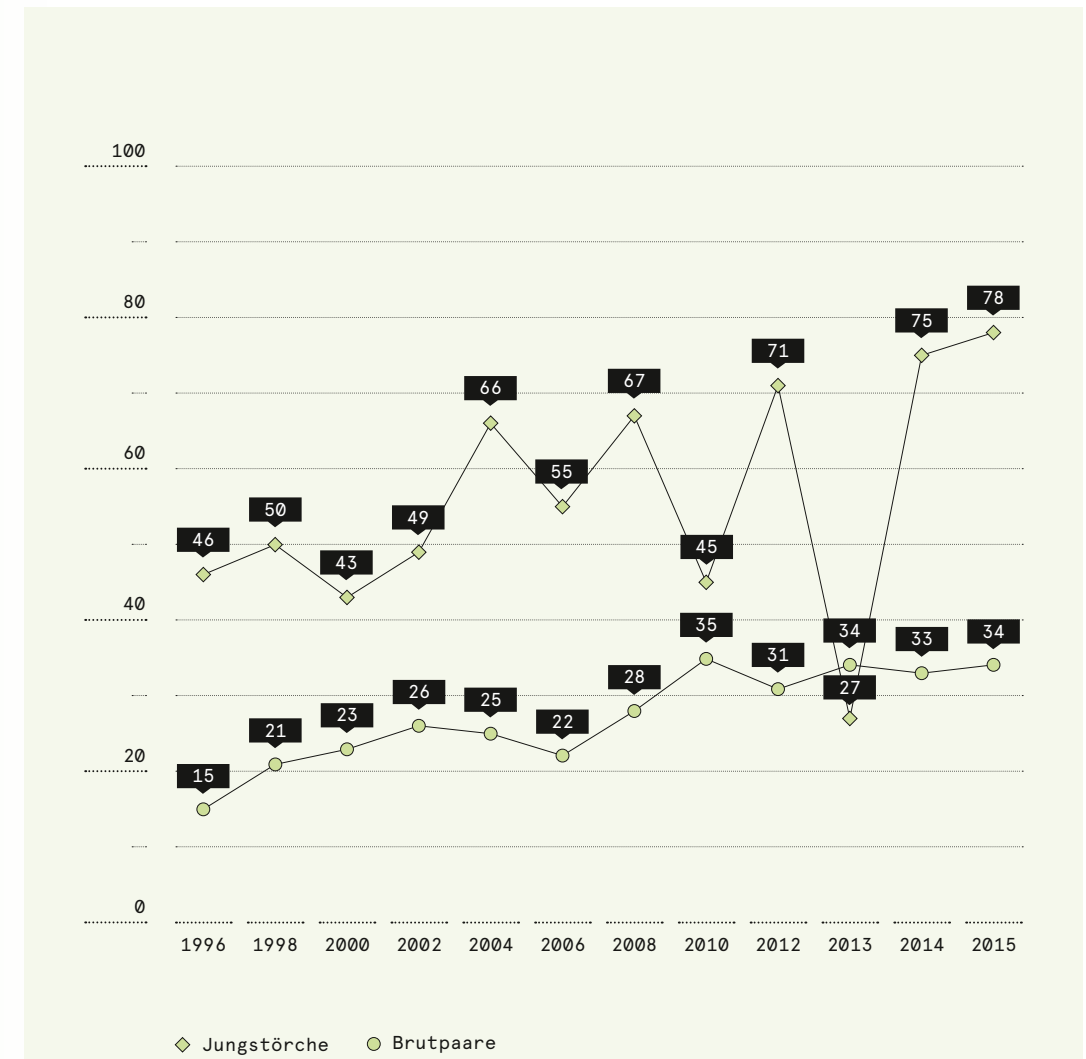
Kaum ein Vogel ist in seiner Bestandsentwicklung so gut dokumentiert wie der Weißstorch. Bereits seit 1934 führt man in Deutschland Kartierungen durch. Der Bestand ist in den letzten Jahren stark angestiegen, allerdings leben ca. 80 % der Brutpaare in ostdeutschen Regionen im Einzugsgebiet der Elbe. Insofern ist eine große Anzahl an Störchen in Mannheim trotz der grundsätzlichen Bestandserholung etwas Besonderes. Wenngleich kein Zielwert definierbar ist, ist die Entwicklung begrüßenswert.

Entwicklung in Mannheim

Der Luisenpark als größte innerstädtische Grünanlage Mannheims bietet – auch durch die Nähe zu den Neckarwiesen – einen idealen Lebensraum für Störche. Durch hohe Bäume und speziell aufgestellte Masten können viele Neststandorte genutzt werden. Die Weißstörche leben dort in einer wilden Kolonie und werden deshalb auch nicht gefüttert. Allerdings werden von den Tierpflegerinnen und -pflegern regelmäßig Maßnahmen zur Pflege der Nistplätze durchgeführt, wie z. B. Reinigung und Auflockerung des Nistmaterials, Entfernung von eingetragenen Plastikteilen sowie Freischnitt von Ästen zur Erleichterung des Einflugs. Zwecks Monitoring werden die Jungstörche jährlich in Zusammenarbeit mit Mitarbeitern der Vogelwarte Radolfzell beringt.

Seit Beginn der jährlichen Kartierung der Mannheimer Störche im Jahr 1985 ist die Population deutlich angestiegen. Wetterbedingte Schwankungen wie z. B. 2013, als kühles und feuchtes Wetter zu vielen tödlichen Unterkühlungen der Jungbrut führte, erklären den damaligen Abfall. 2015 wurde mit 78 Jungvögeln aus 34 Brutpaaren der bisherige Höchststand erreicht. Zum Vergleich: Der NABU zählte 2010 in Bayern 200 Horstpaare und 300 Jungvögel. Nimmt man die Daten des NABU Weißstorchsensus zum Vergleich, der die Jahre 2004 und 2008 umfasst, lebten 2008 über 7 % der baden-württembergischen Horstpaare in Mannheim.

Populationsentwicklung des Weißstorchs im Luisenpark aufgeteilt in Jungstörche und Brutpaare



Quellen:
 Stadtpark Mannheim gemeinnützige GmbH, Walther Feld und Ingrid Dorner (seit 1998)
 NABU Michael-Otto-Institut Bergenhusen

Wirtschaft und Soziales: gutes Leben in Kommunen



Um eine hohe Lebensqualität für die Menschen vor Ort zu schaffen und deren Bedürfnisse zu befriedigen, sind eine gesunde Wirtschaft, eine ausreichende Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen und eine intakte soziale Gemeinschaft notwendig.

B

Wirtschaft und Soziales: gutes Leben in Kommunen

- B1 Bevölkerungsstruktur**
Die Kommune fördert eine ausgewogene Bevölkerungsentwicklung und stellt sich den Veränderungen in der Bevölkerungsentwicklung, die durch den demografischen Wandel und durch eine regionale Ungleichverteilung von Wanderungsbewegungen hervorgerufen werden. Notwendig ist die Berücksichtigung des zunehmenden Anteils älterer Menschen, aber auch die Attraktivität der Kommune für junge Menschen.
- 80 **B1.1 Ausgewogene Bevölkerungsstruktur**
Zahl der Zu- und Fortzüge und Wanderungssaldo
Altersstruktur der Bevölkerung
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort im Verhältnis zu Berufspendlerinnen und -pendlern
- B2 Siedlungsstruktur**
Die Kommune fördert eine ausgewogene Siedlungsstruktur. Das Wohnumfeld muss im Interesse aller Menschen in der Kommune gestaltet werden. Bezahlbarer, ansprechender und energiesparender Wohnraum sind wichtige Handlungsfelder einer nachhaltigen Stadtentwicklung.
- 90 **B2.1 Ausgewogene Siedlungsstruktur**
Anteil der Erholungsfläche an der Gesamtfläche
Preisindex der Wohnungsmieten
- B3 Sicherheit**
Die Kommune fördert Sicherheit. Sie ist eine wesentliche Voraussetzung für ein lebendiges, öffentliches Stadtleben und kann, z. B. durch Präventionsarbeit, erhöht werden.
- 94 **B3.1 Niedrige Kriminalität**
Bekannt gewordene Straftaten

- B4 Arbeit**
Die Kommune fördert zukunftsfähige Arbeitsplätze. Durch Sicherung und Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen vor Ort und in der Region soll die unfreiwillige Arbeitslosigkeit gesenkt werden.
- 96 **B4.1 Niedrige unfreiwillige Arbeitslosigkeit**
Zahl der Arbeitslosen
Anteil der Langzeitarbeitslosen
Anteil der Arbeitslosen unter 25 Jahren
- 102 **B4.2 Schaffung von Arbeitsplätzen**
Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort
- B5 Einkommensverteilung**
Die Kommune fördert sozial Benachteiligte und setzt sich für eine Reduktion der Armutsquote ein.
- 104 **B5.1 Armutsquote**
Leistungsberechtigte nach SGB II im Verhältnis zur wohnberechtigten Bevölkerung

Wirtschaft und Soziales: gutes Leben in Kommunen

B6 Bildung, Ausbildung und Kultur

Die Kommune unterstützt Kultur und Bildung. Das Kultur-, Bildungs- und Freizeitangebot ist wichtig für die Lebensqualität vor Ort. Kommunen können Angebote zur Aufklärung und Bildung für eine nachhaltige Entwicklung unterstützen, die eine entsprechende Lebensweise durch Aktionen wie Nachhaltigkeitstage oder ein gutes Medienangebot in den Bibliotheken fördern.

- 106 **B6.1 Gute Ausstattung der Bibliotheken**
Entleihungen in öffentlich zugänglichen Bibliotheken
- 108 **B6.2 Niedrige Zahl von Schulabgängerinnen und Schulabgängern**
Schulabgangsquote ohne Hauptschulabschluss
- 110 **B6.3 Schaffung von Ausbildungsplätzen**
Anzahl der Auszubildenden
- 112 **B6.4 Kulturelles Angebot**
Entwicklung der Besucherzahlen kultureller Veranstaltungen und Einrichtungen
- 116 **B6.5 Förderung von Kultur**
Kommunale Fördermittel für kulturelle Einrichtungen
- B7 Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen**
Die Kommune fördert Familien- und Kinderfreundlichkeit. Dies erfordert den Ausbau von Betreuungsplätzen.
- 118 **B7.1 Förderung von Kinder- und Jugendarbeit**
Kommunale Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit
- 120 **B7.2 Abdeckung vorschulischer Bedarfe**
Sprachförderbedarf von Kindern zum Schulbeginn
- 122 **B7.3 Ausreichende Zahl von Kinderbetreuungsplätzen**
Betreuungsquote der Kinder unter 3 Jahren

B8 Regionale Versorgung und lokale Ökonomie

Die Kommune fördert die regionale Versorgung der Stadt. Ökonomisch bedingt eine nachhaltige Entwicklung eine Stärkung der lokalen und regionalen Wirtschaft und Wertschöpfung – durch Förderung regionaler Produkte und Wirtschaftskreisläufe, den Ausbau des Tourismus sowie Unterstützung einer vielfältigen und innovativen Wirtschaftsstruktur. Zu einer regionalen Versorgung gehört ebenfalls eine soziale und ökologische Infrastruktur, wie etwa eine gute medizinische Versorgung.

- 124 **B8.1 Hoher Versorgungsgrad**
Anzahl niedergelassener Ärztinnen und Ärzte
- 126 **B8.2 Gutes Umfeld für Unternehmensgründungen**
Gewerbeanmeldungen im Verhältnis zu Gewerbeabmeldungen
- 128 **B8.3 Hohe Ertragskraft**
Steuerkraftmesszahl
- B9 Betrieblicher Umweltschutz**
Umweltschutz und ein ökologisches und ressourcenschonendes Wirtschaften ist auch in den lokal ansässigen Betrieben ein zentrales Thema.
- 130 **B9.1 Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes**
Anzahl der EMAS-validierten Betriebe

B1.1

Ausgewogene Bevölkerungsstruktur

Zahl der Zu- und Fortzüge und Wanderungssaldo

Entwicklung des Indikators



Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Erfasst wird die Anzahl der Menschen, die im Bezugsjahr in die Kommune zuziehen oder sie verlassen. Die Differenz dieser Werte ergibt den Wanderungssaldo. Eine nachhaltige Kommunalentwicklung zeichnet sich dadurch aus, dass die Bewohnerinnen und Bewohner ihren Lebensmittelpunkt in der Kommune sehen.

Zur Diskussion von Zielen

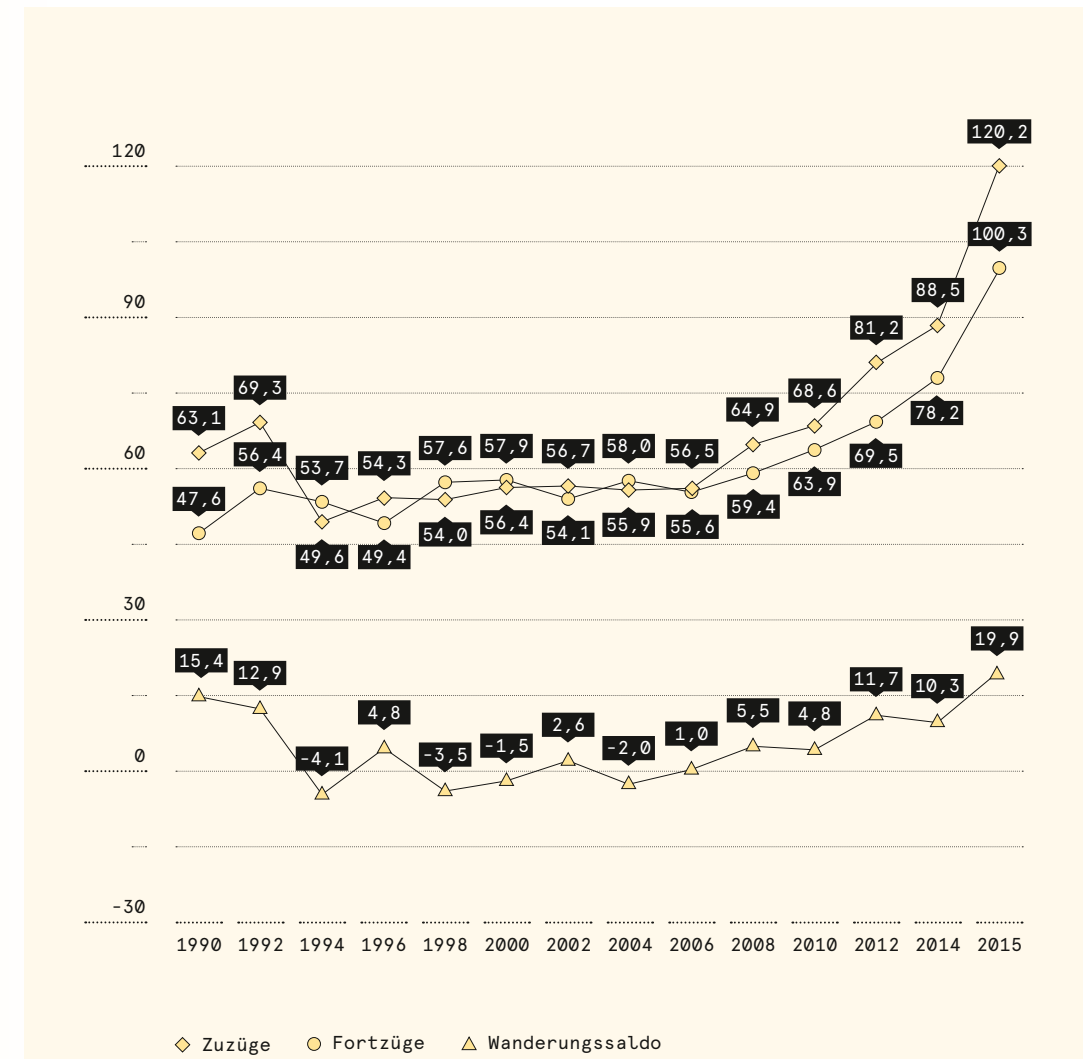
Baden-Württemberg weist seit Jahren einen positiven Wanderungssaldo auf. Dies bedeutet, dass die Region als lebenswert eingestuft wird. Sehr hohe Salden können aber auch zu Problemen führen – beispielsweise zu einer Überlastung des Arbeits- oder Wohnungsmarkts. Zuzüge, insbesondere von jungen, aktiven Bevölkerungsgruppen, führen oft zu einer verbesserten Einnahmesituation einer Kommune und können kurzfristige Überlastungen kompensieren. Insofern muss jeder Saldo auch qualitativ bewertet werden. Zur Analyse der Bedeutung eines bestimmten Wanderungssaldos für eine Kommune ist es relevant, welche Bevölkerungsschichten und Altersgruppen zu- oder wegziehen.

Für eine nachhaltige Kommunalentwicklung sollte eine soziale und altersstrukturelle Durchmischung angestrebt werden. Diese kann durch Bereitstellung adäquater, familiengerechter Wohnangebote, Aufwertung der Region durch Sanierungsprogramme und mehr Grünflächen erreicht werden.

Entwicklung in Mannheim

Der leicht positive Saldo der vergangenen Jahre kann als Anzeichen für die hohe Attraktivität der Stadt bewertet werden. Es fällt allerdings auf, dass die Fluktuation seit 2006 deutlich gestiegen ist. Seither entspricht eine höhere Zahl von Zuzügen auch einer höheren Zahl von Fortzügen. Dies liegt jedoch im allgemeinen Trend der Wanderungsbewegungen und ist nicht spezifisch für Mannheim, wobei die Flüchtlingsaufnahme den Wert 2015 nochmals steigen ließ. Der Wanderungssaldo liegt in Mannheim mit 19,9 je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern nun deutlich über dem baden-württembergischen Durchschnittswert von 15,7. Karlsruhe liegt zum Vergleich bei 25,1.

Zahl der Zu- und Fortzüge und Wanderungssaldo je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner



Quellen:
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg:
Bevölkerung und Gebiet > Zu- und Fortzüge > Wanderungen über die Gemeindegrenze nach Geschlecht

B1.1



Wanderungssaldo Mannheim und Baden-Württemberg im Vergleich je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner



Quellen:
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg:
Bevölkerung und Gebiet > Zu- und Fortzüge > Wanderungen über die Gemeindegrenze nach Geschlecht

B1.1

Ausgewogene Bevölkerungsstruktur Altersstruktur der Bevölkerung

Entwicklung des Indikators



Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Ausgewiesen wird die Veränderung der Anteile der Bevölkerungsgruppen unter 25 Jahren, zwischen 25 und 65 Jahren sowie über 65 Jahren. Der bundesweite Trend zu einer älter werdenden Gesellschaft erfordert Anpassungen von Infrastruktur und öffentlichen Einrichtungen. Die rechtzeitige Berücksichtigung der Entwicklung senkt die notwendigen Anpassungskosten.

Zur Diskussion von Zielen

Eine ausgewogene Zusammensetzung der Bevölkerung auch nach deren Altersstruktur ist für Kommunen von Vorteil. Schnelle Änderungen der Anteile der unterschiedlichen Altersgruppen können dazu führen, dass die Infrastruktur und öffentliche Einrichtungen mit hohen Kosten angepasst werden müssen. Der bundesweite Trend zu einer älter werdenden Gesellschaft macht solche Investitionen notwendig. Ein vergleichsweise hoher Anteil von Kindern und Jugendlichen kann auch ein Anzeichen für eine hohe Lebensqualität und für eine besonders dynamische Wirtschaftsentwicklung sein.

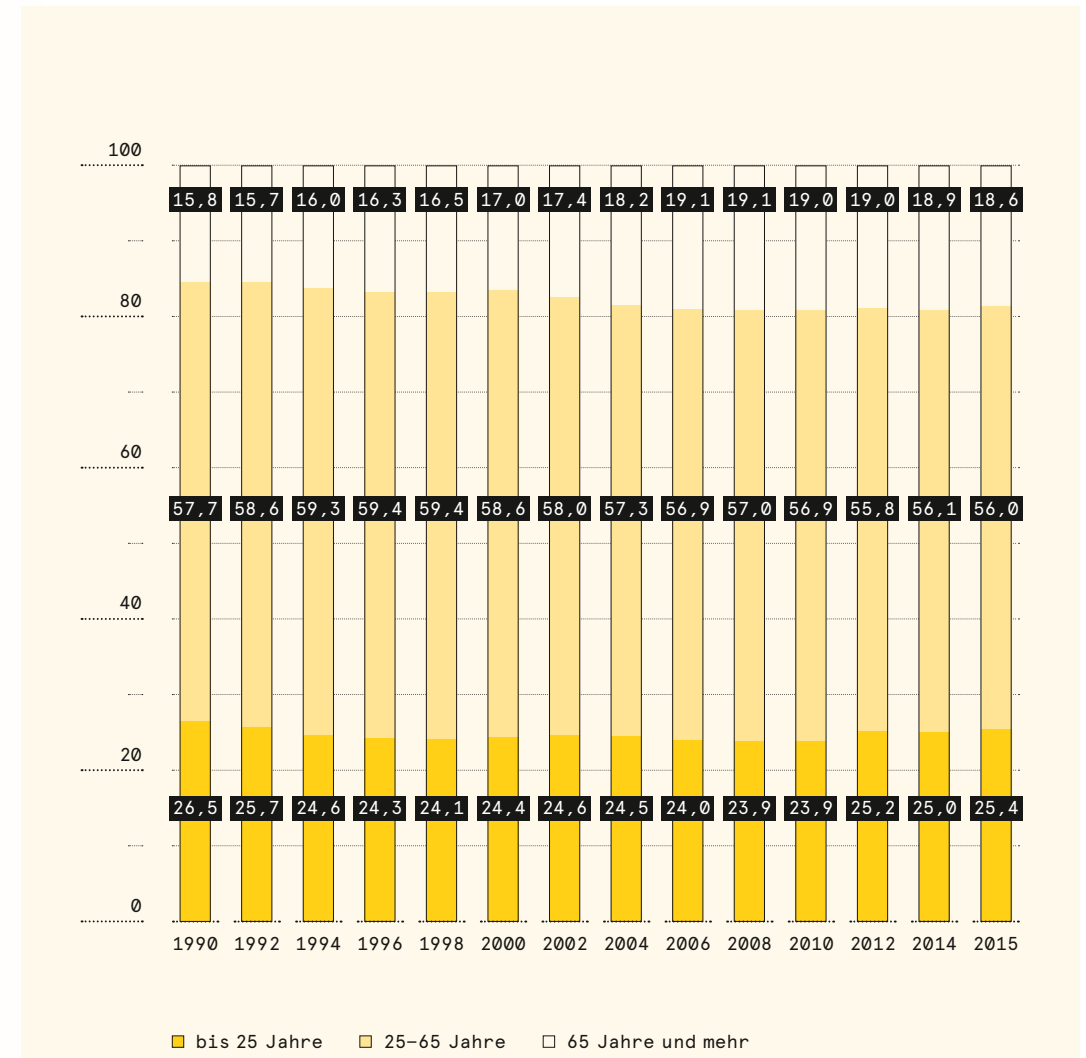
Entwicklung in Mannheim

Die Altersstruktur der Bevölkerung ist bundesweit insbesondere von folgenden Aspekten bestimmt: steigende Lebenserwartung und steigender Anteil der Personen, die 65 Jahre und älter sind, eine geringe Geburtenrate und ein fallender oder stagnierender Anteil der Personen unter 25 Jahren.

In Mannheim bleibt der Anteil der Bevölkerung bis 25 Jahren recht konstant, da in tendenziell wachsenden Stadtteilen sinkende Anteile von Kindern in anderen Stadtteilen ausgeglichen werden. Innerhalb des Stadtgebietes schwanken die Relationen stark. Die ausgeprägte Hochschullandschaft sorgt jedoch für einen konstanten Zufluss junger Menschen nach Mannheim, wengleich viele dieser Personen die Stadt nach ihrer akademischen Ausbildung wieder verlassen.

In Baden-Württemberg verläuft die Veränderung ähnlich, wobei der Anteil der Kinder und Jugendlichen nicht mehr so stark fällt. Während Kinder und Jugendliche bis 25 Jahre 1990 noch 30 % der Bevölkerung verzeichneten, waren es 2015 nur noch etwa 28 %. Die 25- bis 65-Jährigen stellten 1990 bis 2013 konstant rund 55 %, bis 2015 stieg deren Anteil auf rund 57 % der Bevölkerung im Land, und die Gruppe der über 65-Jährigen vergrößerte ihren Anteil von 14 % im Jahr 1990 auf rund 20 % im Jahr 2015. Diese Tendenz ist insbesondere in westlichen Ländern zu beobachten und sorgt für neue Herausforderungen bei der Planung von Infrastruktur, Gesundheitswesen und sozialen Sicherungssystemen.

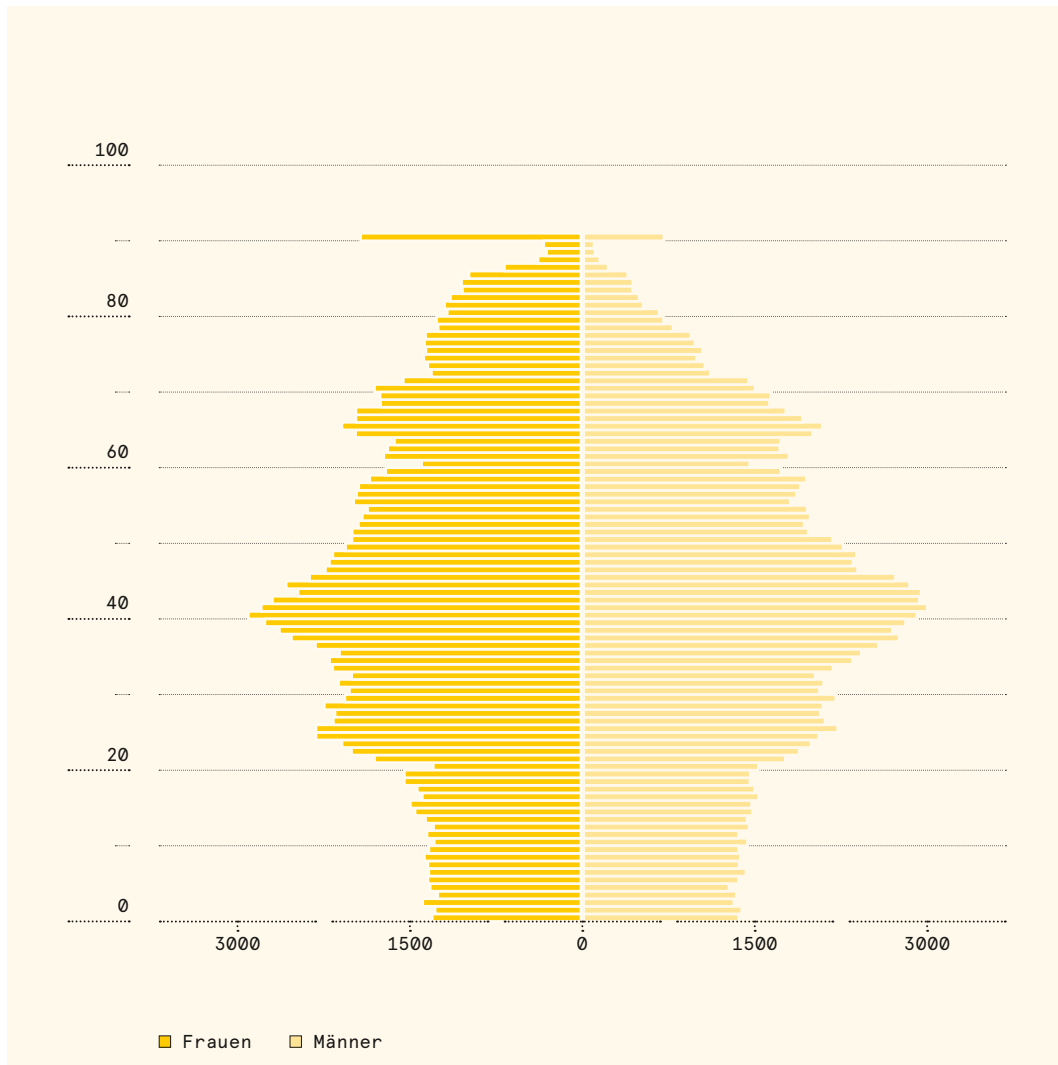
Altersstruktur der Bevölkerung in Mannheim in Prozent



Quellen:
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Bevölkerung und Gebiet > Altersstruktur > Anteil der Altersjahre an der Bevölkerung

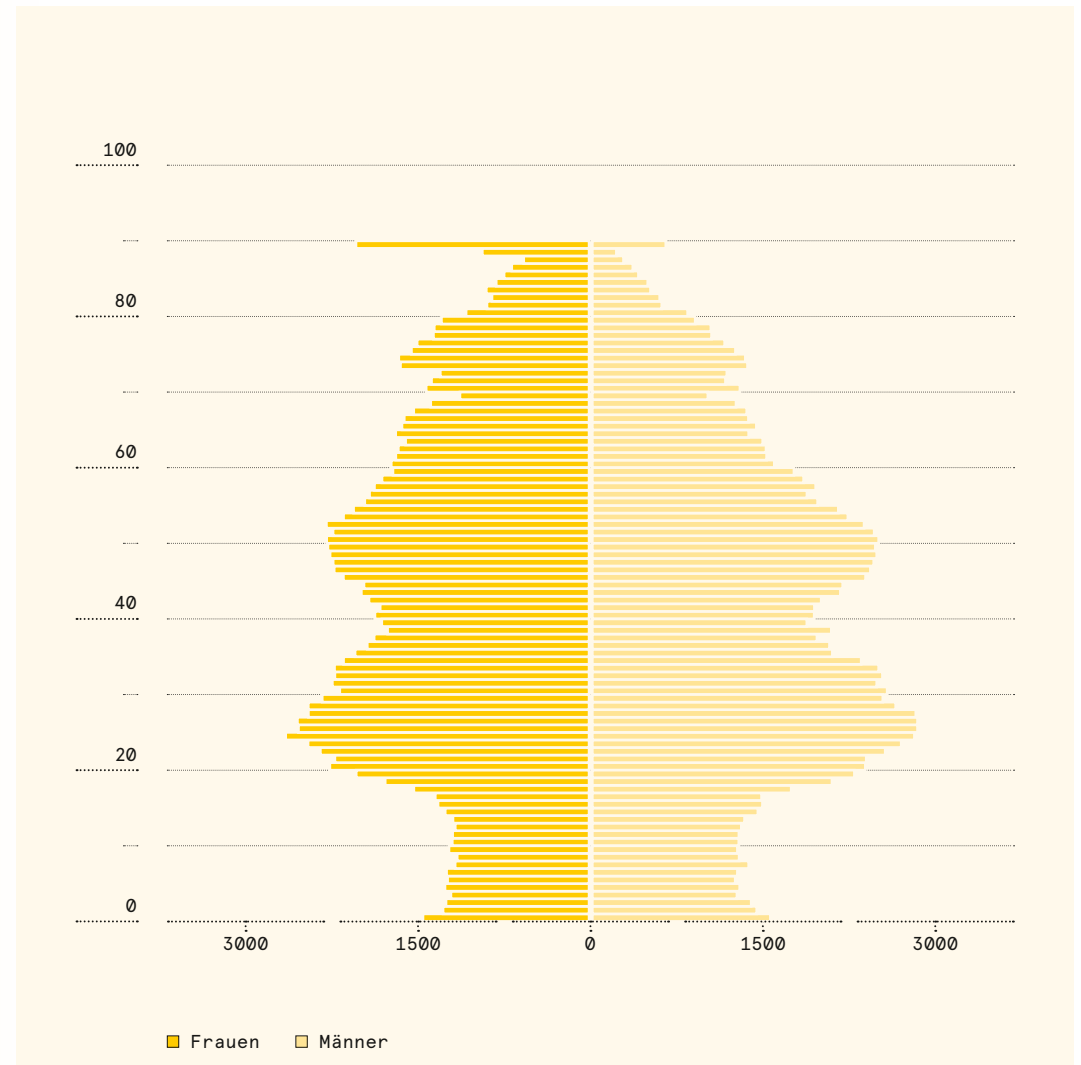
B1.1

Altersverteilung in Mannheim 2005 in Jahren



Quellen:
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Bevölkerung und Gebiet > Altersstruktur > Anteil der Altersjahre an der Bevölkerung

Altersverteilung in Mannheim 2015 in Jahren



Quellen:
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Bevölkerung und Gebiet > Altersstruktur > Anteil der Altersjahre an der Bevölkerung

B1.1

Ausgewogene Bevölkerungsstruktur

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort im Verhältnis zu Berufspendlerinnen und -pendlern

Entwicklung des Indikators



Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Der Kreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten umfasst alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nach dem Arbeitsförderungsgesetz krankenversicherungs- oder beitragspflichtig sind oder für die von den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern Beitragsanteile zur gesetzlichen Rentenversicherung zu entrichten sind. Eine steigende Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter bedeutet nicht, dass Arbeitslosigkeit verhindert wird. Ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis sagt nichts über die Dauer der Beschäftigung und die Qualität des Arbeitsplatzes aus. Vielmehr kann eine steigende Zahl auch mit einer Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse verbunden sein.

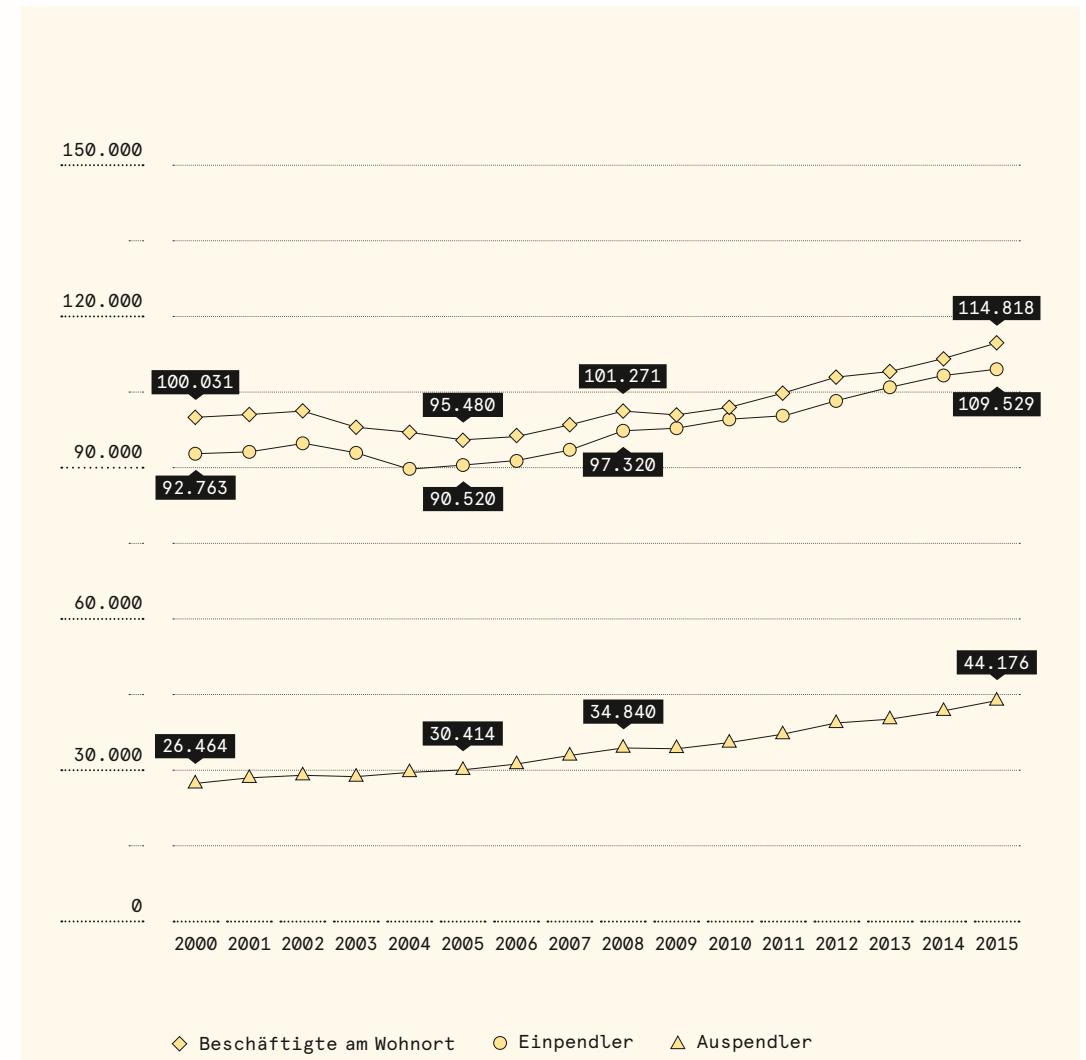
Zur Diskussion von Zielen

Unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten ist es günstig, wenn Menschen in der Nähe ihres Arbeitsplatzes wohnen und nicht weit pendeln müssen. Je weiter die Wege zur Arbeit sind, desto höher sind die Umweltauswirkungen und die finanzielle und zeitliche Beanspruchung der Pendlerinnen und Pendler. Allerdings sind Siedlungsstrukturen nur langfristig zu verändern, so dass Städte häufig eine hohe Zahl von Einpendlerinnen und -pendlern zu verzeichnen haben. Ballungsgebiete weisen auch deswegen hohe Pendlerzahlen auf, da ein Wechsel der Arbeitsstelle nicht zwangsläufig mit einem Wechsel des Wohnorts verbunden werden muss. Des Weiteren arbeiten Angehörige des gleichen Haushalts oft an verschiedenen Orten, so dass eine gewünschte Nähe von Wohnen und Arbeiten oft nur partiell zu verwirklichen ist.

Entwicklung in Mannheim

Die Zahl der Auspendlerinnen und -pendler aus Mannheim ist über den Betrachtungszeitraum kontinuierlich gestiegen. Auch die Zahl der Einpendlerinnen und -pendler steigt seit 2004 und liegt in den letzten Jahren um ungefähr das Zweieinhalbfache über der Zahl der Auspendelnden. Die Zahl der Einpendelnden wird nur leicht von der Zahl der Menschen übertroffen, die in Mannheim leben und arbeiten. Insgesamt ist sowohl die Zahl der Arbeitsplätze in Mannheim als auch die Zahl der Mannheimer Erwerbstätigen auf einem historischen Höchststand. Diese Entwicklung deutet auf die Attraktivität der Stadt als Wirtschaftsstandort und auf die gute konjunkturelle Lage hin. In Heidelberg liegt die Zahl der Einpendelnden um 28 % über der Zahl der Beschäftigten am Wohnort, während im Rhein-Neckar-Kreis die Zahl der Auspendelnden um fast 73 % über der Zahl der Einpendelnden liegt; hier ist die Zahl der Beschäftigten am Wohnort um über das Dreifache größer als die Zahl der Einpendelnden. Ein deutlich positiver Pendlersaldo bedeutet in der Regel größere Wirtschaftskraft vor Ort und in Relation eine geringere Kaufkraft, da ein Teil der Löhne außerhalb der Stadtgrenze ausbezahlt wird.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort im Verhältnis zu Berufspendlerinnen und -pendlern



Quellen:
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg:
Arbeit > Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte > Berufspendler über die Landes-, Kreis- und Gemeindegrenze
Arbeit > Erwerbstätige > Erwerbstätige und Arbeitnehmer am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen

B2.1

Ausgewogene Siedlungsstruktur

Anteil der Erholungsfläche an der Gesamtfläche

Entwicklung des Indikators



Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Der Indikator zeigt den prozentualen Anteil der Erholungsfläche an der Gesamtfläche einer Kommune. Verwendet werden die Daten der tatsächlichen Flächennutzung. Als Erholungsflächen werden unbebaute Flächen bezeichnet. Dazu zählen z. B. Sportplätze, Parks und Schrebergärten. In Städten mit dichter Bebauung ist dieser Indikator von hoher Bedeutung, da entsprechende Räume und deren Naherholungsfaktor einen Ausgleich für belastende urbane Phänomene wie Schadstoffbelastung, Bodenversiegelung und Lärm schaffen.

Zur Diskussion von Zielen

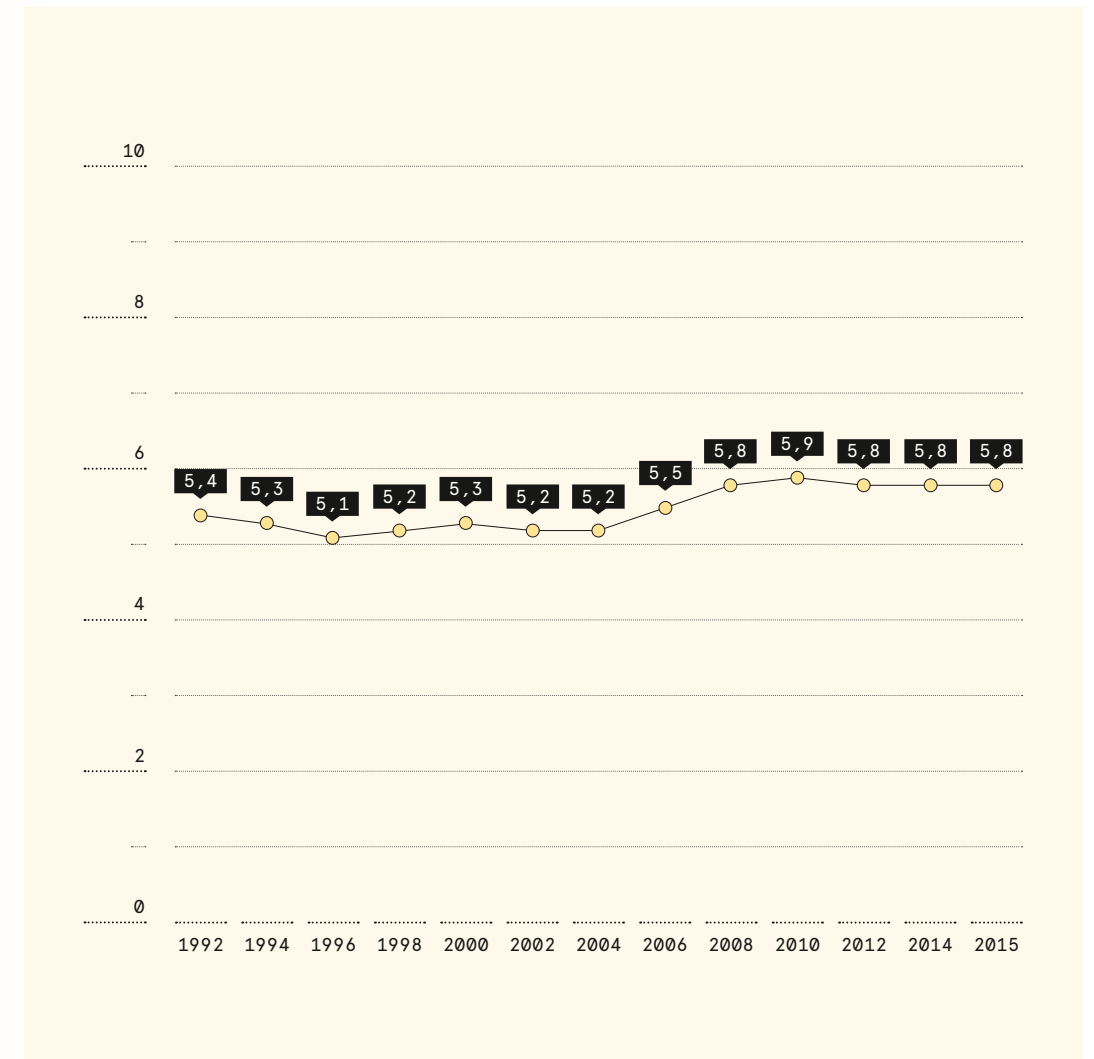
Neben den Grundfunktionen Arbeiten und Wohnen ist die Erholung ein wichtiger Bestandteil des Alltags. Ziel sollte es sein, insbesondere in urbanen Räumen auf einen ausreichenden Grünbestand mit Möglichkeiten für Sport und Erholung zu achten und einen bestimmten Anteil unbebauter natürlicher Flächen nicht zu unterschreiten.

Entwicklung in Mannheim

Bis 2004 betrug der Anteil der Erholungsflächen ca. 5 %. Seit 2008 liegt der Wert konstant bei knapp 6 %. Waldgebiete, die insbesondere in ländlichen Gebieten schnell erreichbar sind, fließen nicht in den Indikator ein. Dies betrifft in Mannheim den Käfertaler Wald und den Dosenwald, beides regional beliebte Erholungsziele.

In Karlsruhe und Stuttgart lag der Anteil der Erholungsflächen 2015 bei knapp 6,6 % bzw. 5,6 % des Stadtgebiets. In Heilbronn und Freiburg bewegte sich der Wert bei 2,5 % bzw. bei 3,4 %. Im Städtevergleich innerhalb des Landes zeigt Mannheim sich somit positiv. Wichtig ist auch die Wahrnehmung des Grüns in der Stadt. Der Bundesgartenschau im Jahr 1975 ist der derzeitige Charakter des Luisenparks und des Herzogenriedparks zu verdanken. Der untere Luisenpark ist hierbei eintrittsfrei und eine beliebte urbane Grünanlage.

Anteil der Erholungsfläche an der Gesamtfläche in Prozent



Quellen:
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Bevölkerung und Gebiet > Gebiet > Fläche nach tatsächlicher Nutzung

B2.1

Ausgewogene Siedlungsstruktur Preisindex der Wohnungsmieten

Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Dargestellt werden die prozentualen Veränderungen der durchschnittlichen Quadratmeterkaltmieten im freien Mietwohnungsmarkt auf der Grundlage des Mannheimer Mietspiegels (Bestandsmieten) und des kommunalen Wohnungsmarkt-Monitorings (Angebotsmieten). Der Mannheimer Mietspiegel ist ein qualifizierter Mietspiegel nach § 558d BGB. Als solcher wird er unter Verwendung wissenschaftlich anerkannter Methoden alle zwei Jahre erstellt und von der Kommune sowie von den Interessenvertretungen der Vermietenden und der Mietenden anerkannt.

Zur Diskussion von Zielen

Oftmals zeigen sich hohe Teuerungsrate bei den Wohnungsmieten. Es wäre anzustreben, dass diese Rate nicht über dem Schnitt der allgemeinen Teuerungsrate liegt. Ein Ziel für eine zukunftsfähige Entwicklung ist eine verlässliche langfristige Kalkulationsmöglichkeit und möglichst moderate Teuerungsrate.

Entwicklung in Mannheim

Der Mannheimer Mietspiegel 2016 weist in den Bestandsmieten eine Durchschnittsmiete von 7,05 Euro/m² aus und liegt somit rund 5,1 % (2,55 % pro Jahr) über der Durchschnittsmiete in Höhe von 6,71 Euro/m² des Mietspiegels 2014. Von 2002 bis 2014 stieg die durchschnittliche Kaltmiete laut Mietspiegel um 34 %. Dies ist in Teilen durch Wohnungsneubau zu erklären, der aufgrund höherer baulicher und energetischer Standards auch höhere Mietpreise bedingt.

Entwicklung des Indikators

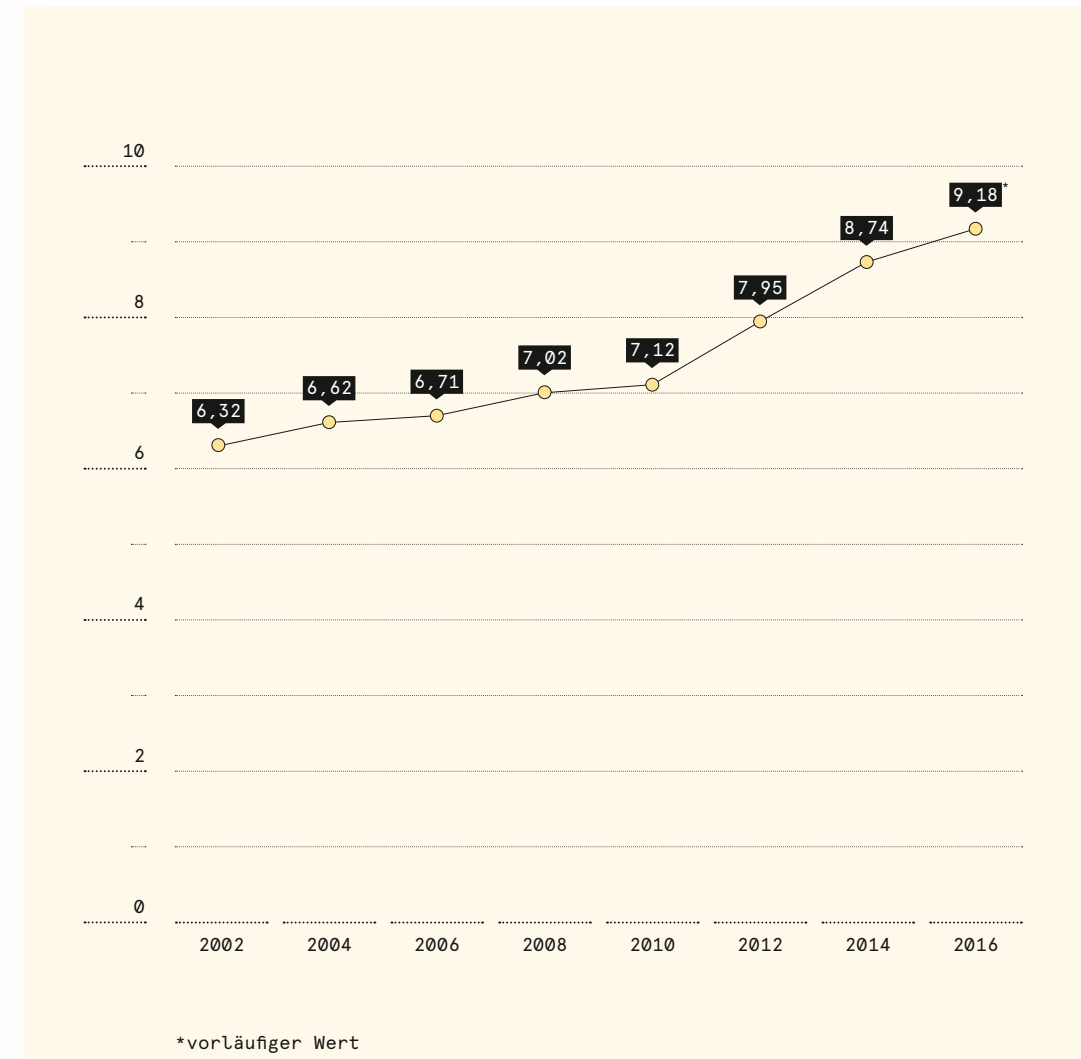


Auch Sanierungen von Altbauten in verschiedenen Stadtteilen tragen zu steigenden Mieten bei. Im Bereich des günstigsten Viertels der in den jeweiligen Mietspiegel eingegangenen Wohnungen, stieg der Wert von 5,81 Euro/m² im Jahr 2014 auf 6,05 Euro/m² im Jahr 2016, was einer Steigerung von 4,1 % entspricht.

Bei Neuvermietungen gilt der Mietspiegel im Wesentlichen nicht, weshalb gerade im Bereich der Angebotsmieten eine zu starke Teuerungsrate kritisiert wird. Im Rahmen des kommunalen Wohnungsmarkt-Monitorings erfasst die Stadt Mannheim regelmäßig sowohl Angebotsmieten des größten Onlineanbieters von Vermietungsangeboten „immobilienscout24.de“ als auch der Printmedien. Die Angebotsmieten für eine Standardwohnung stiegen in Mannheim von 8,74 Euro/m² im Jahr 2014 um 5 % auf 9,18 Euro/m² im Jahr 2016 (vorläufiger Wert).

Die durchschnittliche Angebotsmiete laut Wohnungsmarkt-Monitoring liegt somit um 2,13 Euro/m² höher als die durchschnittliche Bestandsmiete laut Mannheimer Mietspiegel 2016. Dieser Preisunterschied zwischen Angebots- und Bestandsmieten ist allerdings typisch für den Wohnungsmarkt in deutschen Großstädten, die stetig wachsen.

Entwicklung der Angebotskaltmiete in Euro pro Quadratmeter



Quellen:
Stadt Mannheim, Mannheimer Mietspiegel 2014, Mannheimer Mietspiegel 2016
Stadt Mannheim, Wohnungsmarktmonitoring 2016
Eigene Erhebung Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. (FEST) zu Neuvermietungen

B3.1

Niedrige Kriminalität

Bekannt gewordene Straftaten

Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), die die Daten für diesen Indikator liefert, wird seit 1971 nach bundeseinheitlichen Richtlinien erstellt. Dabei werden alle von der Polizei bearbeiteten rechtswidrigen Taten einschließlich der mit Strafe bedrohten Versuche registriert. Es wird eine sogenannte Häufigkeitszahl verwendet, die die Straftaten pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern misst. Um den Indikator auch für kleinere und mittlere Kommunen aussagekräftig zu machen, werden die Straftaten für diesen Bericht ins Verhältnis zu 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern gesetzt.

Die Statistik wird durch zahlreiche Faktoren beeinflusst, z. B. durch Veränderungen im Anzeigeverhalten oder der Intensität von Präventivmaßnahmen. Die Statistik gibt keinen Aufschluss über die so genannte Dunkelziffer. Für eine tiefer greifende Analyse kann bei den Straftaten nach Delikten unterschieden werden. Hier können insbesondere die Summe der Straftaten gegen das Leben, der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, der Rohheitsdelikte und der Straftaten gegen die persönliche Freiheit einerseits und die Kategorie Umweltkriminalität andererseits betrachtet werden.

Zur Diskussion von Zielen

Die Zahl der Straftaten sollte so gering wie möglich sein. Die Angabe eines bestimmten Zielwertes erscheint jedoch, gerade unter Berücksichtigung komplexer, multimodaler sozialer und wirtschaftlicher Einflussfaktoren auf die Statistik, nicht sinnvoll. Eine erste Orientierung können hier die Vergleichszahlen für die Landesebene geben. In Baden-Württemberg lag die Zahl der Straftaten 2015 bei rund 57,6 Straftaten je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Zudem müssen die verschiedenen Straftatskategorien betrachtet werden, so dass insbesondere Maßnahmen zur Reduktion der schwerwiegenderen Straftaten entwickelt werden können.

Entwicklung des Indikators



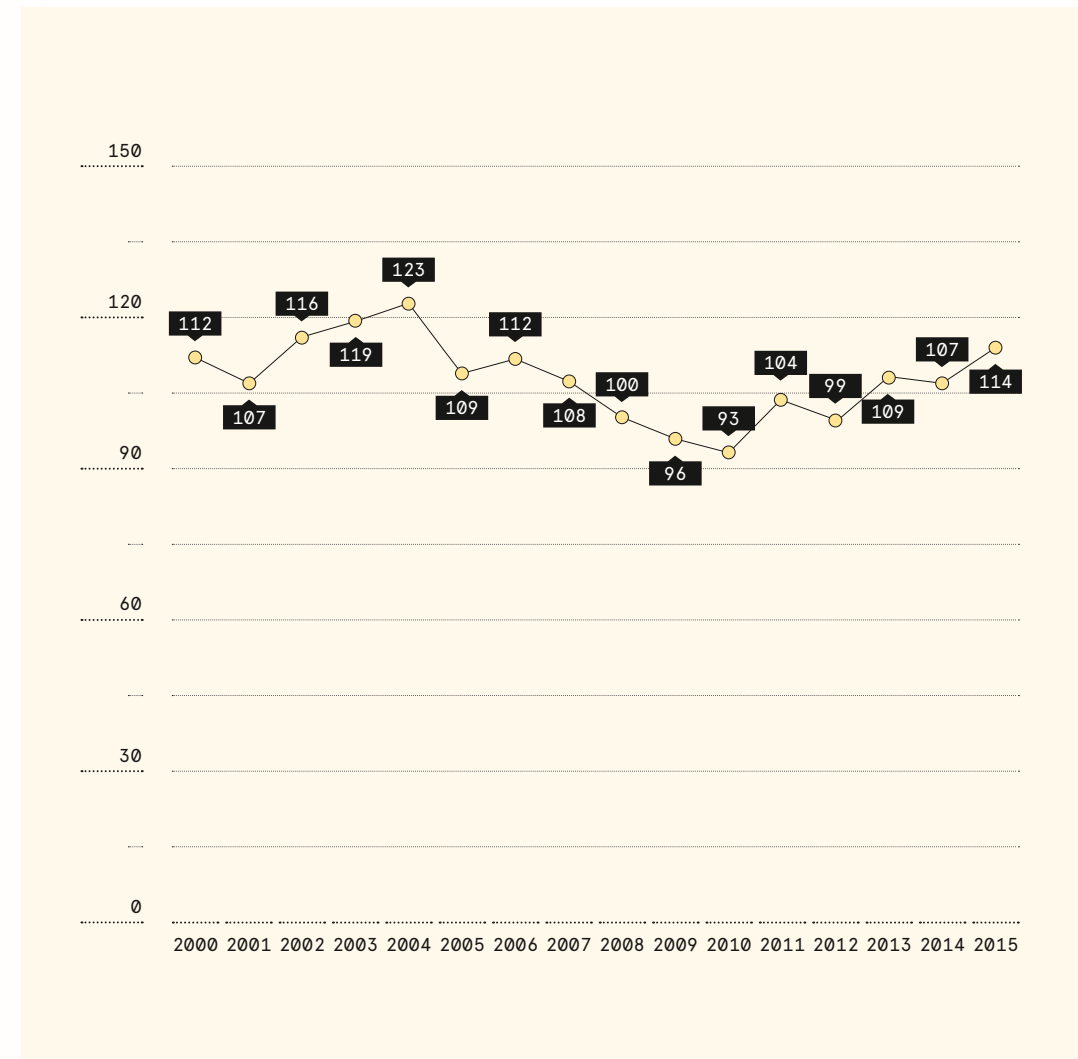
Entwicklung in Mannheim

In Städten geschehen Straftaten tendenziell häufiger als auf dem Land. Mannheim weist ein hohes Straftatenniveau auf, das aber seit 2004 im Gesamttrend rückläufig ist.

2015 verzeichnete Mannheim mit 34.943 Straftaten zwar weniger als Stuttgart mit 66.450 Straftaten, aber mehr als in Freiburg (29.545), Karlsruhe (33.323) und Heidelberg (15.194). Mannheim weist dabei unter den baden-württembergischen Städten mit mehr als 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern mit 10,2 % den stärksten Zuwachs an Straftaten im Vergleich zum Vorjahr 2014 auf. In Stuttgart werden 7,9 %, in Karlsruhe 8,0 % und in Freiburg 8,2 % mehr Straftaten als 2014 verzeichnet.

Die Stadt Mannheim ermittelt in regelmäßigen Abständen das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung im Rahmen einer repräsentativen Befragung. Das jüngste Ergebnis aus dem Jahr 2012 zeigt, dass sich die Mannheimerinnen und Mannheimer in ihrer Stadt weitgehend sicher fühlen und das dahingehende Sicherheitsempfinden je nach Stadtteil variiert.

Bekannt gewordene Straftaten pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner



Quellen:
 Bundeskriminalamt, Polizeiliche Kriminalstatistik, Jahrbücher 2000 – 2014
 Bundeskriminalamt, BKA – Statistische Informationen zu ausgewählten Straftaten/-gruppen in der Bundesrepublik und in den Bundesländern sowie deren Hauptstädte, 2015
 Landeskriminalamt Baden-Württemberg, Polizeiliche Kriminalstatistik, Jahresbericht 2015, 2016
 Stadt Mannheim, Sicherheitsbefragung 2012

B4.1

Niedrige unfreiwillige Arbeitslosigkeit

Zahl der Arbeitslosen insgesamt und nach Geschlecht

Entwicklung des Indikators



Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Für diesen Bericht werden die absoluten Zahlen der Arbeitslosen ausgewiesen. Steigende Arbeitslosenzahlen verändern die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, da die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende wächst. Gleichzeitig ist damit ein Verlust an Lebensqualität und gesellschaftlicher Teilhabe verbunden.

Zur Diskussion von Zielen

Seit Mitte der 1970er Jahre stiegen die Arbeitslosenzahlen in Baden-Württemberg zunächst kontinuierlich bis Mitte der 1980er Jahre auf über 200.000 an. Anschließend gingen sie leicht zurück, um sich bis 1997 nahezu zu verdoppeln (378.095). Dieses Niveau blieb mit leichten Schwankungen bis 2005 erhalten und ging dann stetig auf eine aktuelle Arbeitslosenquote von 3,8 % (September 2016) zurück. Ein weiteres Ziel neben der Senkung der Gesamtzahl sollte die Vermeidung geschlechtsspezifischer Arbeitslosigkeit sein.

Entwicklung in Mannheim

Die durchschnittliche Anzahl der Arbeitslosen in Mannheim ist im betrachteten Zeitraum von 16.416 im Jahr 2003 auf 9.157 im Jahr 2016 gesunken. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 5,7 %. Die Zahlen beider Geschlechter verhalten sich im Lauf der Jahre relativ gleichförmig, wobei die männlichen Arbeitslosen stets etwas über der Zahl der weiblichen Arbeitslosen liegen. Bei den Männern lag die Zahl der Arbeitslosen bei 4.867, bei den Frauen waren es 4.290. Dies bezieht sich nur auf die gemeldete Arbeitslosigkeit, da freiwillige Arbeitslosigkeit nicht erfasst ist.

Zahl der Arbeitslosen insgesamt und nach Geschlecht



Quellen:
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Arbeit > Arbeitslose > Arbeitslose nach Alter und Geschlecht
Stadt Mannheim, Fachbereich Arbeit und Soziales, Mannheimer Sozialatlas 2014

B4.1

Niedrige unfreiwillige Arbeitslosigkeit

Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Arbeitslosen insgesamt

Entwicklung des Indikators



Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Bei den Langzeitarbeitslosen handelt es sich um die beim Arbeitsamt gemeldeten Personen, die zum Stichtag bereits länger als ein Jahr arbeitslos gemeldet sind. Als Bezugsgröße wird die Gesamtzahl der Arbeitslosen herangezogen.

Soziale Nachhaltigkeit ist nur in einer inklusiven Gesellschaft möglich. Dazu zählt Partizipation an gesellschaftlichen Strukturen und damit die Möglichkeit, Beschäftigungen nachzugehen, welche den eigenen Kompetenzen entsprechen. Langzeitarbeitslosigkeit ist in besonderem Maße nicht nachhaltig, da sie auf einen dauerhaften Ausschluss der Betroffenen aus formalen Arbeitsbeziehungen und der sozialen Gesellschaft im Allgemeinen hinweist.

Zur Diskussion von Zielen

Das Ziel sollte die kontinuierliche Senkung der Langzeitarbeitslosigkeit auf ein Minimum sein. Dafür ist es erforderlich, sich explizit mit den Kompetenzen der Arbeitslosen auseinanderzusetzen und diese gezielt zu fördern und zu erweitern.

Entwicklung in Mannheim

Seit der Einführung des SGB II im Jahr 2005 umfassen die zur Verfügung stehenden Daten unterschiedliche Ausprägungen von Langzeitarbeitslosigkeit und somit unterschiedliche Personengruppen. Als positiv lässt sich erkennen, dass zwischen 2000 und 2005, zwischen 2006 und 2009 und 2013/14 Rückgänge zu verzeichnen sind. Da der Anteil jedoch dauerhaft mehr als 30 % aller Arbeitslosen ausmacht, scheint jede und jeder dritte Arbeitslose langfristig vom Berufsleben ausgeschlossen. Der Wert liegt höher als der Bundesdurchschnitt: Der Anteil der Langzeitarbeitslosen in Deutschland lag 2016 bei 34,3 %. Die Mannheimer Quote betrug 2013 38,1 %, sank dann 2014 auf 36,5 %. 2016 waren 3.484 von 9.157 Personen in Mannheim langzeitarbeitslos, was einem Anteil von 38,0 % entspricht. Der Vergleichswert von Baden-Württemberg ist besser: Dort betrug der Anteil der Langzeitarbeitslosen 2016 30,5 %.

Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Arbeitslosen insgesamt



Quellen:
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Arbeit > Arbeitslose > Arbeitslose nach Strukturmerkmalen
Stadt Mannheim, Fachbereich Arbeit und Soziales, Mannheimer Sozialatlas 2014

B4.1

Niedrige unfreiwillige Arbeitslosigkeit

Anteil der Arbeitslosen unter 25 Jahren an den Arbeitslosen insgesamt

Entwicklung des Indikators



Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Gemessen werden die beim Arbeitsamt gemeldeten Personen unter 25 Jahren. Als Bezugsgröße wird die Gesamtzahl der Arbeitslosen herangezogen. Dem gegenüber berechnet sich die Jugendarbeitslosenquote auf Basis der Gesamtheit aller Jugendlichen, bereinigt um Auszubildende und Studierende sowie jungen Menschen, die dem Arbeitsmarkt aus anderen Gründen nicht verfügbar sind. Soziale Nachhaltigkeit ist nur in einer inklusiven Gesellschaft möglich.

Zur Diskussion von Zielen

Ziel sollte eine dauerhaft geringe Jugendarbeitslosigkeit sein. Dafür müssen Strukturen zur Identifikation und Entwicklung der Potenziale der Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger geschaffen werden. Unternehmen sollten junge Menschen einstellen und ihnen Perspektiven eröffnen. Jede Berufseinsteigerin und jeder Berufseinsteiger sollte einen Arbeitsplatz nach ihren oder seinen Interessen und Kompetenzen bekommen können.

Entwicklung in Mannheim

Der Anteil der Arbeitslosen unter 25 Jahren an der Gesamtzahl der Arbeitslosen bewegt sich seit 2006 bei rund 5 %. 2014 waren es deutschlandweit rund 7,7 %, in Stuttgart etwa 7 % und in Karlsruhe rund 8 %. Im Vergleich ist der Mannheimer Wert relativ niedrig. Ergänzend lag die Jugendarbeitslosenquote in Mannheim 2014 ebenso wie in Baden-Württemberg bei 2,6 %.

2005 ist eine deutlich abnehmende Zahl der jugendlichen Arbeitslosen unter 25 Jahren an allen Arbeitslosen in Mannheim festzustellen. Im gleichen Jahr startete der Modellversuch „Jobcenter Junges Mannheim“. Zentrales Förderinstrument ist „Jump Plus“, welches schon vor der Reform des SGB II als Sonderprogramm des Bundes in Mannheim eingerichtet war. „Jump Plus“ praktiziert konsequent das Prinzip der sofortigen Aktivierung von Jugendlichen, die sich arbeitslos melden und Leistungen nach dem SGB II beantragen. Nachdem speziell geschulte Fallmanager anhand eines umfangreichen Profiling der hilfesuchenden Jugendlichen die individuellen Stärken und Schwächen ermittelt haben, erhält diese oder dieser möglichst noch am selben Tag ein Angebot für eine Stelle, eine berufliche Qualifizierungsmaßnahme, einen Ausbildungsplatz oder ein Praktikum und ggf. zusätzliche sozialpädagogische Begleitung. Dieses Programm hat zu einer deutlichen und auch im bundesweiten Vergleich überdurchschnittlich starken Verringerung der Zahl arbeitsloser Jugendlicher und junger Erwachsener in Mannheim beigetragen. Jedoch ist seit 2011 ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Die Zahl der Arbeitslosen unter 25 Jahren konnte von 1.843 im Jahr 2005 auf 494 im Jahr 2015 reduziert werden (Jahresschnitt 5,2 %). 2016 waren 444 Personen unter 25 Jahren in Mannheim arbeitslos, was einem Jahresschnitt von 4,8 % entspricht.⁶

⁶ Die Grafik enthält auf Basis der Quelle des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg die Werte bis 2016, während die im Text verwendeten Werte aus dem Sozialatlas der Stadt Mannheim stammen.

Anteil der Arbeitslosen unter 25 Jahren an den Arbeitslosen insgesamt in Prozent



Quellen:
 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Arbeit > Arbeitslose > Arbeitslose nach Strukturmerkmalen
 Stadt Mannheim, Fachbereich Arbeit und Soziales, Mannheimer Sozialatlas 2014
 Bundesagentur für Arbeit, Analytikreports Jobcenter Junges Mannheim
www.ganztaegig-lernen.de/sites/default/files/gtskongress2011-workshopfr2a4-praesentation-jobcentermannheim.pdf
www.bpb.de/apuz/198887/jugendarbeitslosigkeit-und-beschaefigungspolitik-in-der-eu?p=all

B4.2

Schaffung von Arbeitsplätzen

Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort der Altersgruppe zwischen 18 und 65 Jahren

Entwicklung des Indikators



Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wird in Beziehung zur Bevölkerungsgruppe im Alter von 18 bis unter 65 Jahren im jeweiligen Stadt- oder Landkreis gesetzt. Stichtag ist der 30. Juni. Eine steigende Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter bedeutet jedoch noch nicht, dass Arbeitslosigkeit verhindert wird. Ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis sagt nichts über die Dauer der Beschäftigung und die Qualität des Arbeitsplatzes aus. Eine gewachsene Zahl kann auch mit einer Zunahme an prekären Arbeitsverhältnissen verbunden sein.

Entwicklung in Mannheim

Auch in Mannheim ist dieser Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nahezu kontinuierlich gestiegen. Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der Altersgruppe von 18 bis 65 Jahren stieg von 48 % im Jahr 1999 auf knapp 57 % im Jahr 2015. Dabei muss berücksichtigt werden, dass auch Teilzeitbeschäftigte erfasst sind. Im Vergleich mit Karlsruhe (53 %) und Heidelberg (42 %) verzeichnet Mannheim den höchsten Wert.

Zur Diskussion von Zielen

Seit den 1990er Jahren hat die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Baden-Württemberg kontinuierlich zugenommen. Verantwortlich war vor allem der Anstieg bei den weiblichen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Ziel sollte es sein, dass der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der Altersgruppe von 18 bis unter 65 Jahren höher als 50 % ist.

Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten am Wohnort in Prozent der Altersgruppe von 18 bis unter 65 Jahre in Prozent



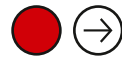
Quellen:
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Arbeit > Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte > Beschäftigte nach Berufsabschluss
Bevölkerung und Gebiet > Altersstruktur > Bevölkerung nach Altersgruppen

B5.1

Armutsquote

Leistungsberechtigte nach SGB II im Verhältnis zur wohnberechtigten Bevölkerung

Entwicklung des Indikators



Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Erfasst werden die Beziehenden der Grundsicherung nach § 53 des zweiten Sozialgesetzbuches (SGB II). Mit deren hohen Anzahl gehen steigende Ausgaben der öffentlichen Haushalte einher. Wenn der Anteil der Leistungsberechtigten wächst, läuft dies einer gerechten Einkommen- und Vermögensverteilung zuwider. Alternativ bietet sich auch die Mindestsicherungsquote als geeigneter Indikator an.

Zur Diskussion von Zielen

Eine steigende Zahl von Beziehenden, vor allem von Kindern und Jugendlichen, kann nicht nur die soziale Stabilität gefährden, sondern gefährdet auch den finanziellen Handlungsspielraum von Städten. Die Zahl korreliert häufig mit der Entwicklung und Dauer von Arbeitslosigkeit. Für ein umfassendes Bild von Armut müsste man zusätzlich die Vermögensverteilung, den Anteil der Geringverdienenden an den Erwerbstätigen und das gesamte Spektrum finanzieller Unterstützungsmaßnahmen, z. B. Wohngeld, betrachten.

Entwicklung in Mannheim

In Mannheim lebten mit 9,5 % Empfängerinnen und Empfängern von Grundsicherung nach SGB II 2015 deutlich mehr Beziehende als im Durchschnitt in Baden-Württemberg (4 %). Die Zahl ist in den letzten Jahren jedoch sukzessive zurückgegangen.

Mit 14 % liegt die Quote der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten bei den Ausländerinnen und Ausländern über dem Durchschnitt. Dies kann sich in deren benachteiligter Situation am Arbeitsmarkt, in fehlenden schulischen und beruflichen Qualifikationen, in nicht anerkannten beruflichen Abschlüssen, in Sprachbarrieren sowie in der geringeren Erwerbsbeteiligung von Frauen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit begründen. Zwischen 2010 und 2015 blieb die Zahl der deutschen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nahezu konstant, während die der nicht deutschen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten um mehr als 1.500 von 7.097 Personen 2011 auf 8.673 Personen 2015 zunahm. Die oben genannte Mindestsicherungsquote lag im gleichen Zeitraum bei 11,1 %, was eine Steigerung von 0,5 % seit 2010 entspricht.⁷

⁷ Die Zahlen für Mannheim wurden in Bezug auf die Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung gemäß kommunalem Melderegister ermittelt.

Empfänger von Grundsicherung nach SGB II je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner



Quellen: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Arbeit > Arbeitslose > Empfänger der Grundsicherung für Arbeitssuchende Stadt Mannheim, Fachbereich Arbeit und Soziales, Mannheimer Sozialatlas 2014

B6.1

Gute Ausstattung der Bibliotheken

Entleihungen in öffentlich zugänglichen Bibliotheken

Entwicklung des Indikators



Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Erfasst wird die Anzahl der Entleihungen physischer Medien in öffentlich zugänglichen Bibliotheken pro 100 Einwohnerinnen und Einwohner. Nachhaltige Entwicklung ist eng verknüpft mit Bildung und Lebensqualität. Die Nutzung des Bestands an Medien der Bibliotheken steht für die Qualität des hiermit verbundenen kulturellen Angebots.

Zur Diskussion von Zielen

Viele Entleihungen in öffentlich zugänglichen Bibliotheken belegen die Attraktivität des jeweiligen Bestandes.

Entwicklung in Mannheim

Die Entleihungen in den Bibliotheken der Stadt Mannheim sind seit 1990 von 521 Entleihungen pro 100 Einwohnerinnen und Einwohner auf 431 (2015) zurückgegangen. In einigen Jahren gab es Entleihungswerte von unter 400. Baden-Württemberg hat im betrachteten Zeitraum größere Steigerungsraten zu verzeichnen. So lagen die Entleihungen pro 100 Einwohnerinnen und Einwohner im Land im Jahr 1990 unter dem Mannheimer Wert, 2014 dagegen darüber (Anstieg von 317 auf 561). Entleihungen sind in Mannheim – neben der Option, sich digitale Medien online zu entleihen – in der Zentralbibliothek, in zwei innenstädtischen Zweigstellen (Kinder- und Jugendbibliothek, Musikbibliothek), in elf Stadtteilfilialen und in der mobilen Stadtbibliothek „MoBi“ möglich. Insgesamt wurden 2014 1.325.668 physische Medien entliehen, wohingegen diese Entleihungen im Jahr 2015 mit 1.278.332 leicht rückläufig waren.

Entleihungen in öffentlich zugänglichen Bibliotheken pro 100 Einwohnerinnen und Einwohner



Quellen:
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Bildung und Kultur > Kultur > Medienbestand und Entleihungen in kommunalen Bibliotheken
Stadt Mannheim, Fachbereich Bildung

B6.2

Niedrige Zahl von Schulabgängerinnen und Schulabgängern

Schulabgangsquote ohne Hauptschulabschluss

Entwicklung des Indikators



Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Der Indikator misst den Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger, die die Schule ohne Hauptschulabschluss beenden. Der Indikator gibt Hinweise auf die kommunale Bildungsstruktur und die Zusammensetzung der Bevölkerung.

Zur Diskussion von Zielen

Der Hauptschulabschluss zählt zu den gesellschaftlichen Mindestzielen. Schülerinnen und Schüler, die keinen Hauptschulabschluss haben, können beruflich ins Abseits geraten. Ziel sollte es sein, die Zahl von Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss auf nahe null zu reduzieren.

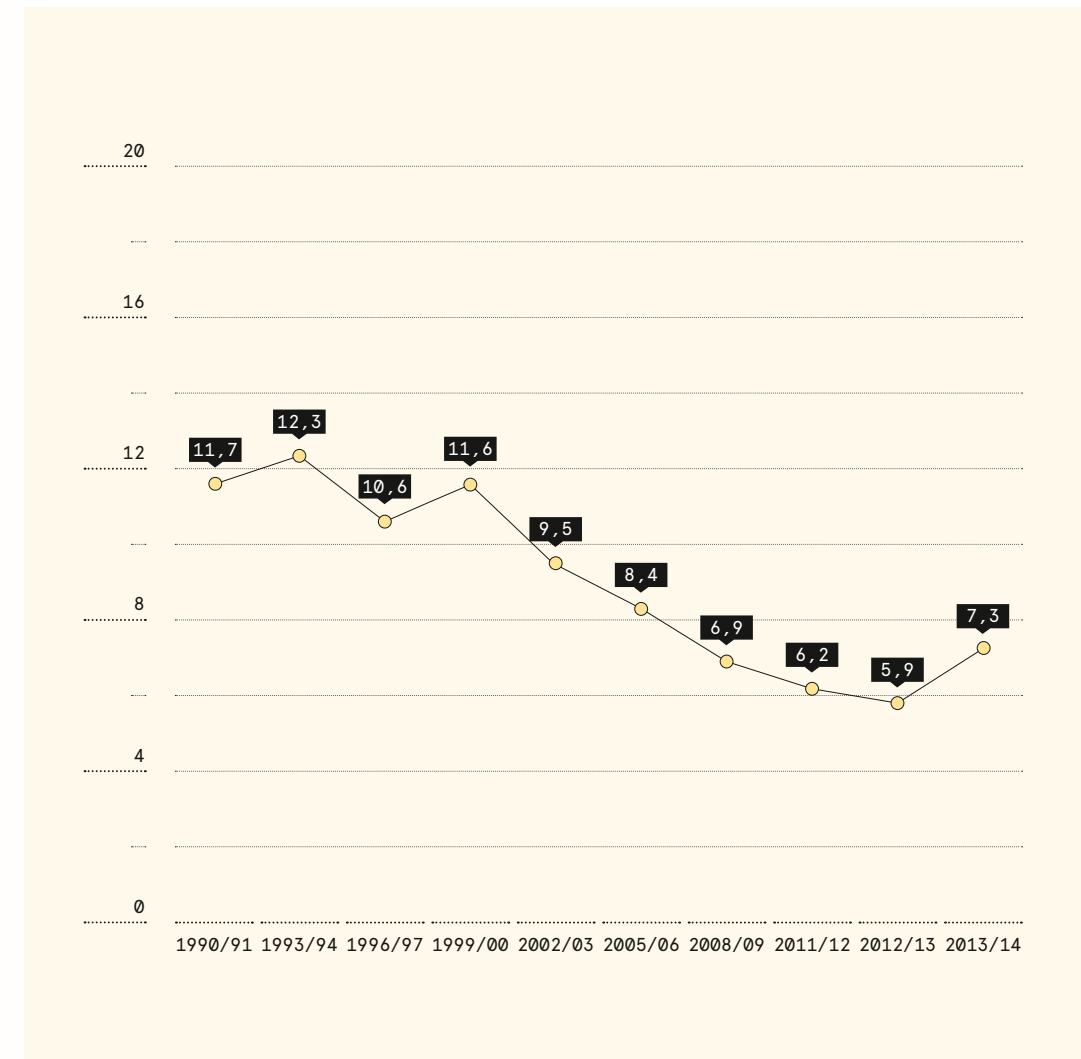
Entwicklung in Mannheim

Die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Schulabschluss ist kontinuierlich zurückgegangen und hat sich in 20 Jahren von über 13 % auf 7,2 % im Jahr 2014 stark reduziert. Dieser Wert liegt über dem Landesdurchschnitt von rund 5 %, jedoch war der Rückgang sehr viel ausgeprägter als in Baden-Württemberg insgesamt. Ziemlich exakt dem Landesdurchschnitt entsprechen die Werte im Rhein-Neckar-Kreis, während der Anteil in Heidelberg 2014 bei 1,8 % lag.

Laut Schulstatistik 2015/16 der Stadt Mannheim gab es im Schuljahr 2014/15 in Mannheim insgesamt 2.823 Schulabgängerinnen und -abgänger von allgemeinbildenden Schulen. Darunter fielen 164 Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Hauptschulabschluss, was einem Anteil von 5,8 % entspricht.⁸

⁸ Die für den hier beschriebenen Indikator „Schulabgangsquote ohne Hauptschulabschluss nach dem Verfahren mit durchschnittlichen Altersjahrgängen an allgemeinbildenden Schulen“ verwendeten Daten waren zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts auf Basis der genannten Quelle des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg verfügbar bis zum Schuljahr 2013/14 (siehe Grafik). Die Schulstatistik 2015/16 der Stadt Mannheim liefert absolute Zahlen für das Schuljahr 2014/15, die aber aufgrund der somit verschiedenen Bezugsquellen nicht in diesen Indikator und die entsprechende Grafik eingespeist wurden.

Schulabgangsquote ohne Hauptschulabschluss nach dem Verfahren mit durchschnittlichen Altersjahrgängen an allgemeinbildenden Schulen in Prozent



Quellen:
 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Bildung und Kultur > Allgemeinbildende Schulen > Schulabgänger im Kreisvergleich
 Stadt Mannheim, Fachbereich Bildung
 Stadt Mannheim, Fachbereich Bildung, Schulstatistik 2015/16

B6.3

Schaffung von Ausbildungsplätzen Anzahl der Auszubildenden

Entwicklung des Indikators



Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Der Indikator soll die Zahl der tatsächlich abgeschlossenen Verträge mit Auszubildenden abbilden. Auszubildende sind Personen, die eine betriebliche Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf durchlaufen. Erfasst werden die bei der Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerkskammer registrierten Ausbildungsverhältnisse. Durch die gewachsenen Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt wird die Bedeutung der beruflichen Qualifikation weiter zunehmen. Stabile Vollzeitarbeitsplätze nehmen ab, unterbrochene und diskontinuierliche Erwerbsverläufe werden zur Normalität.

Zur Diskussion von Zielen

In Baden-Württemberg ging die Zahl der Auszubildenden pro 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte von 68 im Jahr 1990 auf 52 im Jahr 2012 zurück. Ausbildungsverhältnisse haben Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit, den Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die Anzahl der Sozialhilfebeziehenden, den Wanderungssaldo und die kommunalen Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit. Ziel sollte es sein, dass die Anzahl der Ausbildungsverhältnisse stabil bleibt oder wächst.

Entwicklung in Mannheim

Die Zahl der Auszubildenden pro 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte betrug zwischen 1995 und 2008 stetig ca. 50. Nach einem Anstieg 2009 fiel sie bis 2011 auf 45, was teilweise auf Nachwirkungen der Wirtschaftskrise beruhte. 2015 gab es in Mannheim 8.123 Auszubildende bei einer Anzahl von 180.236 Beschäftigten am Arbeitsort. Damit ist die Anzahl der Auszubildenden pro 1.000 Beschäftigte bei rund 45 konstant geblieben.

In Deutschland ist die Zahl insgesamt rückläufig. Dies liegt vor allem daran, dass sich immer mehr Schulabgängerinnen und Schulabgänger für ein Studium entscheiden. Mit diesem Trend haben sich einige ehemalige Ausbildungsberufe in Studiengänge gewandelt, etwa im Bereich der Pflege. Diese Entwicklung hat auch Nachteile: Im Ausbildungsjahr 2014/15 blieben in Deutschland 41.000 Ausbildungsstellen unbesetzt. Auch wird es für Menschen selbst mit abgeschlossener Ausbildung schwieriger, mit Hochschulabgängerinnen und -abgängern auf dem Arbeitsmarkt zu konkurrieren.

Anzahl der Auszubildenden pro 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte



Quellen:
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Arbeit > Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte > Beschäftigte und Auszubildende nach Geschlecht

B6.4

Kulturelles Angebot

Entwicklung der Besucherzahlen kultureller Veranstaltungen und Einrichtungen

Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Die Besuche der ortsansässigen Theater und Museen werden mit diesem Indikator erfasst und jeweils auf 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner bezogen. Die urbane Landschaft an Museen und Theatern gewährleistet ein vielfältiges kulturelles Angebot. Ländliche Regionen könnten an Attraktivität verlieren. Eine umfassende Kulturlandschaft hat positive Effekte auf die Gastronomie und den Handel vor Ort.

Zur Diskussion von Zielen

Kulturelle Einrichtungen sind Teil einer nachhaltigen Kommunalentwicklung. Sie tragen erheblich zur Lebensqualität und damit zur Steigerung des Wohlbefindens der Bürgerinnen und Bürger bei.

Entwicklung in Mannheim

Die vom Kulturamt der Stadt Mannheim veröffentlichten Berichte erfassen zentrale Einrichtungen, bilden deren Besuchsstatistiken aber nicht überall kontinuierlich ab. Daher werden hier vier größere und fünf kleinere Kultureinrichtungen betrachtet.

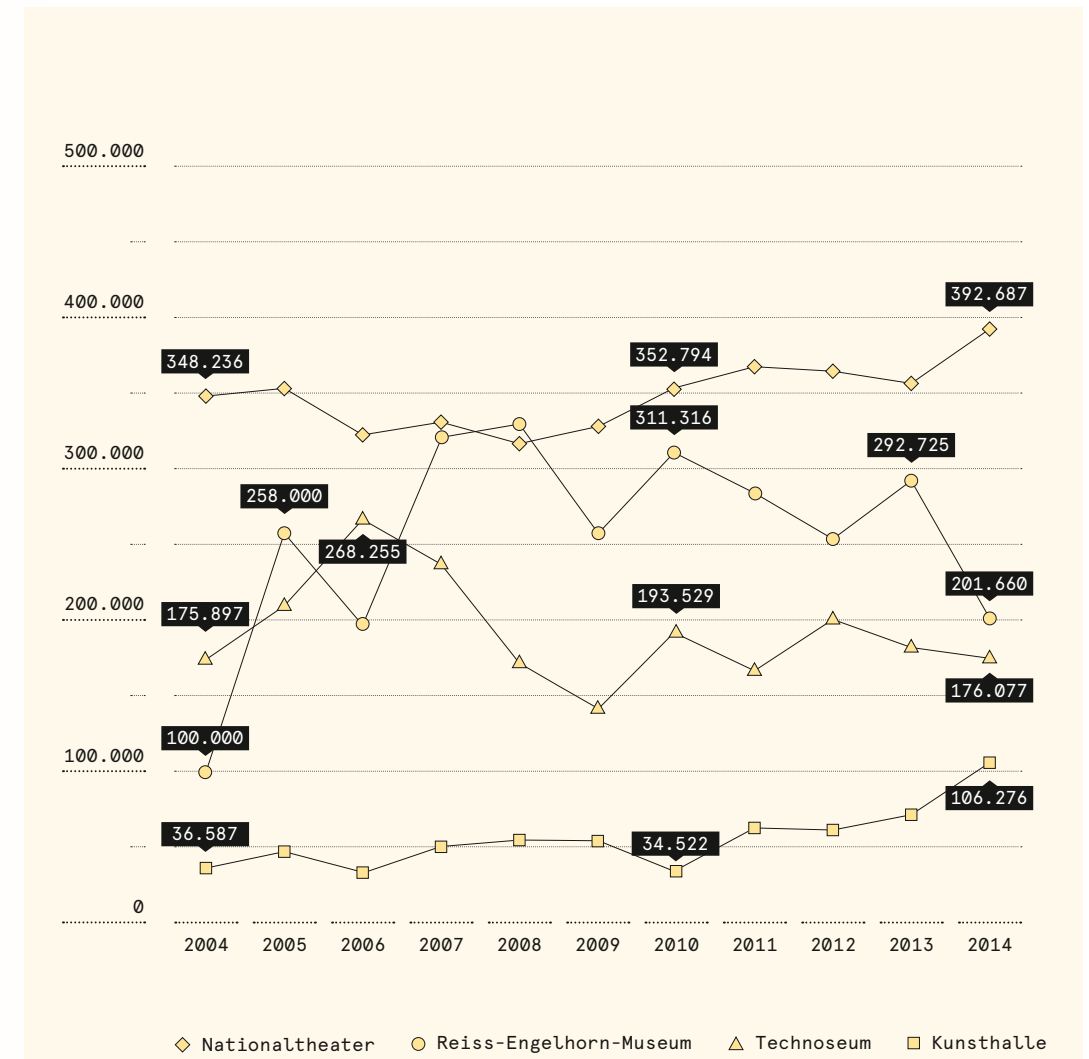
Das Nationaltheater Mannheim, die Reiss-Engelhorn-Museen, das TECHNOSEUM, das Congress Center Rosengarten, die Alte Feuerwache und die Kunsthalle verzeichnen die meisten Besucherinnen und Besucher. Da beim Congress Center Rosengarten kulturelle Veranstaltungen nicht klar abgegrenzt werden und die Besucherzahlen der Alten Feuerwache im aktuellen Geschäftsbericht des Kulturamtes nicht erfasst wurden, bezieht sich die Analyse auf die übrigen genannten Veranstaltungsorte. Auffallend ist, dass insbesondere die Kunsthalle in den letzten 10 Jahren kontinuierlich an Zuspruch gewonnen hat und 2014 fast dreimal so viel Publikum verzeichnen konnte wie 2004. Bei den Reiss-Engelhorn-Museen sind stärkere ausstellungsbedingte

Schwankungen zu verzeichnen. Das TECHNOSEUM erreichte im Jahr 2006, in dem so viele Ausstellungen wie in keinem anderen Jahr stattfanden, einen Spitzenwert von über 250.000 Besucherinnen und Besuchern.

Unter den kleineren Veranstaltungsorten wurden Locations sowie Angebote aus den Bereichen Film (Cinema Quadrat), Musik (KKO – Kurpfälzisches Kammerorchester und „Enjoy Jazz“) und Theater (Klappmühl' und TiG7) ausgewählt. Grundsätzlich ist das Interesse an diesen Veranstaltungshäusern gestiegen; es fallen leichte Schwankungen auf. Stärkere Schwankungen zeigen sich beim Kurpfälzischen Kammerorchester, die sich durch die unterschiedlichen Veranstaltungsorte und -größen erklären. Zudem variiert die Zahl der angebotenen Veranstaltungen pro Jahr stark.

Das grundsätzliche Interesse der Mannheimerinnen und Mannheimer am Veranstaltungsangebot kann als stabil bezeichnet werden. Zudem werden Interessierte von außerhalb angezogen. Neben den hier betrachteten Institutionen bieten weitere ganzjährig oder an ausgewählten Tagen ein Programm. Hierzu zählt z. B. das Musikfestival „Time Warp“, das seit 1996 auf dem Mannheimer Maimarktgelände stattfindet und jährlich ca. 15.000 Besucher begeistert. Aufgrund der vorliegenden ausschnittswisen Betrachtung findet keine Bewertung statt. Die grundsätzliche Tendenz kann als positiv wahrgenommen werden.

Entwicklung der Besucherzahlen ausgewählter größerer Kulturangebote

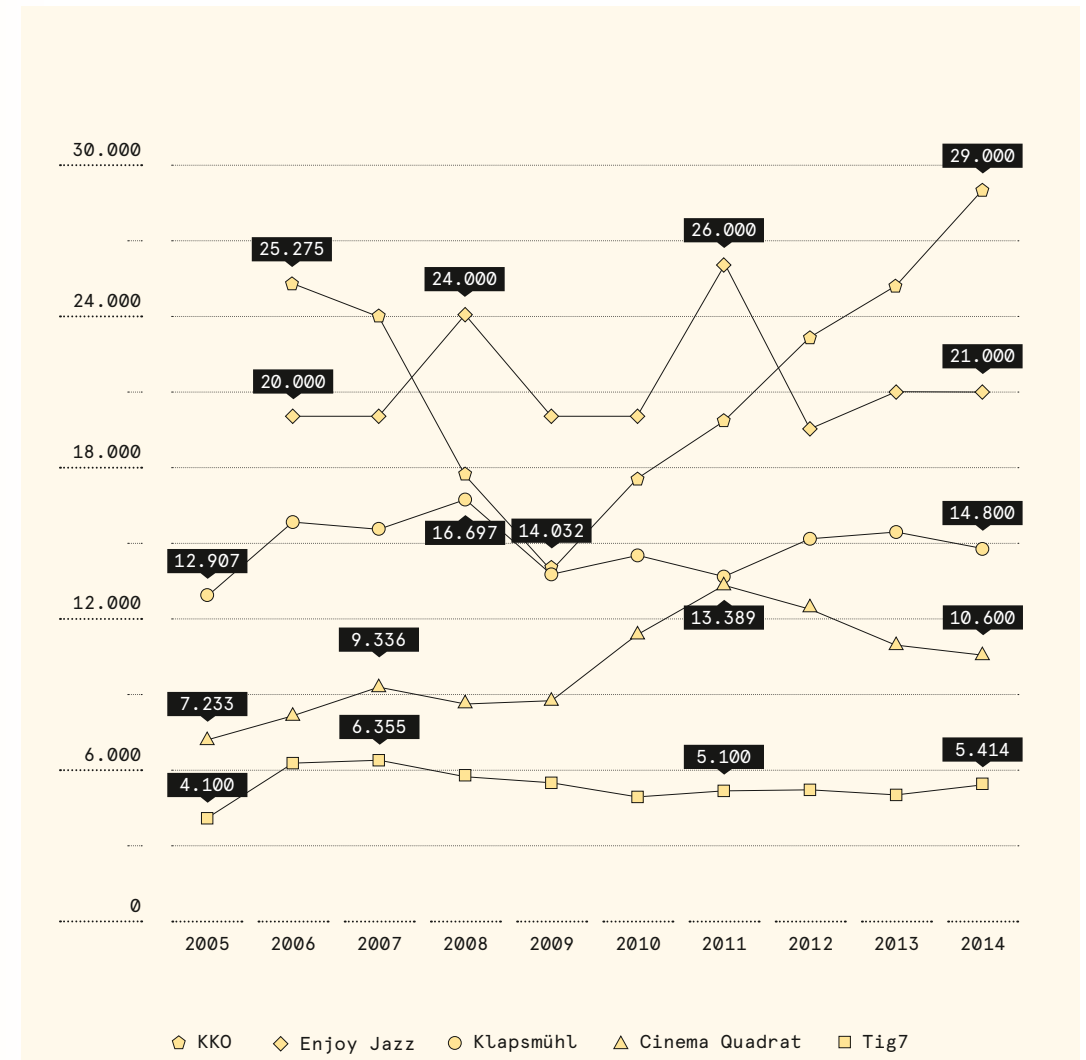


Quellen:
Stadt Mannheim, Kulturamt, Kulturberichte 2005, 2006, 2007, 2008, 2009/10, 2011
Stadt Mannheim, Kulturamt, Kulturförderung der Stadt Mannheim – Geschäftsbericht 2012 – 2014

B6.4



Entwicklung der Besucherinnen und Besucher ausgewählter kleinerer Kulturangebote



Quellen:
Stadt Mannheim, Kulturamt, Kulturberichte 2005, 2006, 2007, 2008, 2009/10, 2011
Stadt Mannheim, Kulturamt, Kulturförderung der Stadt Mannheim – Geschäftsbericht 2012 – 2014

B6.5

Förderung von Kultur

Kommunale Fördermittel für kulturelle Einrichtungen

Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Für diesen Indikator werden die im kommunalen Haushalt ausgewiesenen Ausgaben zur Förderung kultureller Einrichtungen und Projekte erfasst und auf den Gesamthaushalt bezogen.

Zur Diskussion von Zielen

Kulturelle Einrichtungen nutzen einer nachhaltigen kommunalen Entwicklung. Kultur trägt zum Freizeitwert der Kommune und damit zur Steigerung des Wohlbefindens der Bevölkerung bei. Zudem kann ein attraktives kulturelles Angebot wirtschaftlich positive Auswirkungen auf Gastronomie und Handel vor Ort haben.

Entwicklung des Indikators**Entwicklung in Mannheim**

Folgende Kultureinrichtungen wurden 2014 von der Stadt mit siebenstelligen Beträgen gefördert:

- Mehr als die Hälfte aller Zuschüsse für Kultur 2014 ging mit 32.897.801 Euro an das Nationaltheater.
- Die Reiss-Engelhorn-Museen erhielten 7.288.500 Euro.
- Die Kunsthalle Mannheim bekam 3.968.984 Euro. Die Institution will ihren Eigenfinanzierungsgrad durch mehr Einnahmen von Besucherinnen und Besuchern und Verpachtungen sowie Zuwendungen von Privatpersonen, Stiftungen und Unternehmen erhöhen.
- Das Stadtarchiv erhielt 1.625.220 Euro.

Auch die freie Szene wird durch das Kulturamt unterstützt. Insgesamt standen dem Kulturamt im Jahr 2014 8.861.450 Euro an städtischen Mitteln zur Verfügung. Außerdem unterstützte die Stadt Mannheim die Alte Feuerwache Mannheim 2014 mit 852.600 Euro. Die unterstützten Projekte fördern einerseits Nachwuchstalente in den Bereichen Tanz, Musik, Theater und Film, andererseits ermöglichen sie allen Bürgerinnen und Bürgern einen Zugang zu Kunst und leisten durch integrative Kulturereignisse einen Beitrag zur interkulturellen Annäherung. 2014 betrug die öffentlichen Kulturausgaben Mannheims 54.641.955 Euro.⁹ Verglichen mit anderen Städten ist dies überdurchschnittlich viel. Viele Kulturinstitutionen erhalten neben Zuschüssen der Stadt Mannheim auch Zuschüsse des Landes Baden-Württemberg oder des Bundes.

⁹ Im Gegensatz zum Kulturbericht 2011 der Stadt Mannheim sind die Ausgaben für Musikschule und Stadtbibliothek hier nicht enthalten.

Quellen:
Stadt Mannheim, Kulturamt, 2015



B7.1

Förderung von Kinder- und Jugendarbeit

Kommunale Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit

Entwicklung des Indikators



Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Für die Berechnungen können die Unterabschnitte 45 und 46 aus dem Einzelplan 4 des Verwaltungshaushalts herangezogen werden und, soweit sinnvoll, die relevanten Posten aus dem Unterabschnitt 47. Prinzipiell nicht erfasst werden sollten die Ausgaben für Verwaltung und Investitionen. Die Förderung von Kindern und Jugendlichen ist im Rahmen einer nachhaltigen kommunalen Entwicklung wichtig. Die Kinder- und Jugendarbeit kann auch auf die Einbindung dieser Generation in die Kommunalpolitik hinwirken.

Zur Diskussion von Zielen

Der Etat sollte so bemessen sein, dass die Aufgaben im Bereich der Förderung von Kindern und Jugendlichen angemessen wahrgenommen werden können, wozu insbesondere das Vermeiden sozialer Spannungen zählt.

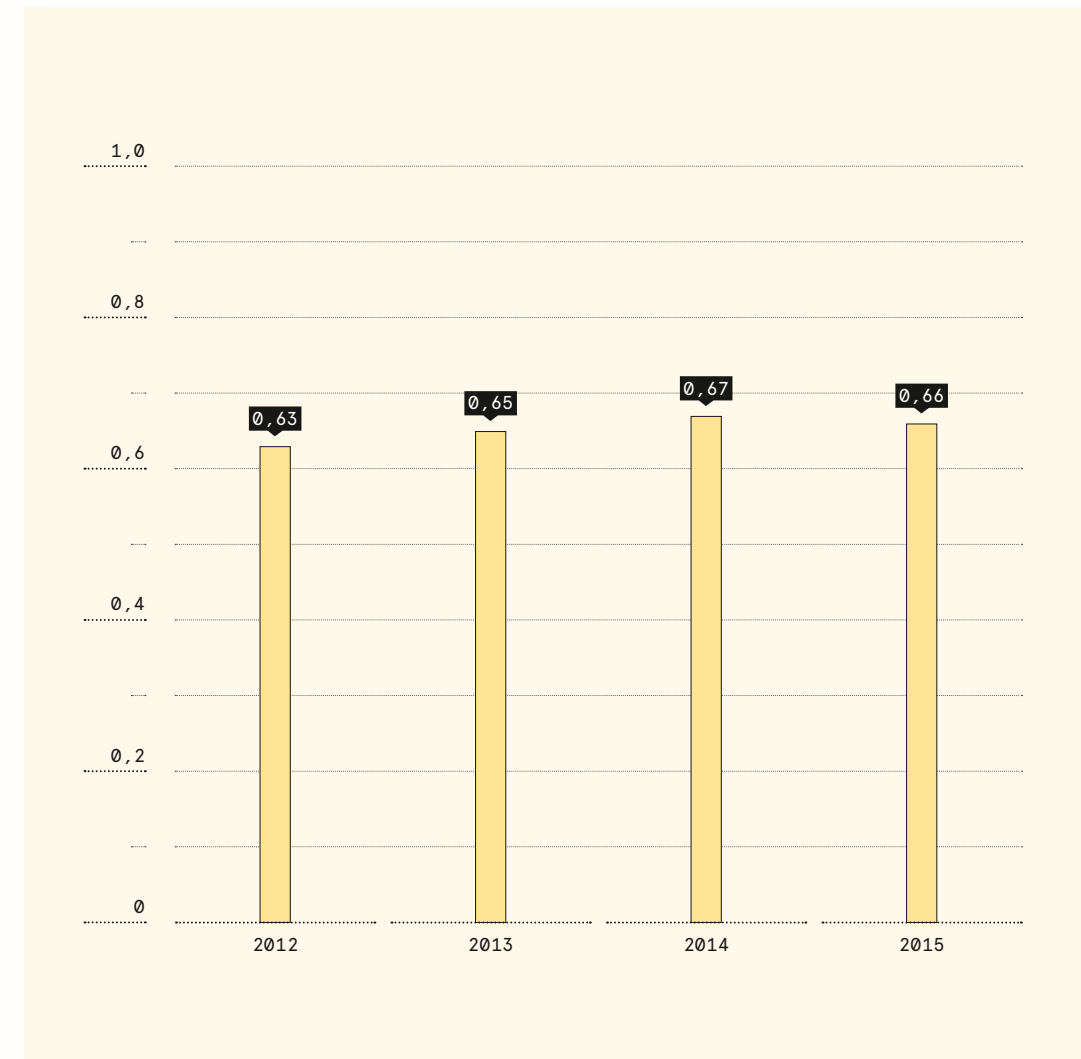
Entwicklung in Mannheim

Im kommunalen Haushalt orientiert sich der Posten Kinder- und Jugendarbeit an der Gruppe „Allgemeine Förderung junger Menschen“, die sich aus folgenden Bereichen zusammensetzt:

- Kinder- und Jugendarbeit,
- Einrichtungen der Jugendarbeit,
- Beteiligung und Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen,
- Jugendsozialarbeit.

2012 wurden 6,5 Millionen Euro für diesen Posten verwendet, 2014 waren es 7,4 Millionen Euro. Dies bedeutet eine Steigerung von 0,63 % auf 0,67 % des Haushalts, die sich 2015 um 0,01 % zurückentwickelte.

Kommunale Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit in Prozent des kommunalen Haushalts



Quellen:
Stadt Mannheim, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

B7.2

Abdeckung vorschulischer Bedarfe

Sprachförderbedarf von Kindern zum Schulbeginn

Entwicklung des Indikators



Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Der Indikator misst den Anteil der Kinder, die zu Schulbeginn Sprachförderbedarf beziehungsweise sprachlichen Therapiebedarf haben. Die kommunalen Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit sollen Aufschluss über mögliche Sprachfördermaßnahmen geben.

Zur Diskussion von Zielen

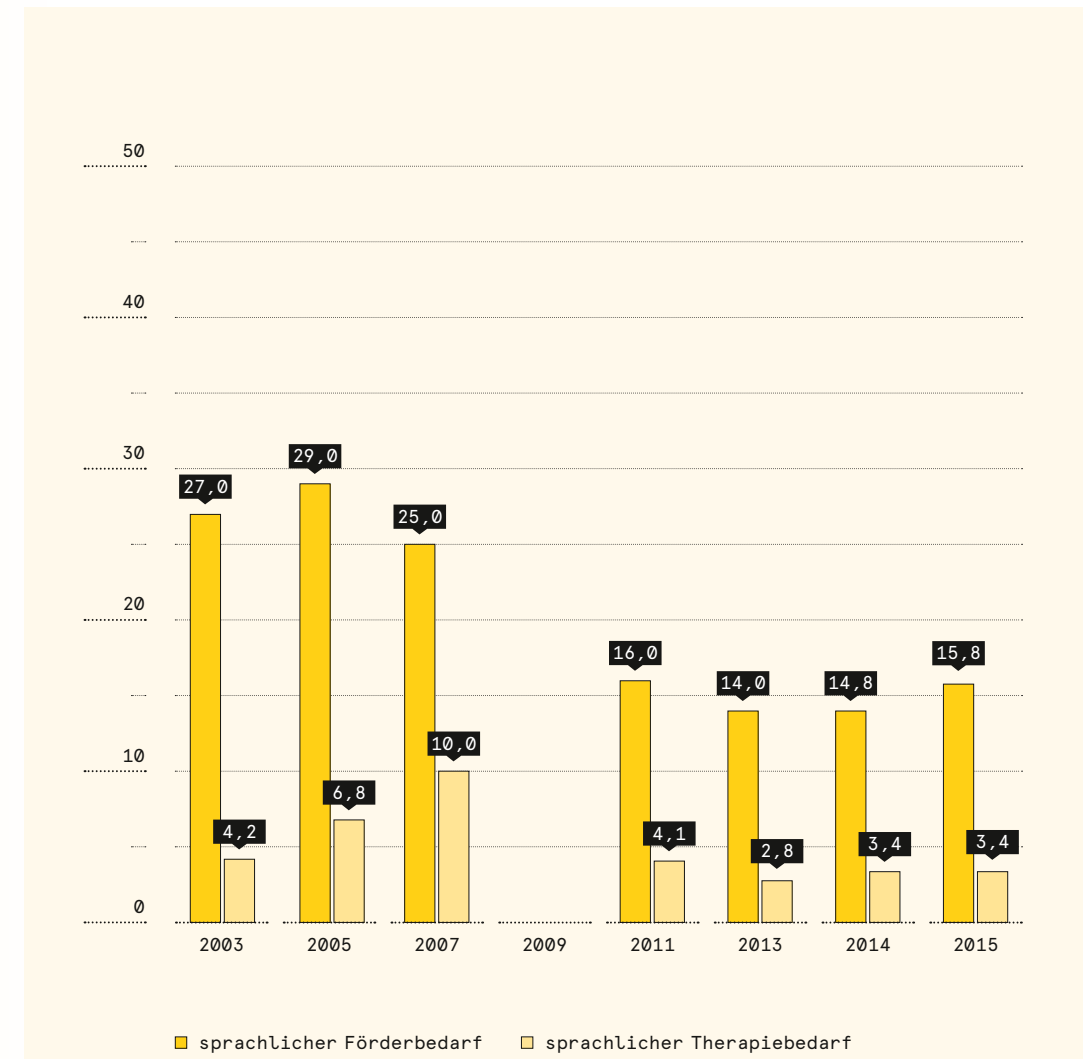
Defizitäre Deutschkenntnisse hindern insbesondere Kinder mit Migrationshintergrund an einer erfolgreichen Teilnahme am Schulunterricht und erschweren eine gelungene Integration und spätere Chancen am Arbeitsmarkt. Ziel einer nachhaltigen Kommune muss der stetige Abbau von Ungleichheiten sowie die Integration ausgegrenzter Gruppen sein. Sprachfördermaßnahmen und die vorherige Erkennung des Sprachförderbedarfs sind seit 2004 in den Bildungsplänen des Landes Baden-Württemberg verankert: „Die Fähigkeit der Kinder und Jugendlichen, die Standardsprache zu lernen und sich in dieser zu verständigen, ist ein zentrales Anliegen aller Schularten.“

Defizite können durch Schwierigkeiten in den Bereichen Aussprache und Hörwahrnehmung, Begriffs- und Wortentwicklung und grammatikalischer Wort- und Satzbau vorliegen, die durch verbindliche, altersstufengemäße Screeningverfahren zur Beurteilung der sprachlichen Leistungsfähigkeit ersichtlich werden sollen. Gibt es Hinweise auf Sprachförderbedarf, sollten gezielte Vorbereitungsklassen eingerichtet sowie Förder- und Therapiemaßnahmen vorgenommen werden.

Entwicklung in Mannheim

Mehr als 60 % der Kinder und Jugendlichen in Mannheim haben 2015 einen Migrationshintergrund. Die Grafik zeigt, dass 2003 bei 27 % der Schulanfängerinnen und -anfänger ein Sprachförderbedarf bestand und dieser Wert 2013 auf 14 % zurückging. Der höchste Wert wurde 2005 mit 29 % verzeichnet, der Trend der Folgejahre ist rückläufig. 2015 lag der entsprechende Bedarf bei 15,8 %. Der sprachliche Therapiebedarf ist von 4,2 % im Jahr 2003 auf knapp 10 % im Jahr 2007 gestiegen, 2013 fiel er auf 2,8 %. Für die Jahre 2014 und 2015 zeigt sich eine Stabilisierung der Zahlen auf ungefähr dem Niveau von 2013.

Sprachförderbedarf von Kindern zum Schulbeginn in Prozent



Quellen:
Stadt Mannheim, Fachbereich Gesundheit, 2016
www.kultusportal-bw.de/Lde/Startseite/schulebw/Sprachfoerderung
www.schulamt-nuertingen.de/site/pbs-bw/get/documents/KULTUS.Dachmandant/KULTUS/Schulaemter/schulamt-nuertingen/pdf/2_Text_mangelndeKenntnisseDeutsch_Frau_Gnther.pdf

B7.3

Ausreichende Zahl von Kinderbetreuungsplätzen Betreuungsquote der Kinder unter 3 Jahren

Entwicklung des Indikators



Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Für den Indikator wird die Anzahl der Kinder unter 3 Jahren, die in Betreuung sind, anteilig an der Anzahl aller Kinder unter 3 Jahren ermittelt. Sind nicht genügend Betreuungsplätze für Kinder vorhanden, muss ein Elternteil in der Regel für mehrere Jahre aus dem Berufsleben ausscheiden. Das kann zu negativen Folgen für die wirtschaftliche Kraft einer Familie haben. Zum anderen kann das bedeuten, dass die Entscheidung für eines oder mehrere Kinder unattraktiv wird. Dies trägt dann zur Schrumpfung und Überalterung der Gesellschaft bei.

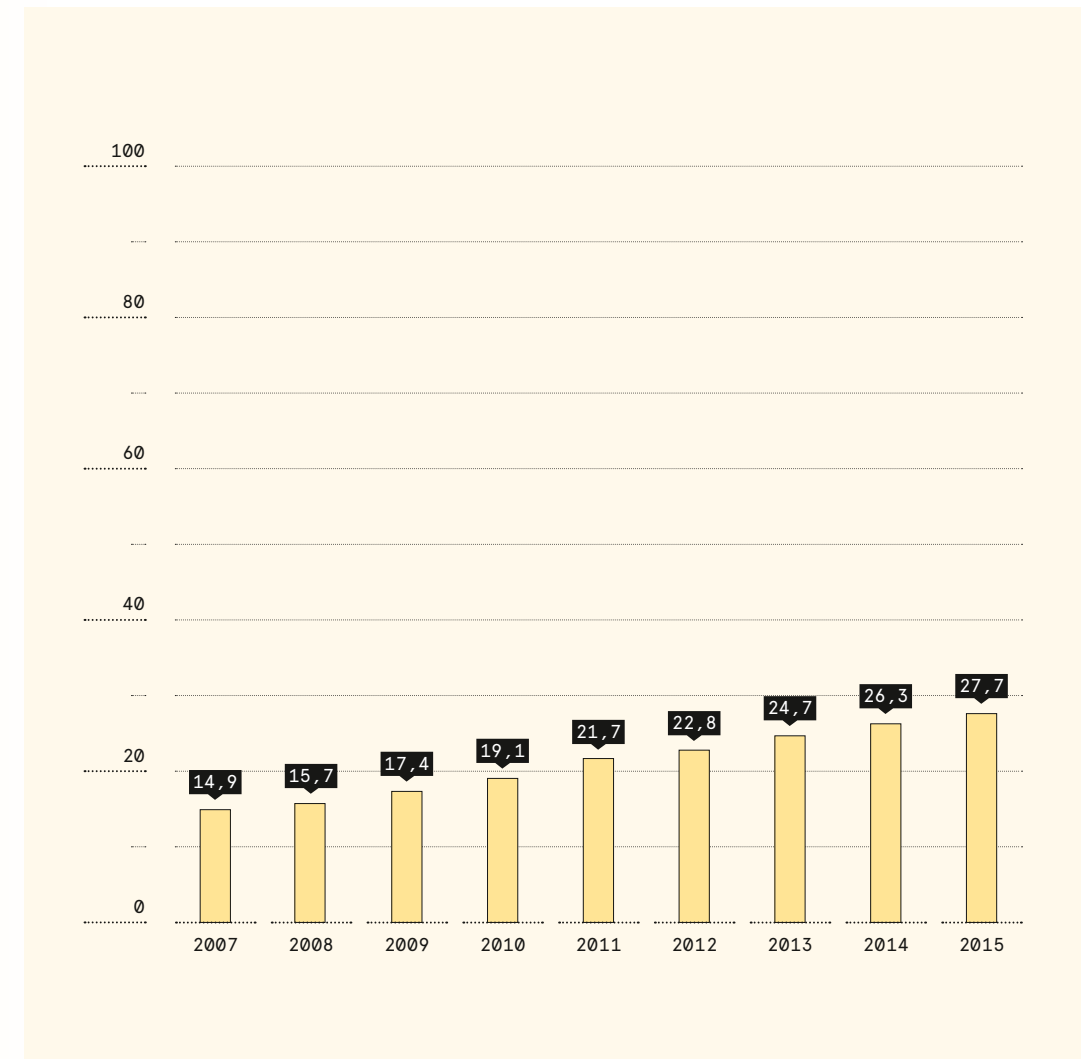
Zur Diskussion von Zielen

Ziel sollte es sein, gemäß der Nachfrage ausreichend Betreuungsplätze zu schaffen. Es sollte nach Lösungen zur Verkürzung der Wartezeiten auf die Plätze gesucht werden. 2015 waren in Baden-Württemberg 27,8 % der Kinder unter 3 Jahren in Betreuung. Im gesamtdeutschen Vergleich fällt auf, dass es nach wie vor ein Ost-West-Gefälle gibt, da in den neuen Bundesländern die Betreuungsquoten für Kinder unter 3 Jahren fast doppelt so hoch sind wie in den alten Bundesländern.

Entwicklung in Mannheim

Seit 2007 ist die Betreuungsquote kontinuierlich von 15 % auf 25 % gestiegen. Es wurden mehr Betreuungsplätze geschaffen und auch in Anspruch genommen. Zudem wurde eine Taskforce gegründet, um bis 2013 auf eine Betreuungsquote von 35 % zu kommen. Zwischen 2011 und 2013 wurden 53 Millionen Euro in das Krippenausbauprogramm investiert. Dennoch lag die Quote 2014 erst bei ca. 26 %. In den Jahren 2015 und 2016 wurden weitere Anstrengungen unternommen, um das Angebot zu verbessern. Dadurch konnte eine weitere Verbesserung erreicht und die Quote 2015 auf 28 % gesteigert werden.

Betreuungsquote der Kinder unter 3 Jahren an allen Kindern unter 3 Jahren



Quellen:
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Bildung und Kultur > Kinderbetreuung > Kinder in Tagesbetreuung nach Altersgruppen
Bevölkerung und Gebiet > Altersstruktur > Bevölkerung nach Nationalität, Altersjahren und Geschlecht

B8.1

Hoher Versorgungsgrad

Anzahl niedergelassener Ärztinnen und Ärzte

Entwicklung des Indikators



Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Hier wird die regionale medizinische Versorgung der Bevölkerung durch niedergelassene Ärztinnen und Ärzte (Allgemein- und Fachärzte) erfasst und die Entwicklung aufgezeigt. Für die Behandlung von Krankheiten ist eine quantitativ ausreichende und qualitativ gute medizinische Versorgung angesichts einer älter werdenden Bevölkerung wichtig. Bereits heute zeichnet sich in strukturschwächeren Regionen schlechtere Versorgung ab. Dies kann dazu führen, dass kranke Menschen weitere Strecken zur medizinischen Versorgung bewältigen müssen.

Zur Diskussion von Zielen

In Baden-Württemberg hat sich die ärztliche Versorgung seit 1990 positiv entwickelt. Trotz der gestiegenen Bevölkerungszahlen hat die Dichte der Versorgung durch niedergelassene Ärztinnen und Ärzte zugenommen. Allerdings wurde die Entwicklung seit den 1990er Jahren nur noch von Fachärztinnen und Fachärzten, nicht von Allgemein- sowie praktischen Ärztinnen und Ärzten getragen. Nach der Jahrtausendwende stagniert die Dichte zunächst und geht ab dann zurück.

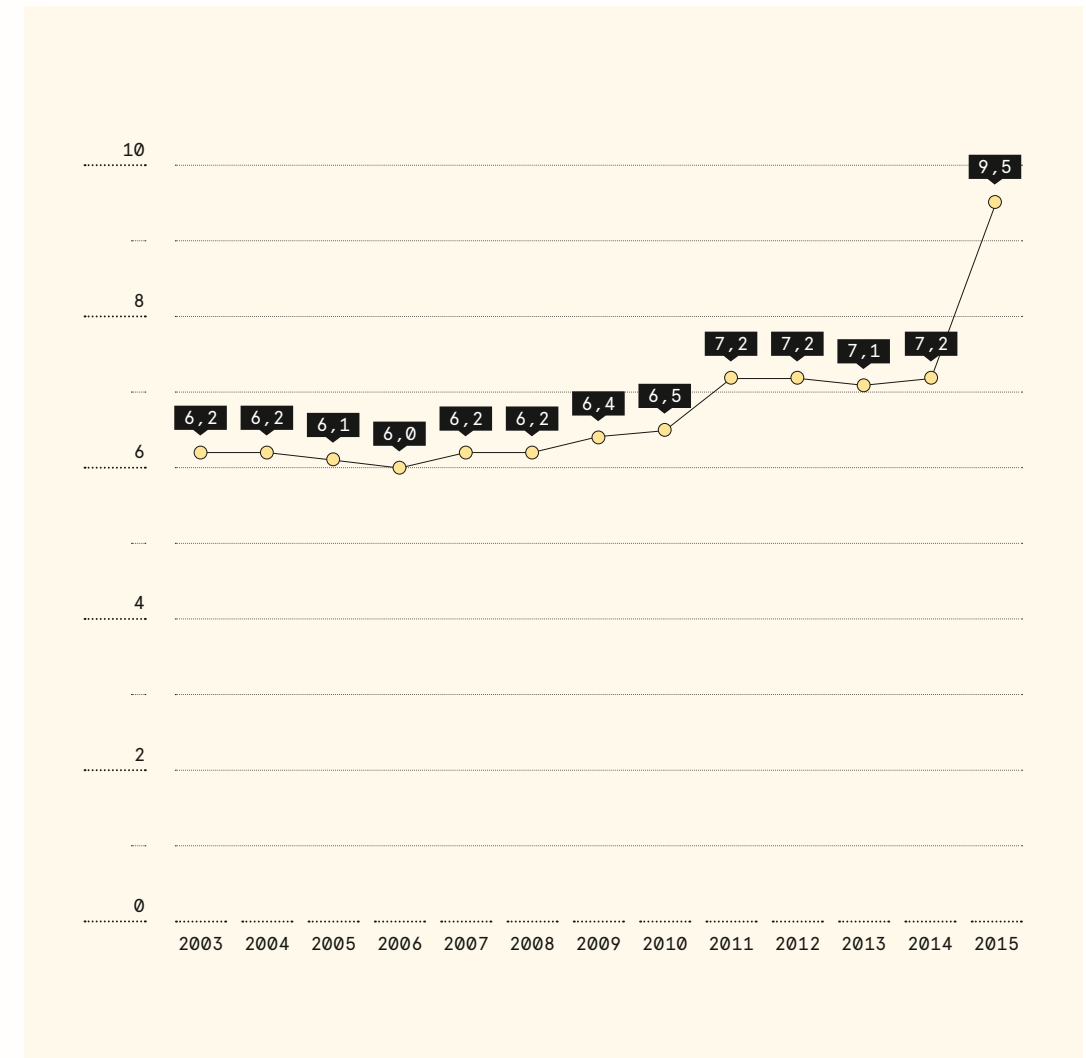
Entwicklung in Mannheim

Die Zahl der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte ist von knapp über sechs pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner auf über sieben gestiegen.¹⁰ Dies ist weitgehend auf die Konzentration bestimmter fachärztlicher Versorgungsgebiete in der Großstadt mit dem Universitätsklinikum und anderen Fachzentren zurückzuführen, die auch das Umland versorgen. Die Zahl liegt in Heidelberg wesentlich höher, in Karlsruhe ist sie ähnlich wie in Mannheim. Der Durchschnitt in Baden-Württemberg liegt deutlich niedriger. Für 2015 beträgt der Mannheimer Wert sogar 9,5, der aufgrund einer methodischen Veränderung in der Erhebung jedoch nicht in die hier beschriebene Kennzahl einfließt.¹¹

10) In einigen Stadtteilen ist die Versorgung mit niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten zugunsten anderer Stadtteile zurückgegangen.

11) Die Zahl der Ärzte 2015 für den Wahlkreis Mannheim beinhaltet die Ärzte im Stadtkreis Mannheim plus Ärzte aus dem Rhein-Neckar-Kreis (Gemeinden Altlußheim, Brühl, Edingen-Neckarhausen, Heddesheim, Hemsbach, Hirschberg a. d. Bergstraße, Hockenheim, Ilvesheim, Ketsch, Ladenburg-Stadt, Laudendach, Neulussheim, Oftersheim, Plankstadt, Reilingen, Schriesheim, Schwetzingen und Weinheim) Dies war bis zum Berichtsjahr 2014 nicht so, weswegen der Wert für 2015 nicht vergleichbar mit dem vorhergehenden Berichtszeitraum ist.

Niedergelassene Ärztinnen und Ärzte pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner



Quellen:
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg:
Gesundheit > Ärzte und Einrichtungen > Ärztliche Versorgung
Bevölkerung und Gebiet > Bevölkerung im Überblick > Bevölkerung nach Nationalität

B8.2

Gutes Umfeld für Unternehmensgründungen

Gewerbeanmeldungen im Verhältnis zu Gewerbeabmeldungen

Entwicklung des Indikators



Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Nach der Gewerbeordnung sind Beginn, Veränderung oder Aufgabe einer gewerblichen Tätigkeit anzumelden. Die Anzeigepflicht erstreckt sich auf Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen. Gewerbeabmeldungen sind abzugeben bei der Aufgabe eines Gewerbebetriebes, der Verlegung in einen anderen Meldebezirk (Fortzug) und der Übergabe eines bestehenden Betriebes. Gewerbeanmeldungen sind abzugeben bei der Neuerrichtung eines Gewerbebetriebes, der Wiedereröffnung nach Verlegung (Zuzug) und der Übernahme eines bestehenden Betriebes. Gegenübergestellt werden hier die Gewerbeabmeldungen und -anmeldungen.

Das vorhandene Gewerbe sorgt für Arbeitsplätze und Steuereinnahmen in einer Kommune. Eine gleichbleibende oder steigende Gewerbezahl ist nachhaltig, da Produktion und Kaufkraft steigen und die Standortattraktivität für weitere Gründungen steigt.

Zur Diskussion von Zielen

Bei diesem Indikator sollte ein möglichst ausgeglichenes Ergebnis erzielt beziehungsweise eine positive Bilanz zugunsten der Unternehmensanmeldungen gezogen werden können. Die Folgen von Gewerbeabmeldungen ähneln Insolvenzen: steigende Arbeitslosigkeit, persönliche Krisen, wegfallende Steuereinnahmen und erhöhte Belastungen des sozialen Netzes. Gewerbeanmeldungen bieten Chancen für Stadt und Bewohner: neue Arbeitsplätze und steigende Steuereinnahmen.

Entwicklung in Mannheim

Die Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen steigen und sinken meist gleichzeitig. Es gab Jahre mit relativ vielen Markteintritten und -austritten – wie 2006 und 2010 – und Jahre mit relativ wenigen, z. B. 2012. Auffällig ist, dass die Bilanz bis 2011 positiv war, seit 2012 überwo-gen jeweils die Abmeldungen. Ein Grund könnte sein, dass die Auflagen zur Gewerbeanmeldung in den letzten Jahren verschärft wurden.

Gewerbeanmeldungen im Verhältnis zu Gewerbeabmeldungen



Quellen:
Statistisches Landesamt, Statistische Berichte: Gewerbeanzeigen

B8.3

Hohe Ertragskraft Steuerkraftmesszahl

Entwicklung des Indikators



Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Mit der Steuerkraftmesszahl wird die Höhe der originären Steuerkraft einer Kommune gemessen. Sie entspricht der Summe der mit fiktiven, landeseinheitlichen Hebesätzen modifizierten Steuereinnahmen der Gemeinden des Vorvorjahres (z. B. Gewerbesteuer, Grundsteuer A und B, Gemeindeanteile an der Einkommens sowie der Umsatzsteuer). Dabei werden wenig ergebnisreiche Steuerarten wie z. B. örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern aus Vereinfachungsgründen nicht berücksichtigt. Im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs wird zur Berechnung der Schlüsselzuweisungen die Steuerkraftmesszahl der Bedarfsmesszahl gegenübergestellt. Diese entspricht dem relativen Finanzbedarf, der in Baden-Württemberg auf der Grundlage der gewichteten Bevölkerungszahl ermittelt wird. Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung oder Sondereinflüssen kann die Steuerkraftmesszahl von Jahr zu Jahr stark schwanken. Die Kommune kann diese Entwicklungen nur sehr eingeschränkt beeinflussen.

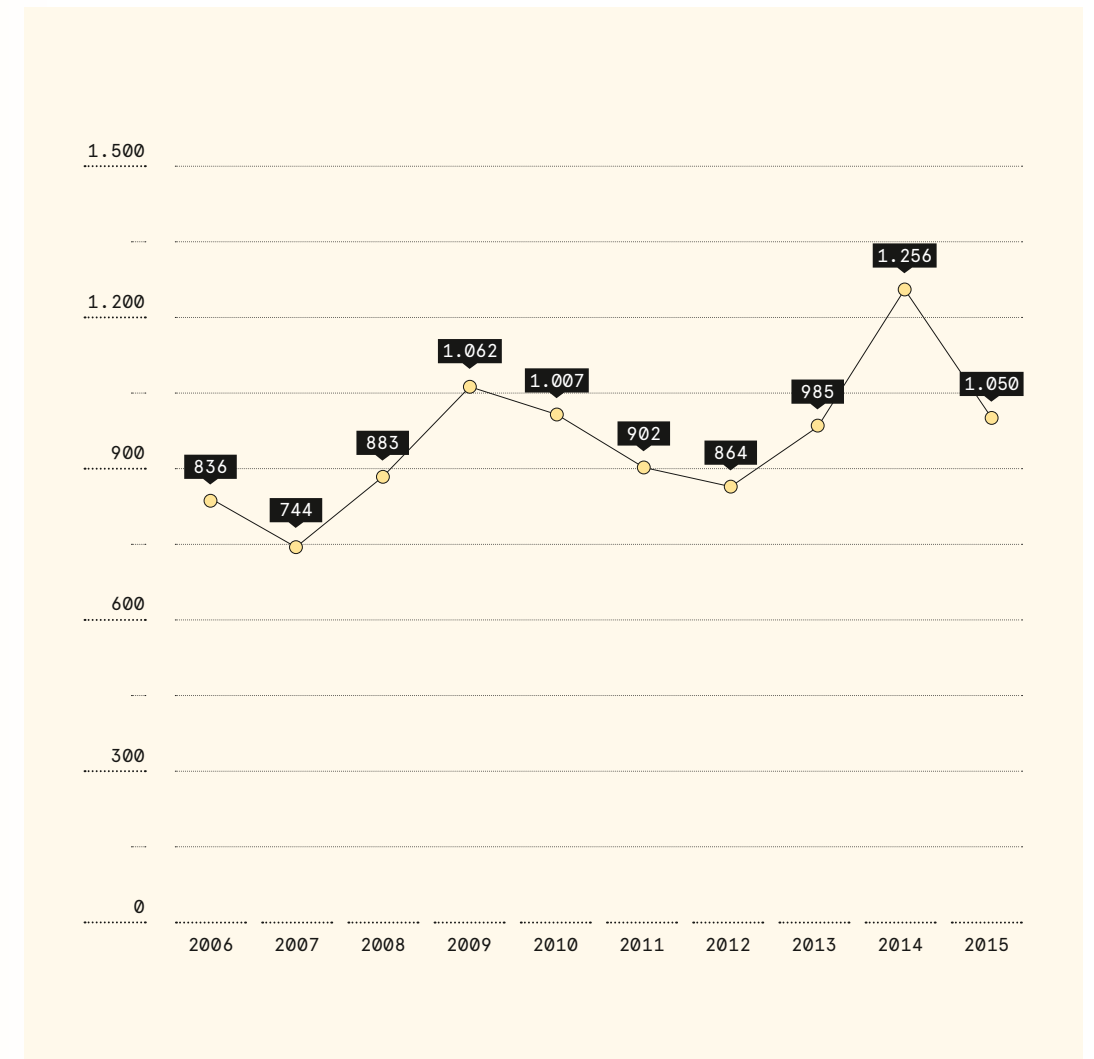
Zur Diskussion von Zielen

Eine hohe Steuerkraftmesszahl weist auf eine hohe Ertragskraft der Wirtschaft in der Kommune hin.

Entwicklung in Mannheim

Die Steuerkraftmesszahl erreichte 2009 aufgrund von Sondereinflüssen bei der Gewerbesteuer ein lokales Maximum von über 1.000 Euro und fiel dann bis zu einem Tiefstwert von 864 Euro, der 2012 aufgrund der Finanzkrise des Jahres 2010 erreicht wurde. Seit 2013 ist aufgrund der allgemein positiven wirtschaftlichen Entwicklung ein Anstieg zu verzeichnen, der 2014 mit 1.256 Euro je Einwohnerin und Einwohner einen vorläufigen Höchstwert erreichte. Sie liegt in Mannheim mit durchschnittlich bei 959 Euro (Betrachtungszeitraum ab 2006) durchgängig deutlich über dem Durchschnittswert in Baden-Württemberg (814 Euro), deutlich über den Werten in Heidelberg und Freiburg und leicht über Karlsruhe. 2014 lag die Steuerkraftmesszahl je Einwohnerin und Einwohner in Mannheim bei 1.256 Euro und fiel 2015 auf 1.050 Euro, während sie in Heidelberg bei 2014 bei 914 Euro und 2015 bei 928 Euro, in Freiburg 2014 bei 854 Euro und 2015 bei 914 Euro sowie in Karlsruhe bei 1.091 Euro und 2015 bei 1.132 Euro lag.

Steuerkraftmesszahl in Euro je Einwohnerin und Einwohner



Quellen:
Definition: vgl. Gabler Wirtschaftslexikon, wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/10429/steuerkraftmesszahl-v9.html // Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Finanzen & Steuern > Steuern > Steuerkraftmesszahl, -summe und Schlüsselzuweisungen der Gemeinden

B9.1

Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes Anzahl der EMAS-validierten Betriebe

Entwicklung des Indikators



Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

1993 wurde die Verordnung Nr. 1836/93 des Rats der Europäischen Union über die freiwillige Beteiligung gewerblicher Unternehmen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltaudit-Prüfung verabschiedet. Sie wird auch als EG-Öko-Audit oder EMAS-Verordnung (Environmental Management and Audit Scheme) bezeichnet und wurde 2009 durch die EU-Verordnung 1221/2009 abgelöst (EMAS III). EMAS führt bei den mitwirkenden Unternehmen zur Einsparung von Ressourcen, Energie und Abfall und damit zu einer Kostenreduktion. Das Umweltbewusstsein des Personals wird gestärkt. Dies trägt zu einer nachhaltigen Reduzierung der Umweltbelastungen bei.

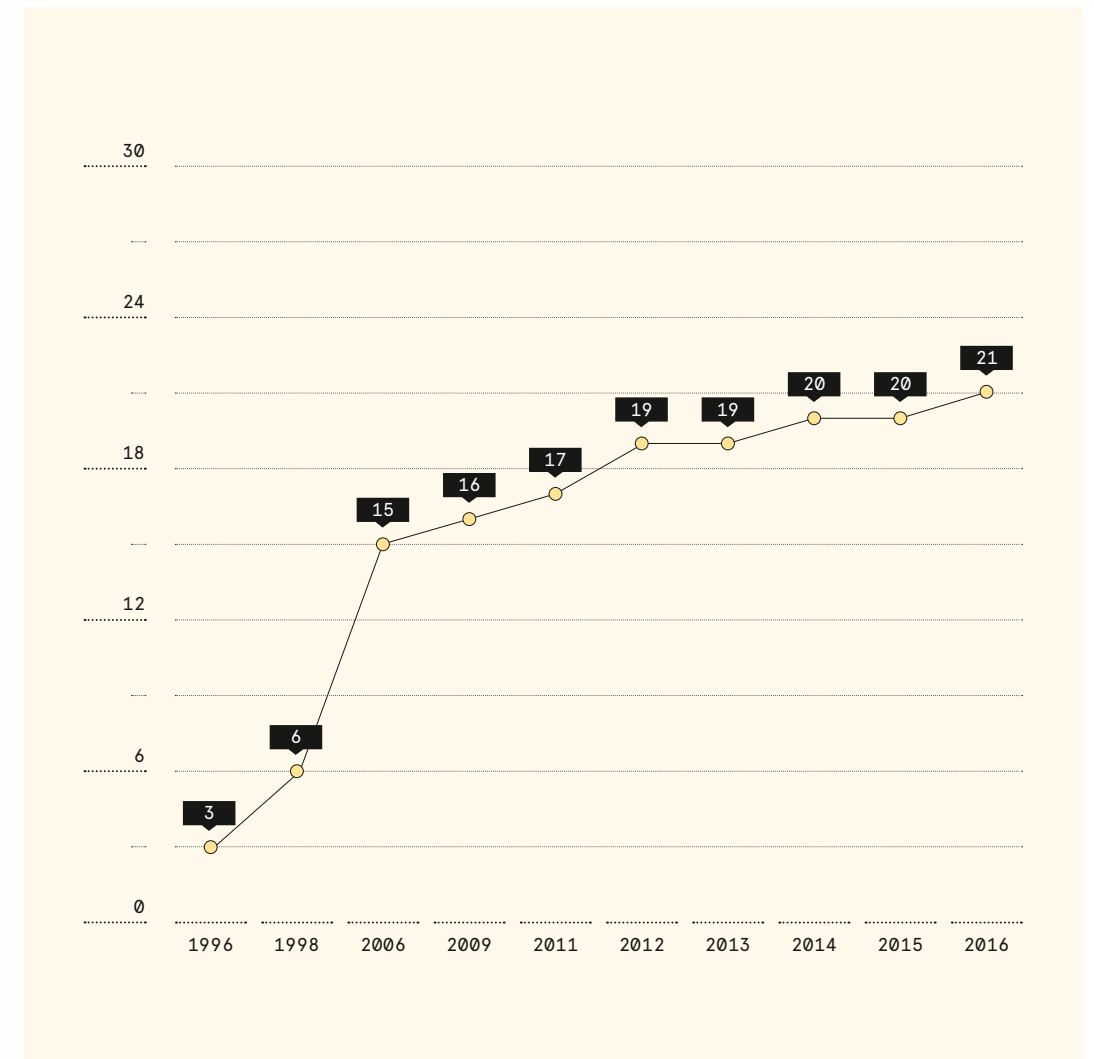
Zur Diskussion von Zielen

Solange in der EU-Verordnung die Standards nicht reduziert werden, ist eine Steigerung der Zahl validierter Betriebe ein Gewinn für die Nachhaltigkeit. Ebenso wichtig ist der Erhalt der Zertifizierung, da viele Organisationen einige Jahre nach der Zertifizierung wieder aussteigen. Allerdings gibt es viele Organisationen, die dem Zertifikat treu bleiben. In Mannheim sind es insbesondere sechs Betriebe, darunter fünf größere Industriebetriebe, die seit Ende der 1990er Jahre ein umweltbewusstes Betriebsmanagement durchführen.

Entwicklung in Mannheim

4,55 % der EMAS-validierten Betriebe in Baden-Württemberg befinden sich in Mannheim (insgesamt 422 in Baden-Württemberg, 1.226 in Deutschland). Ende 2016 waren in Mannheim 21 Betriebe im EMAS-Register eingetragen. Darunter sind zwölf Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen, die meist weniger als 15 Mitarbeitende beschäftigen. Fünf der EMAS-validierten Unternehmen in Mannheim sind größere Industriebetriebe mit mehr als 1.000 Mitarbeitenden. Hier besteht in einer industriell geprägten Stadt wie Mannheim noch großes Entwicklungspotenzial.

Anzahl EMAS-validierter Betriebe



Quellen:
www.dihk.de/ressourcen/downloads/emas-2014/at_download/file?mdate=1453731889893
www.dihk.de/themenfelder/innovation-und-umwelt/umwelt/informationsdienste/emas-registerwww.emas-register.de/recherche?regnr=DE-&ort=Mannheim&erweitert=false

Rahmenbedingungen einer nachhaltigen Kommunalentwicklung



Für eine nachhaltige Entwicklung müssen die Kommunen auf geänderte Rahmenbedingungen reagieren, Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe begreifen, als Vorbild vorangehen und die Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung des urbanen Lebensraums beteiligen.

C

Rahmenbedingungen einer nachhaltigen Kommunalentwicklung

- C1 Gesunde Struktur des öffentlichen Haushalts**
 Die Kommune achtet auf fiskalische Nachhaltigkeit. Finanzielle Ressourcen müssen so wie auch ökologische Ressourcen nachhaltig bewirtschaftet werden. Deshalb sind ein ausgeglichener Haushalt und der Schuldenabbau zugunsten kommender Generationen zentrale Ziele einer nachhaltigen Kommunalpolitik.
- 138 **C1.1 Gute fiskalische Nachhaltigkeit**
 Kommunale Schulden
- C2 Faire Preise und bewusster Konsum**
 Die Kommune fördert den fairen Handel und einen bewussten Konsum. Bewusster Konsum zeigt sich in der Unterstützung des fairen Handels sowohl auf Seiten der Verbraucherinnen und Verbraucher als auch im Konsumverhalten der Verwaltung.
- 140 **C2.1 Öko-soziale und faire Beschaffung**
 Anteil fair gehandelter, ökologisch hergestellter und regionaler Produkte
- 142 **C2.2 Hoher Umsatz fair gehandelter Ware**
 Entwicklung des Umsatzes im Weltladen in Mannheim
- C3 Lokale Entwicklungszusammenarbeit und gerechte Verteilung**
 Die Kommune fördert die interkommunale Zusammenarbeit. Besonders kleinere Kommunen und Gemeinden im ländlichen Raum können durch interkommunale und regionale Kooperationen die notwendige Infrastruktur z. B. für neue Arbeitsplätze, Bildungseinrichtungen, den öffentlichen Personennahverkehr oder ihr Kulturangebot besser bereitstellen. Beispiele sind gemeinsame Einrichtungen, Flächenpools, Mobilitätskonzepte, Klimaschutz- und Energiekonzepte oder Energiegenossenschaften. Dies gilt auch für die internationale Zusammenarbeit.
- 146 **C3.1 Intensive lokale Entwicklungszusammenarbeit**
 Kommunale Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit

- C4 Gesundheitsniveau**
 Die Kommune fördert eine gesunde Stadt. Gesundheit ist eines der Grundbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger. Deshalb setzt sich die Kommune für eine Verminderung von Übergewicht insbesondere bei Kindern und für eine hohe Lebenserwartung ein.
- 148 **C4.1 Gute Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen**
 Anteil der übergewichtigen Kinder
- 150 **C4.2 Hohe Lebenserwartung**
 Sterblichkeit vor einem Alter von 65 Jahren
- 152 **C4.3 Breite Abdeckung von Gesundheitsfragen durch ehrenamtliche Organisationen**
 Zahl der Selbsthilfegruppen
- C5 Globales Lernen**
 Die Kommune fördert globales Lernen. Globales Lernen kann z. B. durch die Unterstützung und Durchführung interkultureller Veranstaltungen gestärkt werden.
- 154 **C5.1 Hohe Beteiligung bei interkulturellen Veranstaltungen**
 Anzahl der Besucherinnen und Besucher interkultureller Veranstaltungen
- 156 **C5.2 Hohe Beteiligung beim Agenda-Diplom**
 Anzahl der Kooperationspartnerschaften für das Agenda-Diplom

Rahmenbedingungen einer nachhaltigen Kommunalentwicklung

- C6 Teilhabe von Migrantinnen und Migranten**
Die Kommune fördert das Miteinander und die Integration. Die Kommunen fördern gemeinsam mit Organisationen der Zivilgesellschaft das Zusammenleben und den sozialen Zusammenhalt und damit die Chancengerechtigkeit vor Ort sowie die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund. Alle Menschen sollen unabhängig von Herkunft, Religion, Nationalität, Alter oder Geschlecht gleichberechtigt am Kommunalgeschehen teilhaben können.
- 158 **C6.1 Gute Bildung von Migrantinnen und Migranten**
Bildungsabschlüsse ausländischer im Vergleich zu deutschen Jugendlichen
Schulübergangsquoten nach der vierten Klasse von ausländischen Jugendlichen im Vergleich zu deutschen Jugendlichen
- 166 **C6.2 Hohe Akzeptanz von Migrantinnen und Migranten**
Toleranzindikator
- C7 Teilhabe von Frauen**
Die Kommunen fördern die Gleichberechtigung von Frauen und Männern und damit die Chancengerechtigkeit. Alle Menschen sollen unabhängig von Herkunft, Religion, Nationalität, Alter oder Geschlecht gleichberechtigt am Kommunalgeschehen teilhaben können.
- 170 **C7.1 Hohe Teilhabe von Frauen im Kommunalparlament**
Anteil von Frauen im Kommunalparlament

- C8 Kommunales Management**
Die Kommune unterhält ein kommunales Nachhaltigkeitsmanagement. Die Verwaltung agiert im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung: Ein Energie- sowie ein Umweltmanagement werden eingeführt, Entscheidungen werden auf Nachhaltigkeit überprüft, bei der Beschaffung werden ökologische, regionale und faire Produkte bevorzugt.
- 172 **C8.1 Geringer Energieverbrauch kommunaler Liegenschaften**
Energiebedarf kommunaler Liegenschaften
- 174 **C8.2 Ökofaire Beschaffung in Kommunalverwaltungen**
Anteil von Recyclingpapier am Papierverbrauch kommunaler Einrichtungen
- C9 Demokratisches Engagement**
Die Kommune fördert das bürgerschaftliche Engagement. Eine vielfältige Vereinsstruktur, bürgerschaftliches Engagement und eine hohe Wahlbeteiligung zeichnen eine lebendige Kommune aus. Diese kann aktiv fördern: durch eine Ansprechstelle in der Verwaltung, durch Unterstützung von Vereinen, Projekten und Initiativen und durch eine Kultur der Anerkennung.
- 176 **C9.1 Förderung von Bürgerbeteiligung durch die Kommune**
Wahlbeteiligung bei Wahlen zum Kommunalparlament und bei Bürgermeisterwahlen
- 178 **C9.2 Hohes ehrenamtliches Engagement**
Anzahl der eingetragenen Vereine

C1.1

Gute fiskalische Nachhaltigkeit Kommunale Schulden

Entwicklung des Indikators



Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Als kommunale Schulden gelten alle z. B. bei Kreditinstituten, Versicherungen, Bausparkassen und bei Bund und Ländern direkt aufgenommenen Darlehen. Durch Zinszahlungen aufgrund bestehender Schulden werden investive Handlungsspielräume künftiger Generationen verringert.

Zur Diskussion von Zielen

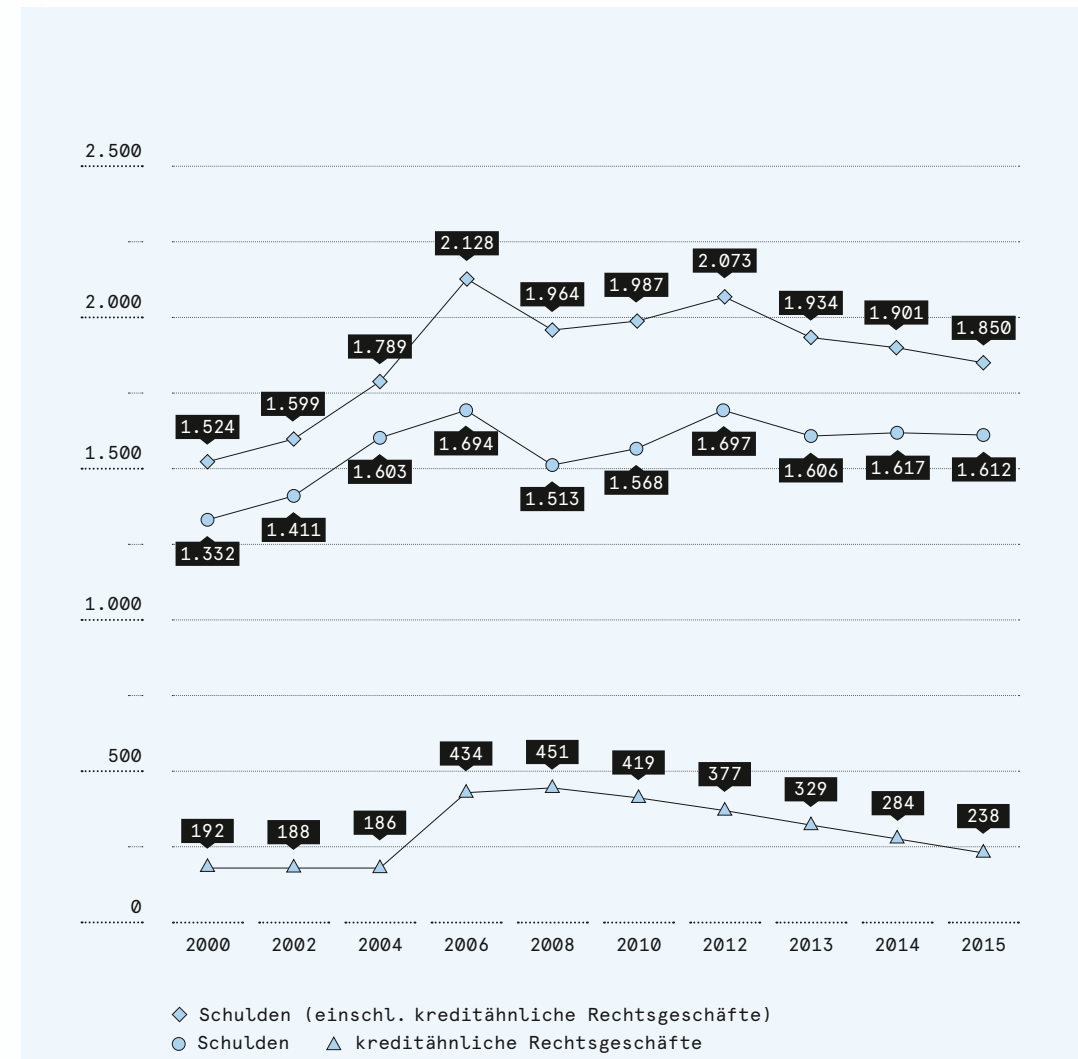
Der Abbau bestehender und die Vermeidung neuer Schulden ist Maxime für eine nachhaltige Kommune. Gleichzeitig muss sie jedoch die Erfüllung ihrer Aufgaben sicherstellen und das vorhandene Infrastrukturvermögen erhalten. Dennoch können Kredite in Niedrigzinszeiten den investiven Handlungsspielraum von Kommunen erweitern, wobei dies auf sich refinanzierende Investitionen beschränkt werden soll.

Die Schulden der kommunalen Kernhaushalte betragen Ende 2011 in Baden-Württemberg 6,1 Milliarden Euro. Dies entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von 574 Euro. Im Ländervergleich sind dies zwar die niedrigsten Pro-Kopf-Schulden am Kernhaushalt, allerdings liegt das Bundesland durch hohe Schulden in sonstigen öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die nicht in den Kernhaushalt gerechnet werden, über dem Durchschnitt. Je kleiner eine Kommune ist, desto stärker fallen ungeplante Kosten ins Gewicht. Für eine nachhaltige Kommunalentwicklung sollte jede Ausgabe auch nach ökologischen und sozialen Standards bewertet werden.

Entwicklung in Mannheim

Die Schulden (einschließlich der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte) stiegen bis 2006 auf den Höchstwert von 2.128 Euro pro Einwohnerin und Einwohner, um bis 2009 auf 1.890 Euro zu sinken. Nach einem erneuten Anstieg bis 2.203 Euro im Jahr 2011, sinken die Schulden seither kontinuierlich bis auf 1.850 Euro im Jahr 2015. Der Wert ist etwa zweieinhalb mal so hoch wie der Durchschnitt in Baden-Württemberg. Um die finanziellen Handlungsmöglichkeiten in der Zukunft zu vermehren, reduziert Mannheim die Kreditaufnahmen der Gegenwart. Dabei bringt Mannheim unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit die Gestaltungsmöglichkeiten der Gegenwart und die Gestaltungsmöglichkeiten der Zukunft zum Ausgleich. Das wird auch durch die Erweiterung der strategischen Ziele um das achte Ziel „Das Eigenkapital der Stadt Mannheim ist gemehrt.“ zum Ausdruck gebracht. Zum Haushalt 2008/09 hat der Gemeinderat der Stadt Mannheim zur Bekräftigung seiner Absichten ein Neuverschuldungsverbot beschlossen. Danach dürfen der Haushaltsplan und die Finanzplanung keine Nettoverschuldung enthalten. Eine Kreditaufnahme ist maximal bis zur Höhe der ordentlichen Tilgung zulässig, wenn der Haushaltsausgleich nicht auf andere Weise erreicht wird.

Schulden des Kernhaushalts je Einwohnerin und Einwohner in Euro



Quellen:
Stadt Mannheim, Jahresabschlüsse der Stadt Mannheim

C2.1

C Rahmenbedingungen einer nachhaltigen Kommunalentwicklung
 C2 Faire Preise und bewusster Konsum
 C2.1 Öko-soziale und faire Beschaffung

Öko-soziale und faire Beschaffung

Anteil von fair gehandelter, ökologisch hergestellter und regionaler Produkte in der kommunalen Beschaffung

Entwicklung des Indikators



Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Unter ökofaire Beschaffung fallen Produkte und Dienstleistungen, die von der Herstellung bis zur Entsorgung unter Berücksichtigung sozialer, ökologischer und ökonomischer Aspekte günstigere Effekte vorweisen als vergleichbare Produkte und Dienstleistungen. Gegenüber dem gleichen Gebrauchszweck dienenden Erzeugnissen verfügen sie über Umwelt- oder Gesundheitsvorteile, sind besonders sozialverträglich hergestellt und/oder bieten einen volkswirtschaftlichen Vorteil.

Öffentliche Institutionen beziehen Produkte und Dienstleistungen in einem Umfang von rund 19 % des deutschen Bruttoinlandsprodukts. Eine nachhaltige öffentliche Beschaffung bietet Vorteile für die Gesellschaft, die Umwelt und das Wohl künftiger Generationen:

- Produkte und Dienstleistungen können volkswirtschaftlich kostengünstiger sein, wenn nicht nur der Kaufpreis, sondern auch die Folgekosten berücksichtigt werden.
- Nachhaltige Beschaffung trägt zum Umwelt-, Ressourcen- und Klimaschutz bei.
- Die verwendeten Gelder fördern ökologische und faire Produktions- und Wirtschaftsstrukturen.
- Die Einhaltung von Sozialstandards und eine faire Entlohnung verbessern regionale und globale Arbeits- und Lebensbedingungen.

Zur Diskussion von Zielen

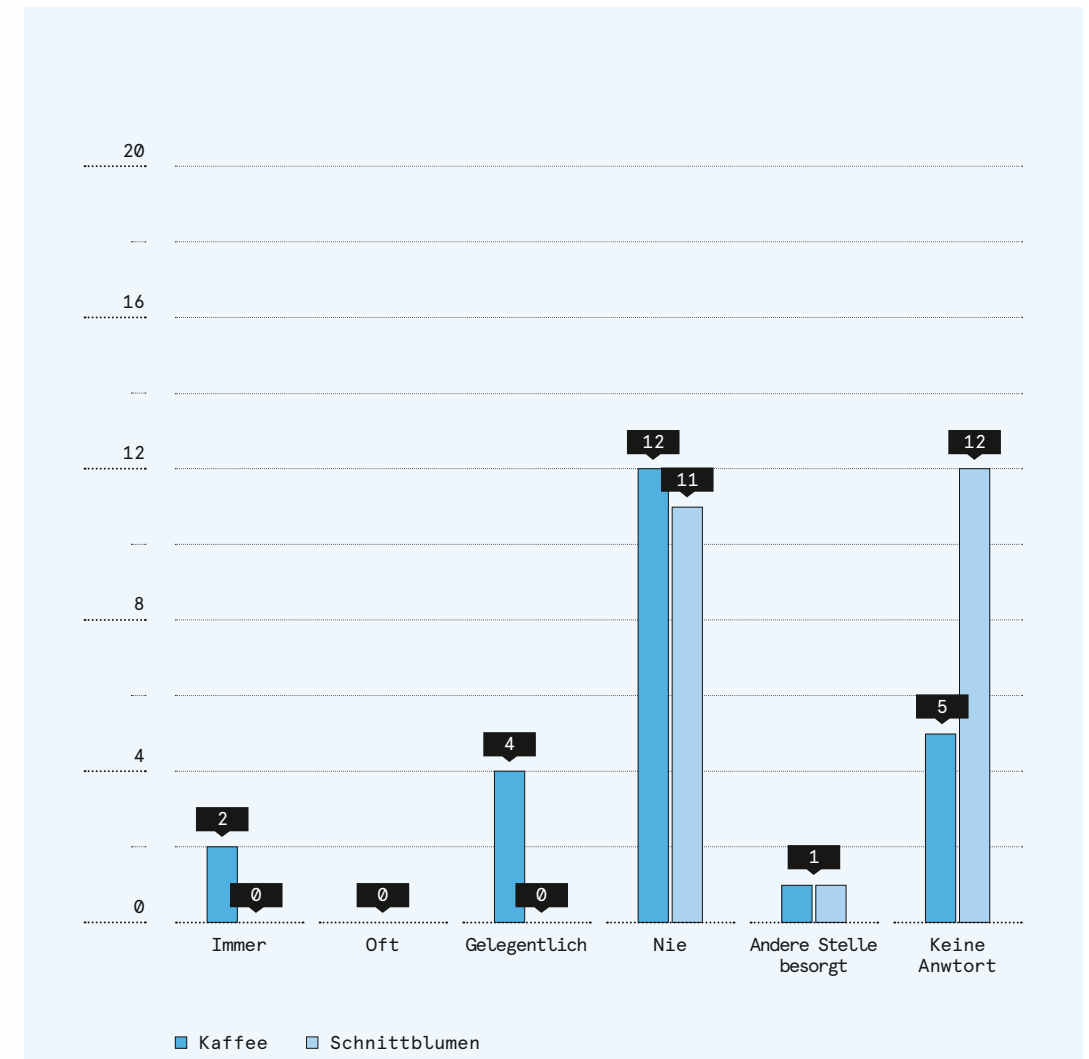
Die volkswirtschaftliche Bedeutung der öffentlichen Beschaffung ist hoch, ebenso der Regulierungsgrad über das Vergaberecht. Der rechtliche Rahmen soll verhindern, dass der Staat seine Nachfragemacht missbraucht und den Wettbewerb verzerrt. Die von europäischer Ebene ausgehenden Änderungen des Vergaberechts stellen die öffentliche Beschaffung in den Dienst der

nachhaltigen Entwicklung. Mittlerweile verfügt mehr als die Hälfte der Kommunen in Deutschland über entsprechende Gemeinderatsbeschlüsse und bezieht ökologische und soziale Gesichtspunkte in ihre Ausschreibungen ein.

Entwicklung in Mannheim

Eine Befragung über die Anteile fair gehandelter, ökologisch hergestellter und regionaler Produkte am Einkauf der Dienststellen innerhalb der Verwaltung im Jahr 2015 ergab unterschiedliche Ergebnisse. 24 von 37 Dienststellen beteiligten sich an der Befragung. Vor allem bei Kaffee wurde auf den Kauf von fair gehandelten Produkten geachtet. Zwei Dienststellen gaben an, ausschließlich solchen Kaffee zu beschaffen, während vier Dienststellen gelegentlich entsprechend einkaufeten. Obgleich es sich bei Kaffee um den fortschrittlichsten Bereich handelt, liegt der Anteil des ökofairen Konsum von Kaffee weit hinter der konventionellen Beschaffung bei der Stadt Mannheim. Beim Kauf von Tee gaben vier Dienststellen an, gelegentlich fair zertifizierte Produkte zu kaufen, während bei Zucker jeweils eine Dienststelle rückmeldete, oft oder gelegentlich Fairtrade-Produkte einzukaufen. Im Mittelfeld liegen Kakao, Schokolade und/oder andere Süßigkeiten sowie sonstige Produkte mit je zwei Dienststellen. Bei Schnittblumen wird derzeit noch am wenigsten auf ökofaire Erzeugung geachtet, auch Fruchtsäfte und Schutz- und Arbeitskleidung schneiden schwach ab. Insgesamt besteht deutliches Verbesserungspotenzial.

Anzahl der Dienststellen mit fair gehandeltem Kaffee und Schnittblumen



Quellen:
 Stadt Mannheim, interne Umfrage zur Beschaffung fair gehandelter Produkte, 2015

C2.2

C Rahmenbedingungen einer nachhaltigen Kommunalentwicklung
 C2 Faire Preise und bewusster Konsum
 C2.2 Hoher Umsatz fair gehandelter Ware

Hoher Umsatz fair gehandelter Ware

Entwicklung des Umsatzes im Weltladen in Mannheim

Entwicklung des Indikators



Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Weltläden verkaufen fair gehandelte Waren aus Handelspartnerschaften, die hauptsächlich aus Ländern des globalen Südens und kleinbäuerlichen Strukturen oder Handelskooperativen stammen. Die Läden bieten auch Informations- und Bildungsformate an. Hohe Umsätze in Weltläden stehen für einen bewussten Konsum der Bevölkerung vor Ort und sind ein Baustein für eine nachhaltige Entwicklung im weltweiten Handelssystem.

Zur Diskussion von Zielen

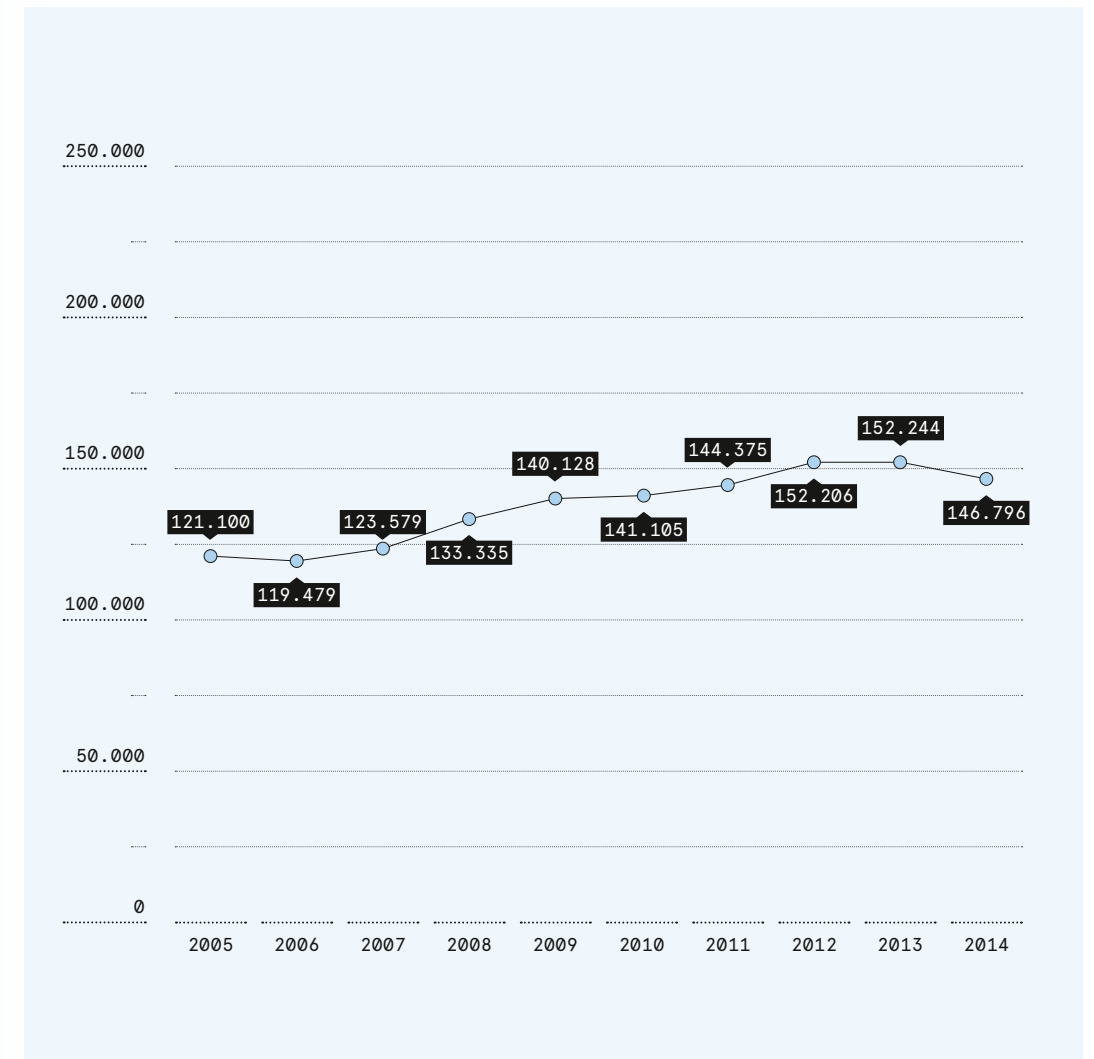
Ziel sollte es sein, dass möglichst alle Produkte aus Ländern, in denen die Arbeitsbedingungen nicht auf einem soliden Niveau sind und kontrolliert werden, aus zertifiziert fairem Handel bezogen werden.

Entwicklung in Mannheim

Der Weltladen Mannheim hatte seit 2005 jährliche Umsatzsteigerungen von bis zu 8,7 %. In zwei Jahren gab es auch Umsatzrückgänge von 1,3 % bzw. 3,6 %. Insgesamt konnte der Umsatz erhöht werden.

Betrachtet man einzelne Produkte – vor dem Hintergrund, dass fair gehandelte Waren inzwischen auch verstärkt in Supermärkten angeboten werden – bestätigt sich der Trend, dass Kaffee und Tee nicht mehr nur im Weltladen gekauft werden. Der Anteil beider Produktgruppen ist um knapp 10.000 Euro bzw. 25 % zurückgegangen. Wurden 2005 noch für 40.000 Euro Kaffee und Tee im Weltladen eingekauft, waren es 2014 noch knapp über 31.000 Euro. Dies geht zu Gunsten anderer Lebensmittel. Hier haben Weltläden – neben dem Handwerk – noch am ehesten ein Alleinstellungsmerkmal. Relativierend wirkt, dass die Auswahl hochpreisiger Lebensmittel, z. B. im Bereich schokoladenhaltiger Süßigkeiten oder Antipasti, gestiegen ist. Umgerechnet auf die Mannheimer Bevölkerung gab jede Einwohnerin bzw. jeder Einwohner 2014 durchschnittlich 0,49 Euro für fair gehandelte Produkte im Weltladen aus. In Esslingen wurden 2014 3,80 Euro pro Einwohnerin und Einwohner und in Aalen 3 Euro im Weltladen ausgegeben.

Umsatz des Weltladens Mannheim in Euro



Quellen:
 Weltladen Mannheim, 2015

C2.2

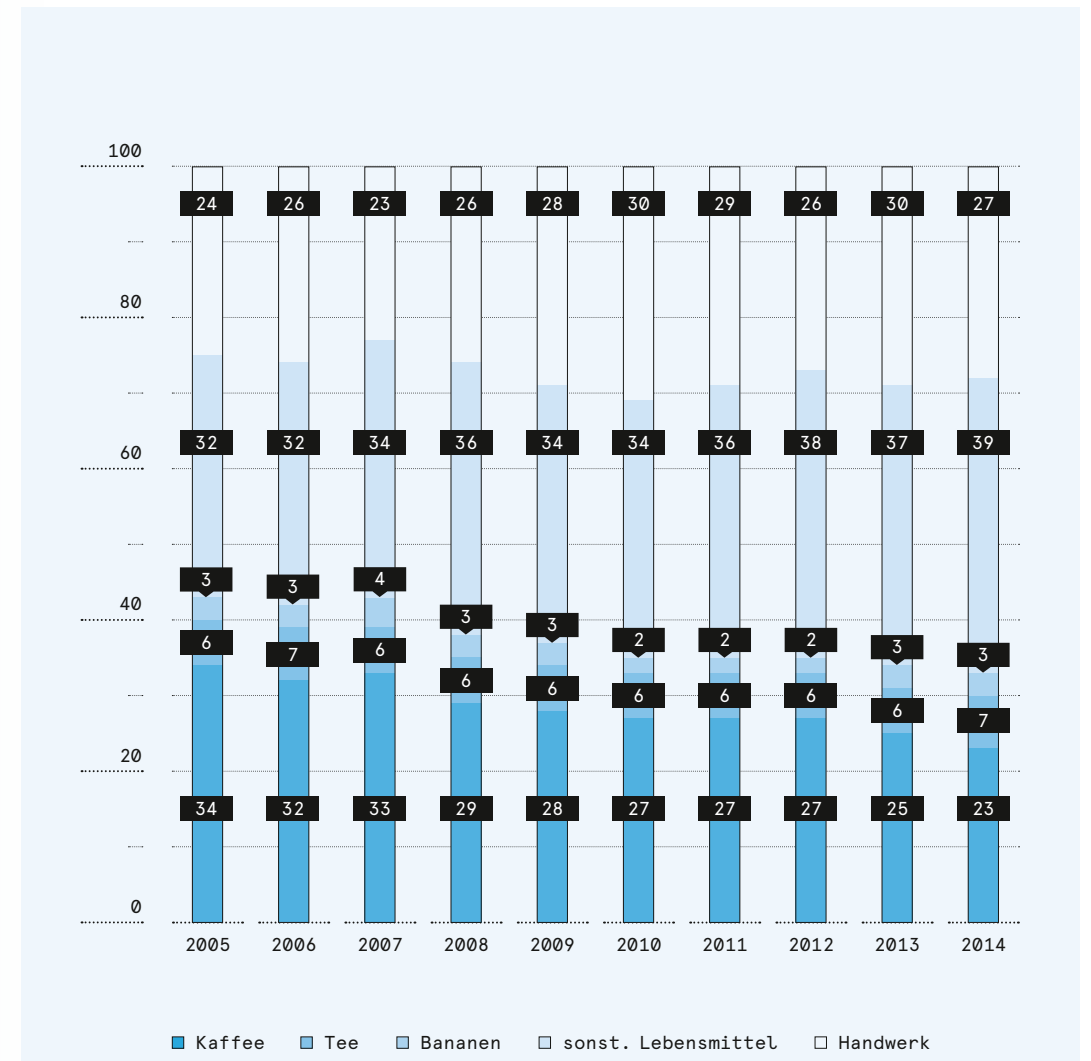
C Rahmenbedingungen einer nachhaltigen Kommunalentwicklung

C2 Faire Preise und bewusster Konsum
C2.2 Hoher Umsatz fair gehandelter Ware



Verteilung der Nachfrage einzelner Produktgruppen des Mannheimer Weltladens in Prozent

Verteilung der Nachfrage einzelner Produktgruppen des Mannheimer Weltladens in Prozent



Quellen:
Weltladen Mannheim, 2015

Intensive lokale Entwicklungszusammenarbeit

Kommunale Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit

Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Hier werden die im kommunalen Haushalt ausgewiesenen Ausgaben für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit erfasst und auf den Gesamthaushalt bezogen. Kommunale Entwicklungszusammenarbeit kann fünf Bereiche umfassen:

- die Förderung der Anliegen von Ländern des „Globalen Südens“ in der eigenen Kommune,
- die Unterstützung von Projekten oder Städtepartnerschaften in einem Entwicklungsland,
- die Unterstützung internationaler Organisationen, entwicklungspolitische Bildungs-, Öffentlichkeits- und Informationsarbeit und
- die Umstellung auf eine faire öffentliche Beschaffung.

Zur Diskussion von Zielen

Auch wenn die Entwicklungspolitik in erster Linie in den Zuständigkeitsbereich des Bundes fällt, sind die kommunale Entwicklungszusammenarbeit und die daraus resultierende Dezentralisierung wichtige entwicklungspolitische Bausteine. Nur bei einem Mindestmaß finanzieller Mittel kann diese internationale Zusammenarbeit, die zudem ehrenamtliche Tätigkeit integrieren kann, erfolgreich sein. In einigen Bundesländern gibt es Förderprogramme, die kommunale Projekte finanzieren. Beispiele sind entwicklungspolitische Bildungsmaßnahmen, Öffentlichkeitsarbeit von Eine-Welt-Gruppen oder Mietzuschüsse für Weltläden. Schulprojekte zu globaler Ungerechtigkeit im Lebensstandard sollten ermöglicht oder ausgebaut werden. Finanzielle Transferleistungen zum Aufbau entwicklungsfördernder Projekte benötigen zudem Planungssicherheit. Einige Kommunen haben sich zu Leistungen in bestimmter Höhe je Einwohnerin und Einwohner (z. B. 0,50 Euro) verpflichtet.

Entwicklung in Mannheim

Aktuell ist eine Analyse dieses Themenfeldes nicht möglich, da es keine Erfassung durch die Stadt Mannheim gibt. Allerdings sind im Kapitel „Nachhaltige Kommunalentwicklung: Wie sieht die praktische Umsetzung in Mannheim aus?“ unter „7. Internationale Beziehungen Mannheims“ Leuchtturmprojekte globaler Entwicklungszusammenarbeit dargestellt.

Quellen:
Stadt Mannheim, Fachbereich Internationales und Protokoll



C4.1

C Rahmenbedingungen einer nachhaltigen Kommunalentwicklung
 C4 Gesundheitsniveau
 C4.1 Gute Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen

Gute Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen

Anteil der übergewichtigen Kinder gemäß Schuleingangsuntersuchung

Entwicklung des Indikators



Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Der Indikator misst das Übergewicht von Kindern bei den Einschulungsuntersuchungen. Unter Übergewicht wird ein Körpergewicht verstanden, das gemessen am Body-Mass-Index über der 90. Perzentile der altersbezogenen Größen-Gewichtsverteilung liegt. Immer mehr Kinder in den Industrieländern sind aufgrund falscher Ernährung und geringer körperlicher Bewegung übergewichtig. In den USA wiegen Kinder im Schnitt 5 Kilogramm mehr als vor 30 Jahren. In Ländern mit geringem und mittlerem Einkommen wie Indien, Mexiko und Südafrika ist ein Teil der unter Fünfjährigen unterernährt, gleichzeitig steigt die Zahl der fettleibigen Kinder auch dort rasch an.

Städte können Kampagnen gegen ungesunde Ernährung und Inaktivität starten. Sie können gesundes Schulfrühstück und Bildungsformate für nachhaltige Entwicklung anbieten.

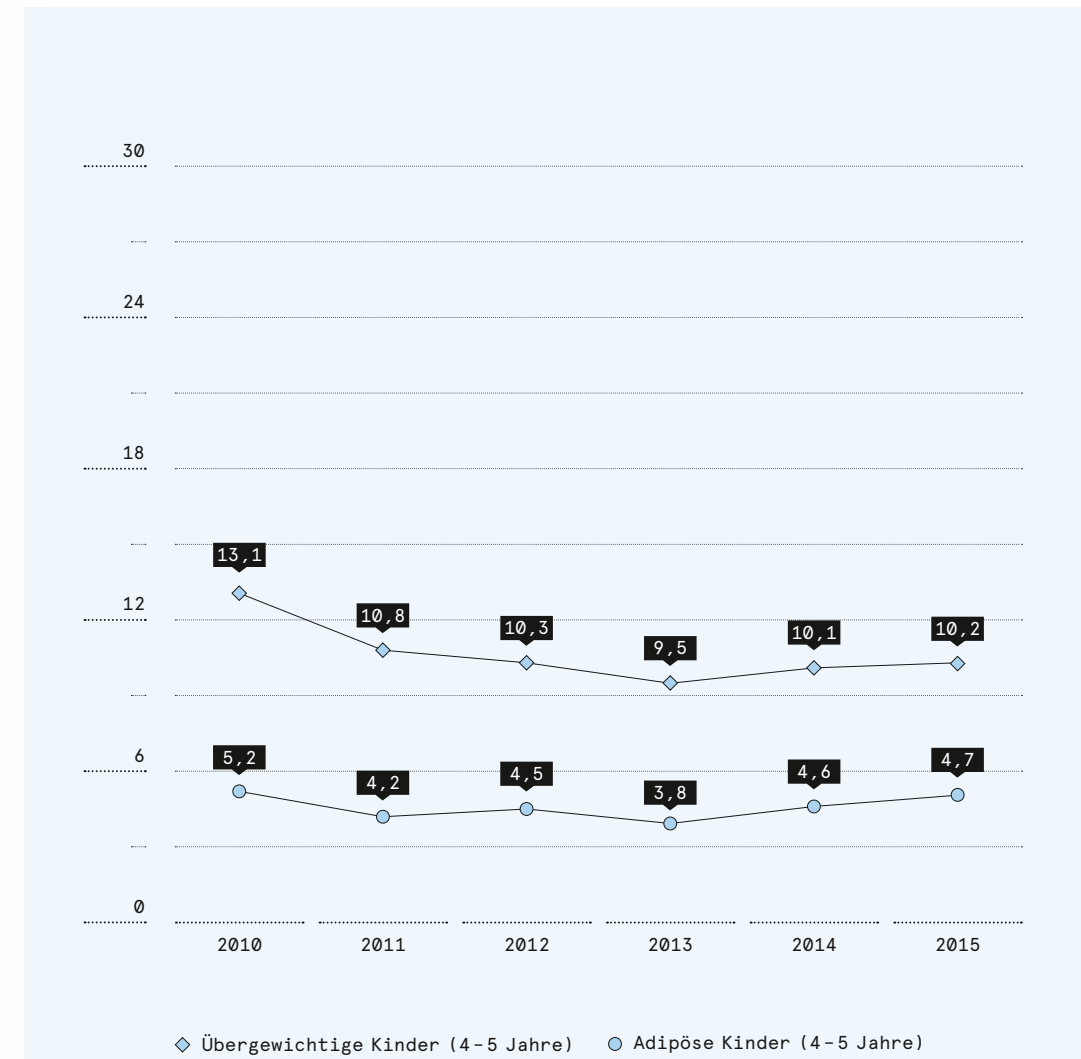
Zur Diskussion von Zielen

1997 hatten 5 % der einzuschulenden Kinder in Baden-Württemberg ein besonders ausgeprägtes Übergewicht, was einer Adipositas entspricht. In Bayern lag der Anteil 1996 bei 4,2 % und hatte sich im Vergleich zu 1990/91 (3,3 %) ebenfalls erhöht. Das Bundesministerium für Verbraucherschutz ging 2002 von einer Verdoppelung innerhalb von 15 Jahren aus.

Entwicklung in Mannheim

Der Anteil der Kinder mit Adipositas ist mit leichten Schwankungen innerhalb des 5 %-Bereiches geblieben und betrug 2014 4,6 %. Zum Anteil der übergewichtigen Kinder sind Daten von 2010 bis 2015 verfügbar. Der Anteil lag 2010 bei 13,0 %. Nach einer deutlichen Senkung auf 9,6 % im Jahr 2013 ist der Wert 2014 auf 10,1 % angestiegen. 2015 liegen die vergleichbaren Werte mit 4,7 % bzw. 10,2 % auf dem gleichen Niveau.

Anteil der übergewichtigen Kinder gemäß Schuleingangsuntersuchung in Prozent



Quellen:
 Stadt Mannheim, Fachbereich Gesundheit, 2016

C4.2

C Rahmenbedingungen einer nachhaltigen Kommunalentwicklung
 C4 Gesundheitsniveau
 C4.2 Hohe Lebenserwartung

Hohe Lebenserwartung

Sterblichkeit vor einem Alter von 65 Jahren

Entwicklung des Indikators



Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Erfasst werden die vor einem Alter von 65 Jahren gestorbenen Frauen und Männer und in Relation zu 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern des gleichen Geschlechts gesetzt. Der Indikator vermittelt einen Eindruck der gesundheitlichen Lage und vom Gesundheitsverhalten der Bevölkerung. Eine hohe Lebenserwartung hängt mit der Qualität der Begleitumstände zusammen. Dazu zählen z. B. Ernährung, medizinische Versorgung, Wohnsituation und Arbeitsbedingungen.

Zur Diskussion von Zielen

Die Sterblichkeit vor einem Alter von 65 Jahren sollte möglichst gering sein. Positiv beeinflusst wird der Indikator durch ein achtsames Gesundheitsverhalten der Bevölkerung und eine gute medizinische Versorgung innerhalb der Stadt. Der Bevölkerung sollten alle relevanten Funktionsstrukturen (gute Wohnsituation, gute Arbeitsbedingungen, Erholungsorte, gute Gesundheitsversorgung) leicht zugänglich zur Verfügung stehen.

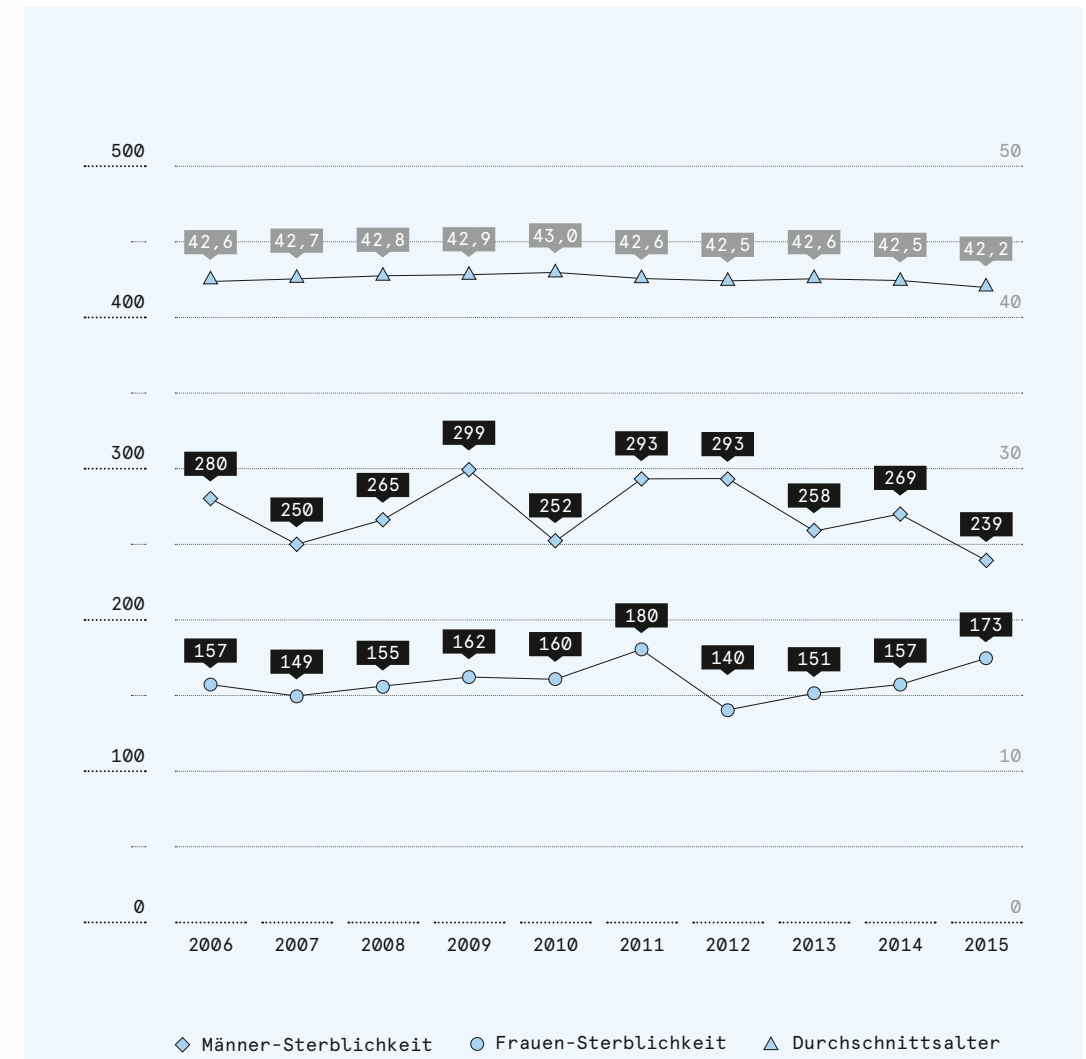
Entwicklung in Mannheim

Die Sterberate der Frauen und Männer hat seit 1990 deutlich abgenommen. In den letzten Jahren ist der Effekt jedoch nicht mehr erkennbar. Bei Frauen stagniert der Wert seit 2006 bei etwa 150 Personen pro 100.000 Mannheimerinnen, die vor einem Alter von 65 Jahren sterben. Unter den Männern schwankt die Anzahl im selben Jahreszeitraum zwischen 250 und 300 vorzeitig Sterbenden.

Wie in der bundesweiten Statistik ist auch in Mannheim die Sterberate der Frauen unter 65 Jahren deutlich geringer als die der Männer. Die Sterberaten von Männern und Frauen unter 65 Jahren nähern sich auf lange Sicht sowohl in Mannheim als auch in Gesamtdeutschland an. Die Gründe liegen in der Angleichung der Lebensführung wie auch in der beruflichen Auslastung und in einem steigenden Gesundheitsbewusstsein bei Männern. Sowohl Mannheimer Männer (269) als auch Frauen (157) hatten 2014 im Vergleich mit Heidelberg (Männer 156, Frauen 98) und Karlsruhe (Männer 205, Frauen 141) eine höhere Sterblichkeit unter 65 Jahren.

Sterblichkeit vor einem Alter von 65 Jahren pro 100.000 Einwohner/-innen differenziert nach Männern und Frauen

Sterblichkeit vor einem Alter von 65 Jahren pro 100.000 Einwohner/-innen differenziert nach Männern und Frauen und Durchschnittsalter in Jahren



Quellen:
 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Bevölkerung und Gebiet > Geburten und Sterbefälle > Gestorbene nach Altersgruppen und Geschlecht (insgesamt und männlich)

C4.3

C Rahmenbedingungen einer nachhaltigen Kommunalentwicklung
 C4 Gesundheitsniveau
 C4.3 Breite Abdeckung von Gesundheitsfragen durch ehrenamtliche Organisationen

Breite Abdeckung von Gesundheitsfragen durch ehrenamtliche Organisationen

Zahl der Selbsthilfegruppen

Entwicklung des Indikators



Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Die Zahl der Selbsthilfegruppen wird auf die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner bezogen. Der Indikator kann als Beleg für ehrenamtliches Engagement und Partizipation herangezogen werden.

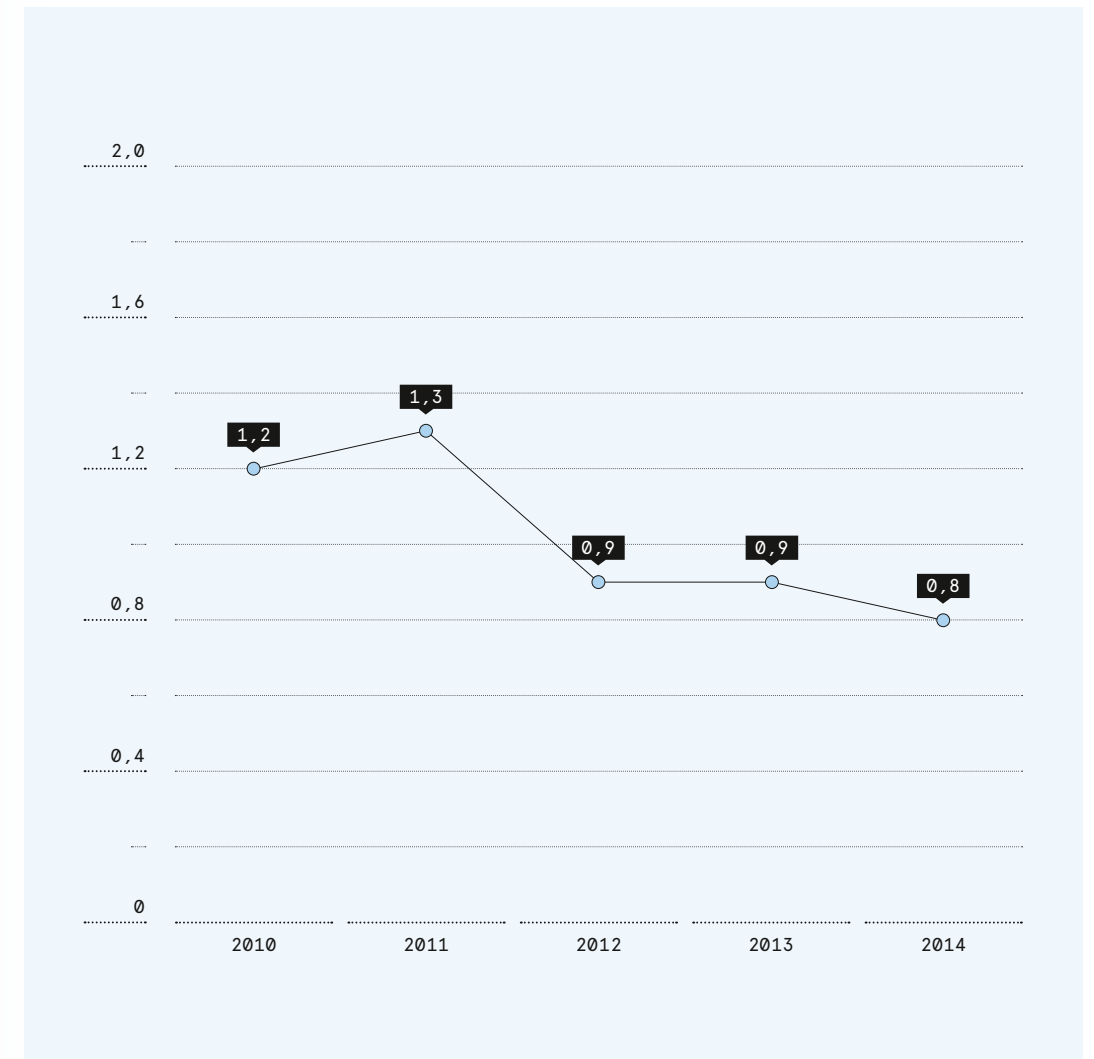
Zur Diskussion von Zielen

Mit über 100.000 Selbsthilfegruppen weist Deutschland ein differenziertes Netz an Organisationen zur Selbsthilfe auf. Man unterscheidet zwischen vertikalen und horizontalen Organisationsformen. Die vertikalen sind meist größere (Dach-)Organisationen und Verbände, die horizontalen sind kleinere Selbsthilfegruppen und -initiativen sowie Selbsthilfeunterstützungseinrichtungen und Netzwerke. Beide Formen sind nicht immer voneinander abzugrenzen, sie ergänzen sich und können ineinander übergehen. Besonders verbreitet sind die gesundheitsbezogene Selbsthilfe und die Selbsthilfe für Menschen in belastenden psychischen und sozialen Situationen. Die Selbsthilfe reicht von psychosozialen Austausch in der Gruppe bis zu Beratungs- und Informationsangeboten. Im Jahr 2000 wurde die Förderung für Selbsthilfegruppen im § 20 Abs. 4 SGB V durch die gesetzlichen Krankenkassen verpflichtend geregelt. Deren Aufgaben bestehen darin, gemeinsame Selbsthilfefördergrundsätze mit den Organisationen im Sinne der Wahrnehmung und Interessen der Selbsthilfe zu erarbeiten.

Entwicklung in Mannheim

In Deutschland engagieren sich etwa 3,5 Millionen Menschen in mehr als 100.000 Selbsthilfegruppen. Dies kann die professionelle Gesundheitsversorgung ergänzen und wirkt sich durch den Zusammenhalt der Gruppe meist positiv auf die Lebensqualität von Betroffenen mit psychosozialen Herausforderungen und chronischen oder unheilbaren Krankheiten aus. In Mannheim gab es 2014 knapp eine Selbsthilfegruppe pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Der Wert ist seit 2011 gesunken. Dies kann pauschal weder mit einem Absinken der Bereitschaft, sich durch Gruppenarbeit zu unterstützen und unterstützen zu lassen, noch mit einer gesunkenen pathologischen beziehungsweise sozialen Notwendigkeit erklärt werden. Eine Interpretation bedürfte einer Analyse bestehender, entstehender und eingestellter Gruppen, die aber in diesem Bericht nicht leistbar ist.

Selbsthilfegruppen je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner



Quellen:
 Stadt Mannheim, Fachbereich Gesundheit, 2016

C5.1

C Rahmenbedingungen einer nachhaltigen Kommunalentwicklung
 C5 Globales Lernen
 C5.1 Hohe Beteiligung bei interkulturellen Veranstaltungen

Hohe Beteiligung bei interkulturellen Veranstaltungen

Anzahl der Besucherinnen und Besucher interkultureller Veranstaltungen („Afrikafest“, „Festival Latino“, „Internationales Suppenfest“, „Faire Woche“)

Entwicklung des Indikators



Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Der Indikator misst die Anzahl der Besucherinnen und Besucher von Veranstaltungen zum globalen Lernen in Mannheim. Betrachtet werden die jährlichen „Afrikatage“, das „Festival Latino“, das „Internationale Suppenfest“ und die „Faire Woche“.¹²

Zur Diskussion von Zielen

Veranstaltungen mit globalen Themen fördern den interkulturellen Dialog und zeigen die Auswirkungen unseres Verhaltens auf andere Regionen der Welt. Globales Lernen ist eine Voraussetzung für nachhaltiges Handeln, da es globale Zusammenhänge erklärt. Das Eine-Welt-Forum Mannheim e.V. ist das lokale Netzwerk engagierter Eine-Welt-Vereine und -Initiativen und koordiniert die betrachteten Veranstaltungen.

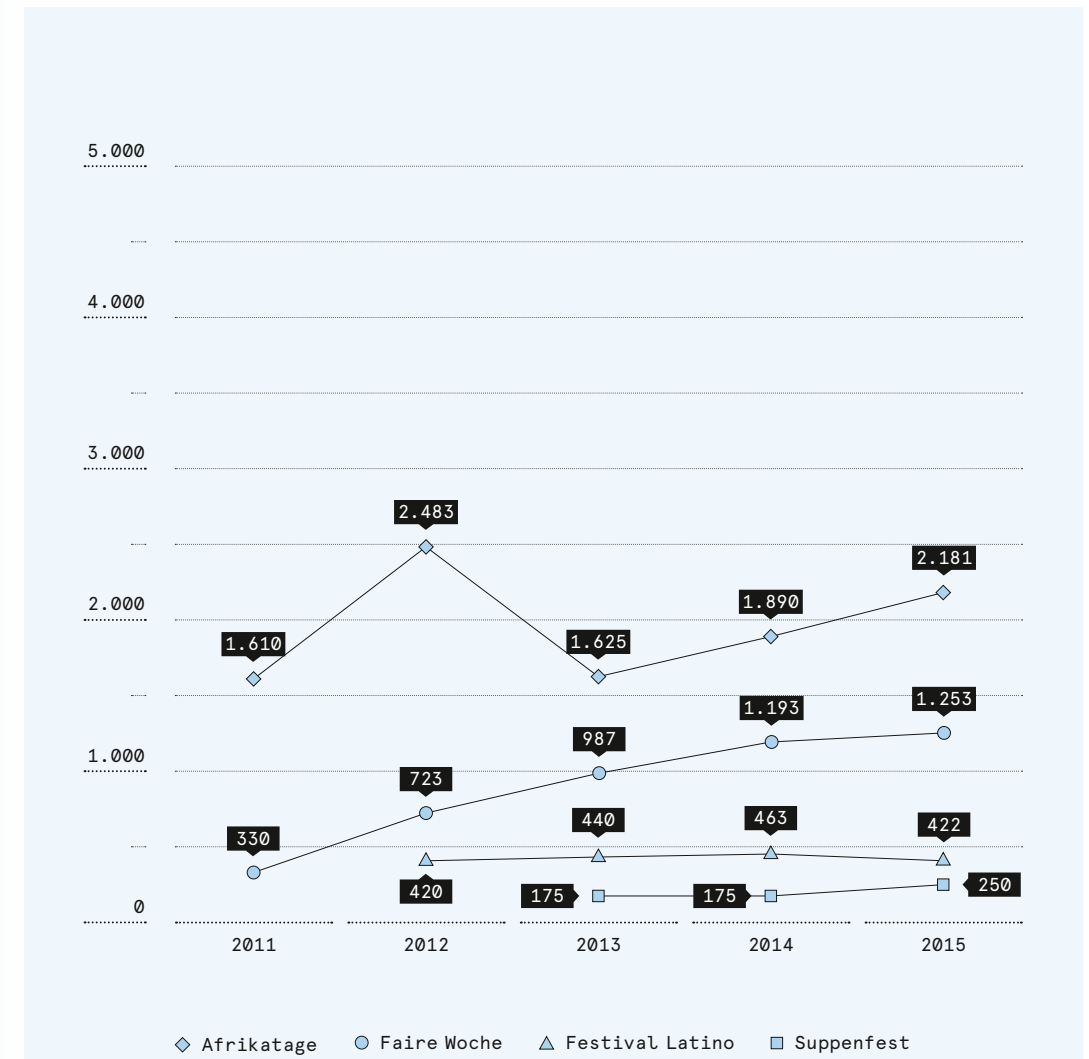
Entwicklung in Mannheim

Unter den betrachteten Veranstaltungen sind die vier Wochen dauernden „Afrikatage“ der publikumsstärkste Event. 2011 kamen etwa 1.600 Personen, 2015 etwa 2.100 Personen. Das ebenfalls vierwöchige „Festival Latino“ und das eintägige „Internationale Suppenfest“ konnten jeweils mehrere hundert Gäste anziehen. Die vierzehntägige „Faire Woche“ konnte einen starken Zuwachs an Besucherinnen und Besuchern verzeichnen. Während 2011 und 2012 noch 330 bzw. 730 Personen angesprochen wurden, kamen 2014 und 2015 über 1.000 Interessierte. 2015 wurde die Veranstaltung durch eine Veranstaltungsreihe im Luisenpark erweitert.

Da es sich teilweise um Veranstaltungen handelt, die ausschließlich in Mannheim beziehungsweise in Kooperation mit Heidelberg stattfinden, erfolgt keine Bewertung. Das weitere Angebot und die kommunale Unterstützung sind positiv für eine nachhaltige Stadtentwicklung.

12) Besuchszahlen des Suppenfestes sind geschätzte Mittelwerte.

Anzahl der Besucher und Besucherinnen interkultureller Veranstaltungen



Quellen:
 Eine-Welt-Forum Mannheim, 2015¹²

C5.2

C Rahmenbedingungen einer nachhaltigen Kommunalentwicklung
 C5 Globales Lernen
 C5.2 Hohe Beteiligung beim Agenda-Diplom

Hohe Beteiligung beim Agenda-Diplom

Anzahl der Kooperationspartnerschaften für das Agenda-Diplom

Entwicklung des Indikators



Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Der Indikator misst die Anzahl der Kooperationspartnerschaften beim jährlichen Agenda-Diplom. Das Agenda-Diplom ist ein kostenloses mehrwöchiges Veranstaltungsprogramm, bei dem Kinder von 8 bis 12 Jahren sich mit dem Thema Nachhaltigkeit beschäftigen. Dabei können sie einen Bauernhof besuchen, eine „Guerilla-Gardening-Limonade“ herstellen, die Funktionsweise von Banken erfahren, die Synagoge besuchen oder zum „Schokoladen-Detektiv“ ausgebildet werden. Dabei sammeln die Kinder für jede besuchte Veranstaltung einen Stempel für ihr Agenda-Diplom.

Zur Diskussion von Zielen

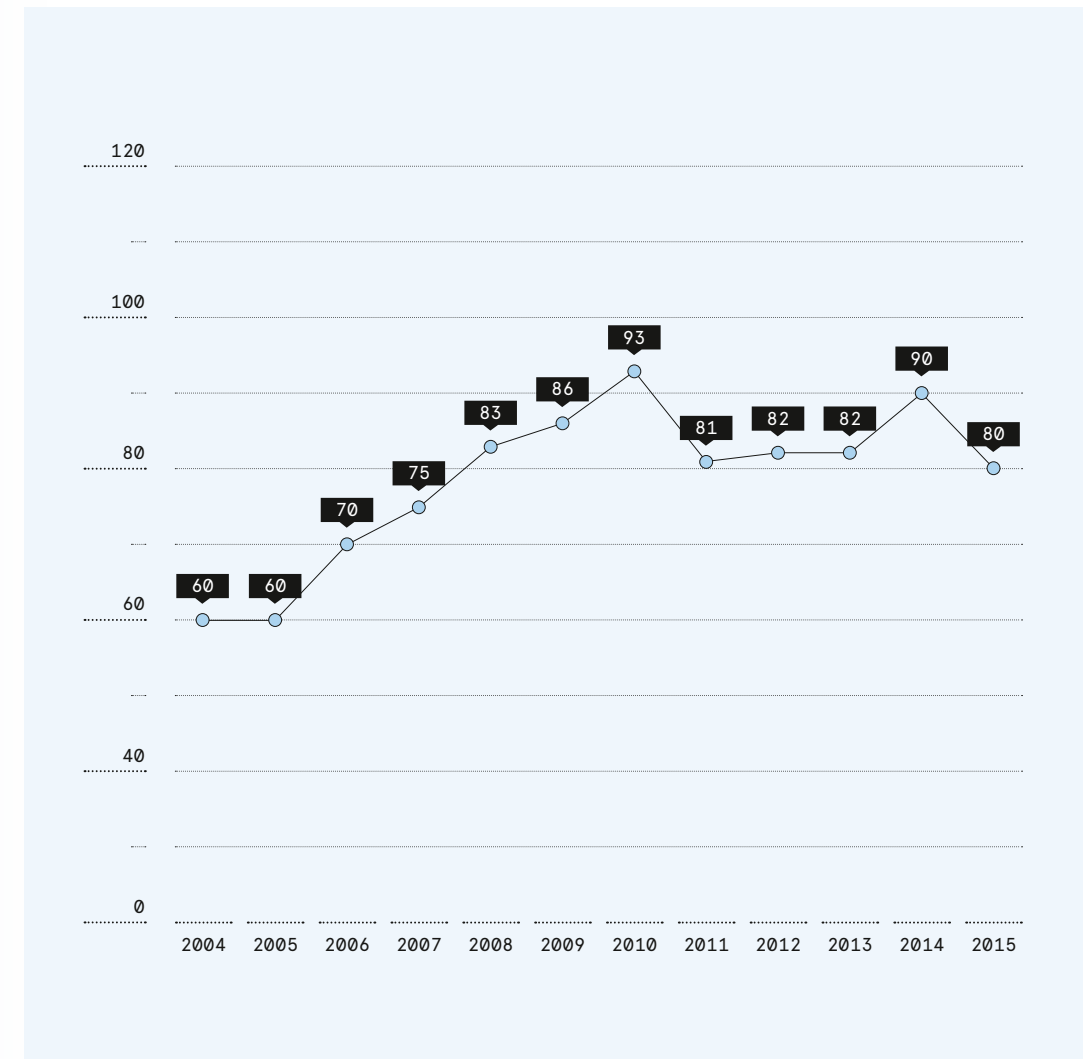
Die Veranstalterinnen und Veranstalter bieten die Formate mit ihren eigenen Ressourcen an und bereichern damit über ihr Alltagsgeschäft hinaus mit speziell für das Agenda-Diplom entwickelten Konzepten das Sommerprogramm für die Kinder aus Mannheim und der Region. Die hohe Zahl an Kooperationspartnerschaften generiert ein vielfältiges Angebot zum globalen Lernen.

Entwicklung in Mannheim

Die Kooperationspartnerschaften sind seit Einführung des Agenda-Diploms 2004 von 60 auf 80 im Jahr 2015 gestiegen. 2010 und 2014 gab es mit 93 beziehungsweise 90 Kooperationen Höhepunkte. Die Kooperationspartnerschaften sind nie unter die Anzahl des Einführungsjahres gesunken. Dies spricht für ein hohes Interesse und eine erfolgreiche Durchführung.

Es erfolgt keine Bewertung, da das Agenda-Diplom nicht in Vergleichsstädten durchgeführt wird und ein Zielwert schwer zu bestimmen ist. Es ist positiv zu bewerten, dass ein solches qualitativ hochwertiges Angebot für Kinder in Mannheim stattfindet.

Anzahl Kooperationspartnerschaften Agenda-Diplom



Quellen:
 Stadt Mannheim, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

C6.1

Gute Bildung von Migrantinnen und Migranten

Bildungsabschlüsse ausländischer im Vergleich zu deutschen Jugendlichen

Entwicklung des Indikators



Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Der Indikator zeigt die Bildungsabschlüsse von Jugendlichen an, differenziert nach Jugendlichen mit oder ohne Migrationshintergrund (MH). Dies wird in der Statistik anhand von Alterskohorten betrachtet. Die Prozentangaben je Abschluss sind also innerhalb der jeweiligen Altersgruppe zu verstehen.

Zur Diskussion von Zielen

Der Hauptschulabschluss zählt zu den gesellschaftlichen Mindestzielen. Schülerinnen und Schüler, die keinen Hauptschulabschluss haben, können beruflich ins Abseits geraten. Ziel sollte es sein, die Zahl von Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss auf nahe null zu reduzieren. Außerdem sollte es Ziel einer inklusiven Gesellschaft sein, dass sich die Bildungsabschlüsse von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund nicht von denen der deutschen Schülerinnen und Schüler unterscheiden.

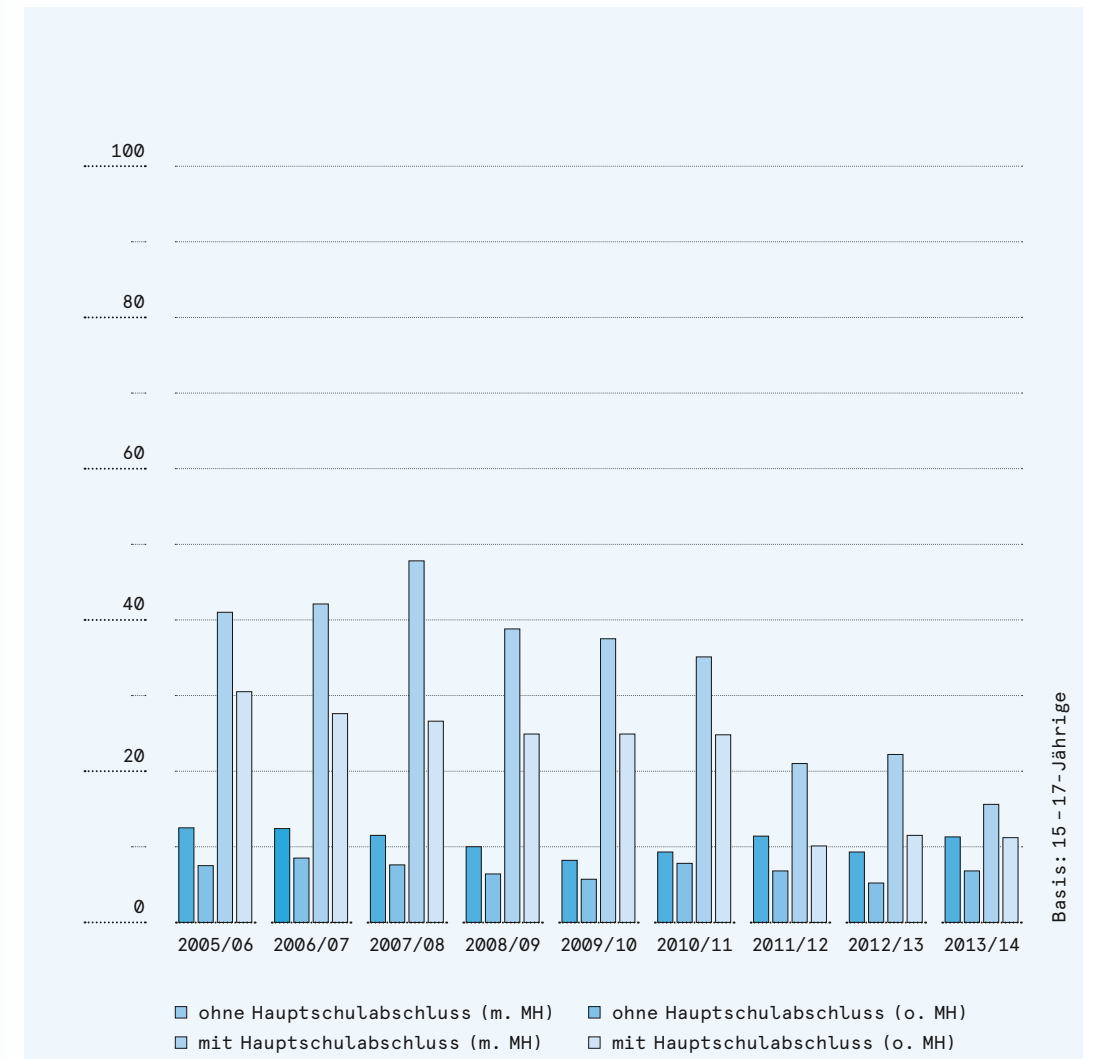
Entwicklung in Mannheim

In Mannheim haben 46 % der Kinder und Jugendlichen einen Migrationshintergrund. In der Grafik wird deutlich, dass bei Jugendlichen, die ohne Abschluss die Schule verlassen, und bei Jugendlichen mit Hauptschulabschluss die Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund einen höheren Anteil haben als die Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshintergrund. Umgekehrt sieht es bei den mittleren Abschlüssen und bei der Erlangung der Hochschulreife aus. So ist beim Abitur der Prozentsatz der Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshintergrund höher als bei Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund.

Im Schuljahr 2005/06 lag der Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger **ohne Hauptschulabschluss** mit Migrationshintergrund bei 12,6 %, der Anteil in der Gruppe ohne Migrationshintergrund bei 7,6 %. Bis zum Schuljahr 2010/11 lag die Differenz bei noch 1,5 %. Ab 2011/12 nahm sie wieder zu, so dass der Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss mit Migrationshintergrund 2013/14 bei 11,4 % und der Anteil der Gruppe ohne Migrationshintergrund bei 6,9 % lagen.

Bei den Anteilen der Schulabgängerinnen und Schulabgänger **mit Hauptschulabschluss** verhält es sich ähnlich. 2005/06 betrug der Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit Hauptschulabschluss und Migrationshintergrund rund 41 %, der Anteil der Gruppe ohne Migrationshintergrund 30,6 %. Die höchste Differenz zwischen den beiden Gruppen ist 2007/08 zu verzeichnen. Der Anteil der Gruppe mit Migrationshintergrund lag bei rund 48 %, der der Gruppe ohne Migrationshintergrund bei etwa 27 %. Bis 2013/14 glichen sich die Anteile an, als die Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit Migrationshintergrund 16 %, diejenigen ohne Migrationshintergrund rund 11 % ausmachten. Allgemein nehmen die Anteile der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne und mit Hauptschulabschluss ab.

Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit Hauptschulabschluss und ohne Schulabschluss



Quellen:
Stadt Mannheim, Entwicklungsplan Bildung und Integration 2014
Kommunale Bildungsdatenbank, www.bildungsmonitoring.de
Stadt Mannheim, Fachbereich Bildung, Schulstatistik 2015/16

C6.1

Die Gruppe der Schulabgängerinnen und Schulabgänger **mit mittlerem Abschluss** und Migrationshintergrund stellte 2005/06 29 %, die ohne Migrationshintergrund 44 % der Schulabgängerinnen und Schulabgänger dar. 2011/12 waren die Anteile ausgeglichener, die Differenz zwischen der Gruppe mit und der Gruppe ohne Migrationshintergrund betrug 3 %. Diese Differenz nahm in den letzten Jahren wieder zu. Die Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit mittlerem Abschluss und Migrationshintergrund machten 2013/14 etwa 51 %, die ohne Migrationshintergrund 45 % aus. Bei den Schulabgängerinnen und Schulabgängern mit höherem Schulabschluss war die Gruppe der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund deutlich unterrepräsentiert. Am deutlichsten war dies 2011/12 zu sehen, als die Anteile der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Migrationshintergrund rund 58 %, die der Gruppe mit Migrationshintergrund 13 % ausmachten. Im letzten Erhebungsjahr verringerte sich die Differenz der Gruppen geringfügig auf 25 %.

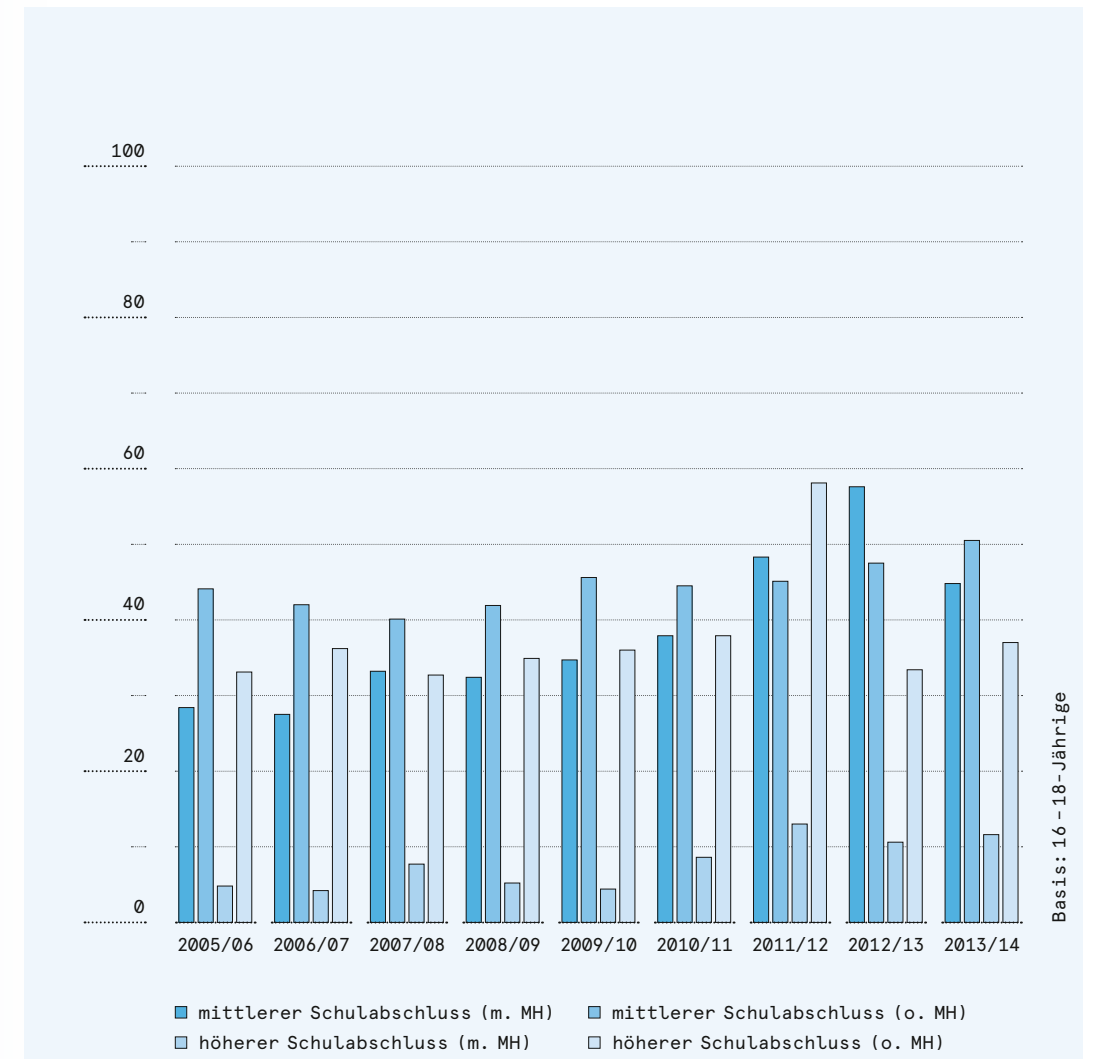
Insgesamt haben Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund durchschnittlich einen niedrigeren Bildungsabschluss als deutsche Schülerinnen und Schüler. Vor dem Hintergrund, dass 46 % der Kinder und Jugendlichen Migrationshintergrund haben, ist es umso wichtiger, dass diese Unterschiede verringert werden.

Laut Schulstatistik 2015/16 der Stadt Mannheim gab es im Schuljahr 2014/15 in Mannheim insgesamt 2.904 Schulabgängerinnen und -abgänger der allgemeinbildenden Schulen und Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren. Darunter waren 1.389 mit einem mittleren Abschluss einschließlich J 1 (davon 63,4 % mit Migrationshintergrund) und 1.078 Schulabgängerinnen und -abgänger mit einem höheren Abschluss (davon 14,3 % mit Migrationshintergrund).¹³

Anmerkung: im laufenden Schuljahr 2015/16 wurden natürlich die Abgänge vom vorherigen Schuljahr abgebildet. Die neue Statistik 2016/17 wird die Abgänge 2015/16 abbilden.

13) Die für den hier beschriebenen Indikator „Bildungsabschlüsse ausländischer im Vergleich zu deutschen Jugendlichen“ verwendeten Daten waren zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts auf Basis der genannten Quellen der Kommunalen Bildungsdatenbank und des Entwicklungsplans Bildung und Integration der Stadt Mannheim verfügbar bis zum Schuljahr 2013/14 (siehe Grafiken). Die Schulstatistik 2015/16 der Stadt Mannheim liefert absolute Zahlen für das Schuljahr 2014/15, die aber aufgrund der somit verschiedenen Bezugsquellen nicht in diesen Indikator und die entsprechenden Grafiken eingespeist wurden.

Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit mittlerem oder höherem Schulabschluss



Quellen:
Stadt Mannheim, Entwicklungsplan Bildung und Integration 2014
Kommunale Bildungsdatenbank, www.bildungsmonitoring.de
Stadt Mannheim, Fachbereich Bildung, Schulstatistik 2015/16

C6.1

Gute Bildung von Migrantinnen und Migranten

Schulübergangsquoten nach der vierten Klasse von ausländischen Jugendlichen im Vergleich zu deutschen Jugendlichen

Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Der Indikator zeigt die Grundschulübergangsquoten auf Haupt- beziehungsweise Werkrealschulen und weiterführende Schulen und stellt ausländische Grundschülerinnen und -schüler in Vergleich zu allen Schülerinnen und Schülern.

Zur Diskussion von Zielen

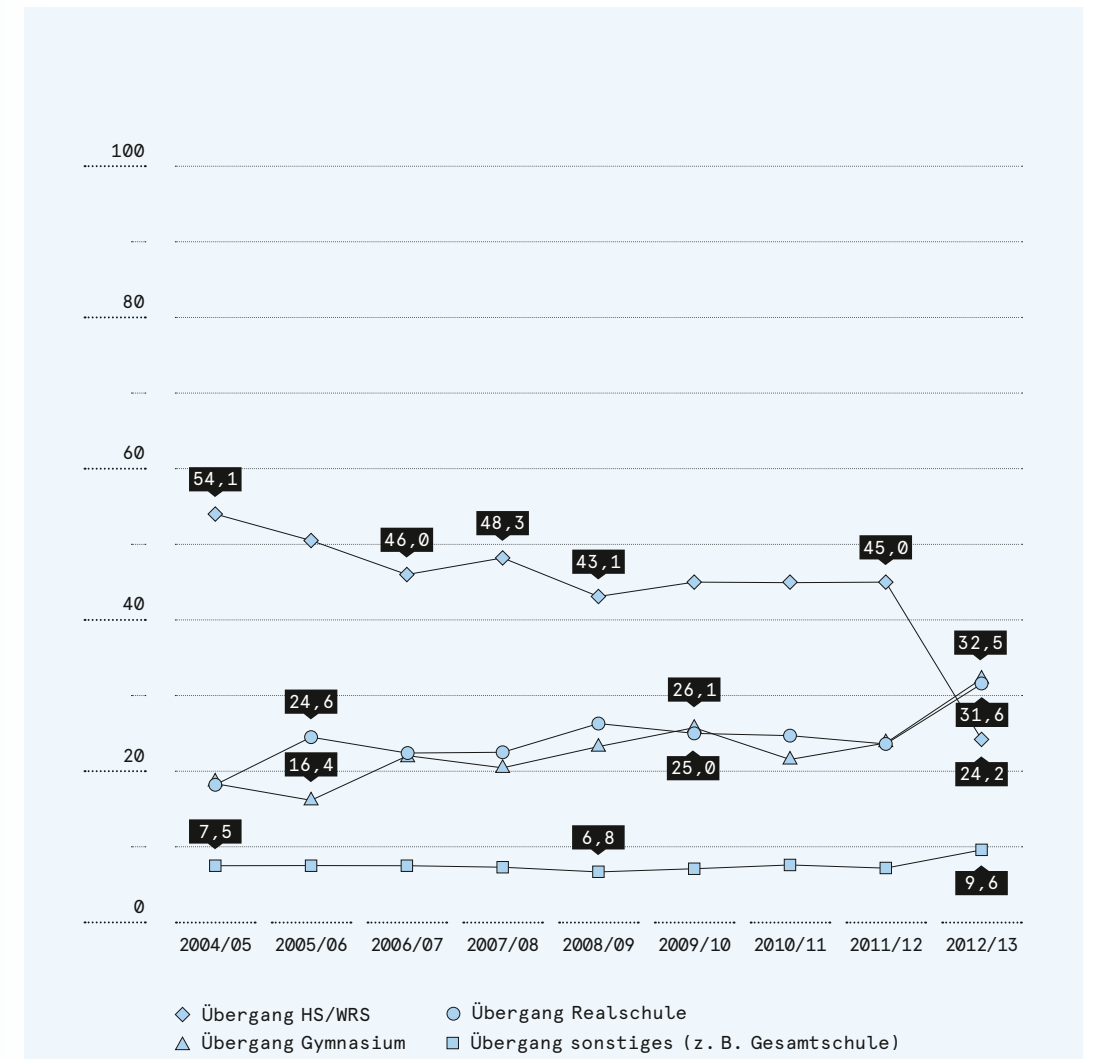
Der Indikator lässt sich teilweise als Prognose des vorhergehenden Indikators betrachten. Wenn Kinder mit ausländischem Pass bereits nach der Grundschule zu höherem Anteil in Schulen mit niedrigerem Bildungsabschluss gehen als Kinder deutscher Eltern, steigt das Risiko für eine bleibende Diskrepanz bis zum Schulabschluss und darüber hinaus. Ein hohes Bildungsniveau und eine gute schulische Ausbildung erhöhen die Chancen auf eine solide berufliche Entwicklung und bieten gute Voraussetzungen für die nachhaltige Integration junger Menschen mit ausländischem Pass.

Entwicklung in Mannheim

Beim Vergleich der Grundschulübergangsquoten von ausländischen Schülerinnen und Schülern mit denen aller Schülerinnen und Schüler wird deutlich, dass weniger ausländische als deutsche Kinder den Übergang zum Gymnasium schaffen. Allerdings hat sich der Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler, die von der Grundschule auf das Gymnasium wechseln, stetig erhöht. Im Schuljahr 2012/13 bildeten die Übergänge zum Gymnasium erstmals den größten Anteil bei den ausländischen Schülerinnen und Schülern. Bei den Deutschen war dies im gesamten Betrachtungszeitraum der Fall. In den Vorjahren ging der größte Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler zu Hauptschulen bzw. Werkrealschulen (HS/WRS) über. Auch der Anteil der Übergänge zur Realschule stieg stetig. Um eine gelungene Integration zu verbessern, muss dieser positive Trend gestärkt werden.¹⁴

14) Die für den hier beschriebenen Indikator „Schulübergangsquoten nach der vierten Klasse von ausländischen Jugendlichen im Vergleich zu deutschen Jugendlichen“ verwendeten Daten waren zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts auf Basis der genannten Quelle des Entwicklungsplans Bildung und Integration der Stadt Mannheim verfügbar bis zum Schuljahr 2013/14 (siehe Grafiken). Die Schulstatistik 2015/16 der Stadt Mannheim liefert absolute Zahlen für das Schuljahr 2015/16, die aber aufgrund der somit verschiedenen Bezugsquellen nicht in diesen Indikator und die entsprechenden Grafiken eingespeist wurden.

Grundschulübergangsquoten von ausländischen Schülerinnen und Schülern in Prozent

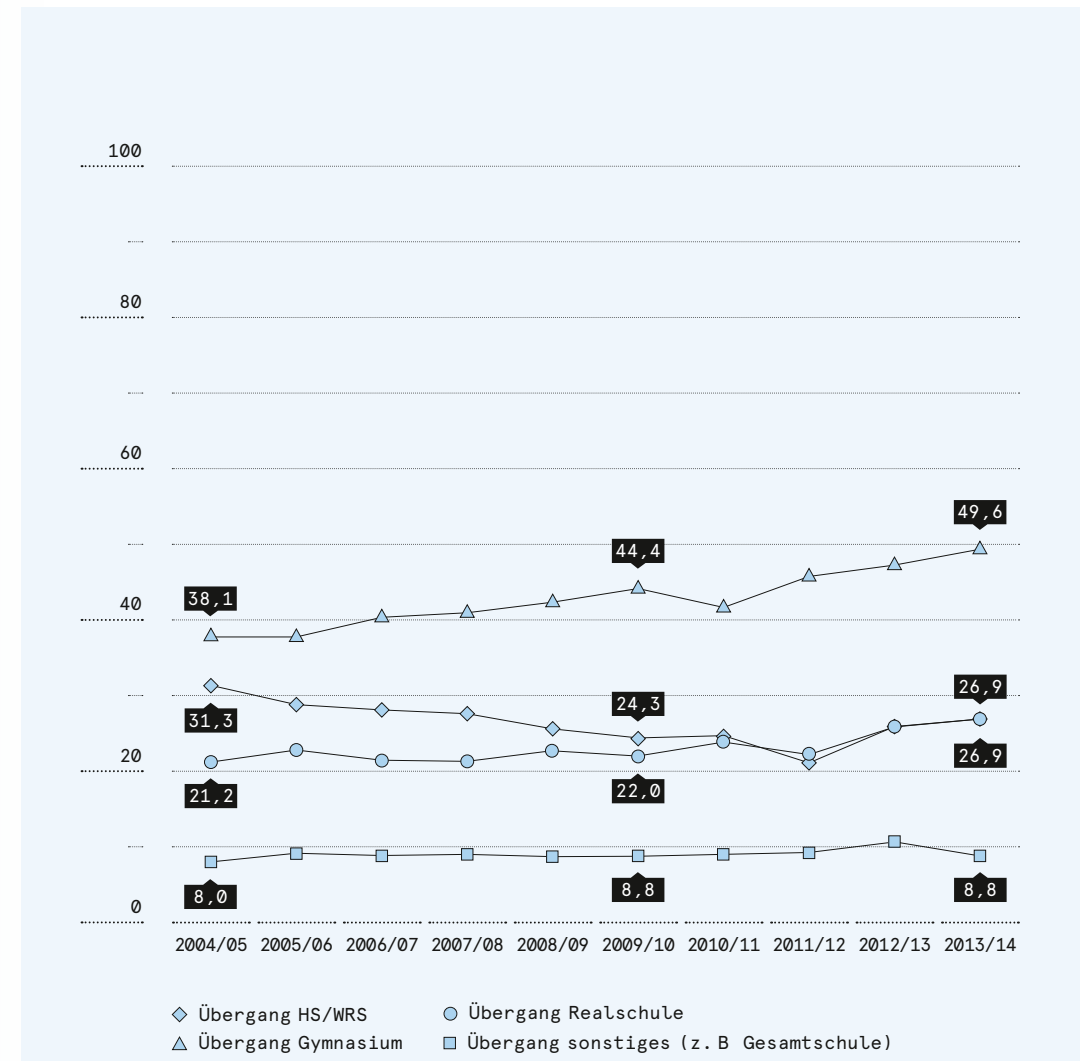


Quellen:
Stadt Mannheim, Fachbereich Bildung, Entwicklungsplan Bildung und Integration
Stadt Mannheim, Fachbereich Bildung, Amtliche Schulstatistik

C6.1



Grundschulübergangsquoten aller Schülerinnen und Schüler in Prozent



Quellen:
Stadt Mannheim, Fachbereich Bildung, Entwicklungsplan Bildung und Integration
Stadt Mannheim, Fachbereich Bildung, Amtliche Schulstatistik

C6.2

C Rahmenbedingungen einer nachhaltigen Kommunalentwicklung
 C6 Teilhabe von Migrantinnen und Migranten
 C6.2 Hohe Akzeptanz von Migrantinnen und Migranten

Hohe Akzeptanz von Migrantinnen und Migranten Toleranzindikator

Entwicklung des Indikators



Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Für den Indikator werden der Wähleranteil rechtsextremer Parteien bei Bundestagswahlen, der Ausländeranteil an der Bevölkerung sowie der Anteil künstlerisch tätiger Personen an allen Erwerbstätigen erhoben. Zur Indexbildung wird der nationale Durchschnittswert für jeden Teilindikator auf 100 Indexpunkte festgelegt. Die Indexwerte der jeweiligen Kommune geben die prozentuale Abweichung vom Bundeswert an. Liegt der Wert eines Indikators in einer Kommune zehn Prozent über dem Bundeswert, entspricht dies einem Indexwert von 110 Punkten. Abschließend werden die drei einzelnen Indexwerte aufsummiert und durch drei geteilt.

Zur Diskussion von Zielen

Ein hoher Ausländeranteil spricht für die Attraktivität und internationale Zugkraft einer Stadt. Ziel sollte es insbesondere bei einem hohen solchen Anteil sein, dass der Wähleranteil rechtsextremer Parteien nicht überdurchschnittlich groß ist, da dies einen Toleranzabfall innerhalb der Stadtgesellschaft darstellt.

Entwicklung in Mannheim

Sowohl in Deutschland als auch in Mannheim betrug der Wähleranteil rechter Parteien bei der Bundestagswahl 2013 1,7 %: Die NPD kam auf 1,2 %, die Republikaner auf 0,4 % und Pro-Deutschland auf 0,1 %. Damit erhält Mannheim hier 100 Indexpunkte.

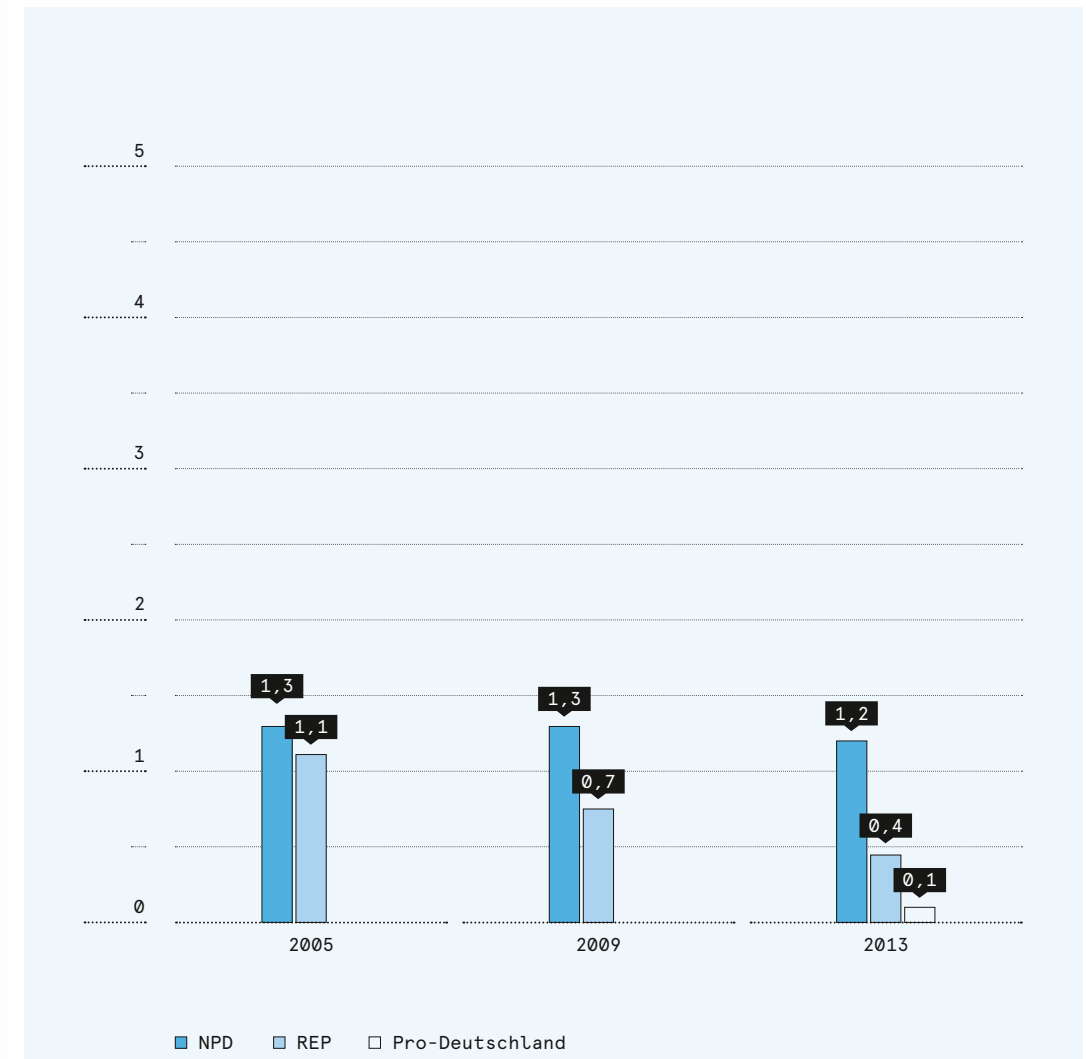
Der Ausländeranteil ist verglichen mit dem bundesweiten Durchschnitt 2014 (10 %) etwa doppelt so hoch. Mannheim erhält in diesem Bereich somit 203 Indexpunkte und liegt vor den Metropolen Berlin und Hamburg.

In Deutschland waren im Jahr 2014 2,7 % der Sozialversicherungspflichtigen in der Kulturwirtschaft beschäftigt. Mannheim schneidet mit 3,6 % besser ab und erhält 134 Indexpunkte. Verglichen mit anderen Metropolen, bei denen der Anteil der Beschäftigten in der Kulturwirtschaft an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten über 5 % liegt, fällt Mannheim hingegen ab. Karlsruhe liegt mit 5,2 % vor Mannheim.

Ein besonderes Anliegen der Stadt Mannheim ist die Wahrung der kulturellen Diversität der Bevölkerung, was sich auch durch die Definition des strategischen Ziels „Toleranz leben – Mannheim ist Vorbild für das Zusammenleben in Metropolen“ verdeutlicht. Die nachhaltige Gestaltung des sozialen, ökonomischen, kulturellen und religiösen Zusammenlebens ist von zentraler Bedeutung, da Mannheim durch Menschen aus mehr als 170 Herkunftsländern historisch und bis heute geprägt ist.

Mannheim schneidet mit etwa 146 Indexpunkten im Vergleich zu Deutschland sehr gut ab, was vor allem auf den hohen Ausländeranteil zurückzuführen ist. Karlsruhe und Stuttgart übertreffen Mannheim mit 183 beziehungsweise mit 237 Punkten.

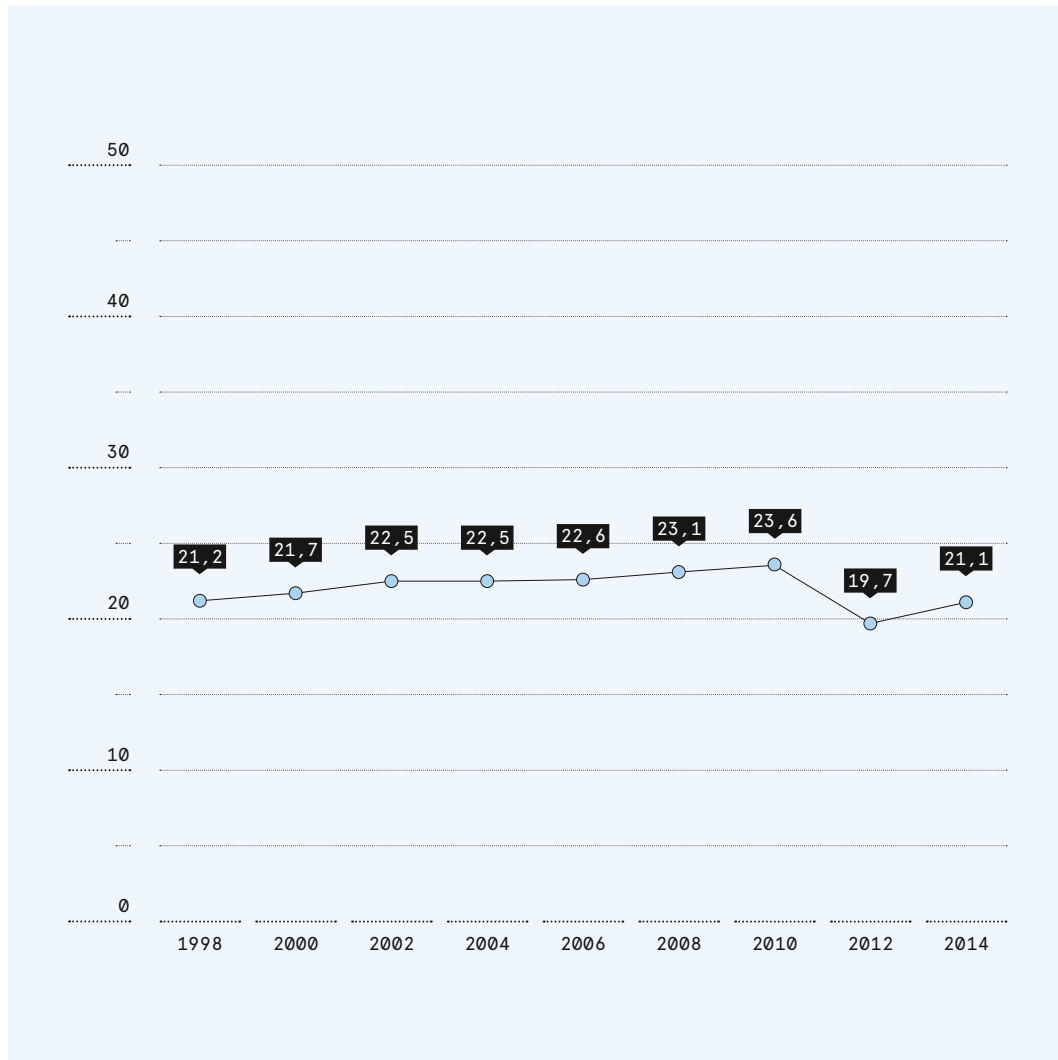
Wähleranteil rechter Parteien bei den Bundestagswahlen (Zweitstimme) in Prozent



Quellen:
<https://www.mannheim.de/node/5377/>

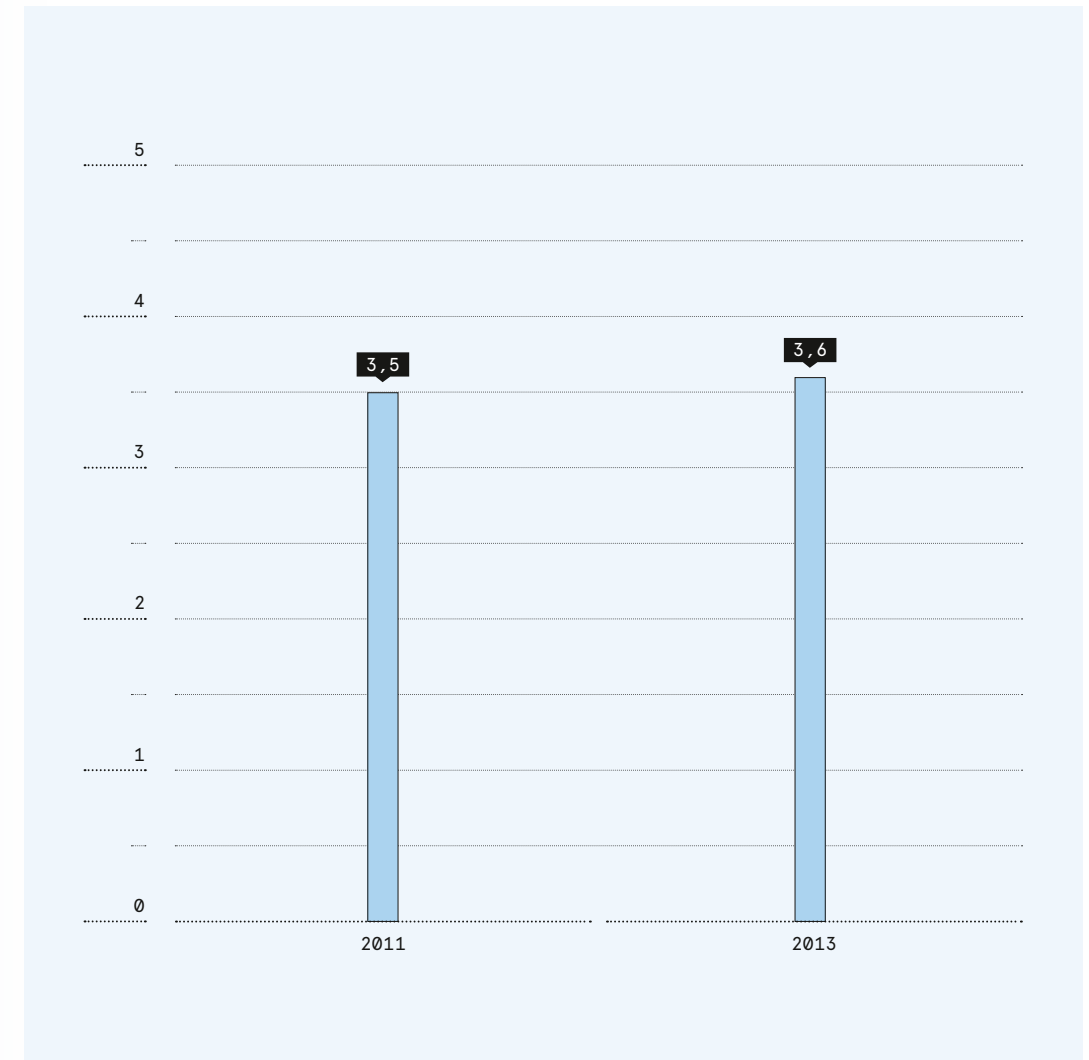
C6.2

Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung in Mannheim in Prozent



Quellen:
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Bevölkerung und Gebiet > Bevölkerung im Überblick > Bevölkerung nach Nationalität
www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/MigrationIntegration/AuslaendischeBevoelkerung/Tabellen/Bundeslaender.html

Beschäftigte der Kulturwirtschaft und deren Anteil an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Prozent



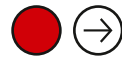
Quellen:
[http://www.kultur-kreativ-wirtschaft.de/KuK/Navigation/kultur-kreativwirtschaft,did=329922.html?view=renderPrintBerenberg-Kulturstaedteranking 2012 und 2014](http://www.kultur-kreativ-wirtschaft.de/KuK/Navigation/kultur-kreativwirtschaft,did=329922.html?view=renderPrintBerenberg-Kulturstaedteranking%202012%20und%202014)

C7.1

Hohe Teilhabe von Frauen im Kommunalparlament

Anteil von Frauen im Kommunalparlament

Entwicklung des Indikators



Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Die Zahl der Frauen im Kommunalparlament wird in Bezug gesetzt zur Zahl der gewählten Mandatstragenden. Eine durch vorzeitiges Ausscheiden und durch Nachrücken bedingte geringfügige Verschiebung während der Wahlperiode bleibt unberücksichtigt. Frauen und Männer sollten auf allen politischen Ebenen gleichberechtigt entscheiden. Dieser Forderung kann mit einer ausgewogenen Anzahl an Mandaten für Frauen und für Männer in den politischen Gremien entsprochen werden.

Zur Diskussion von Zielen

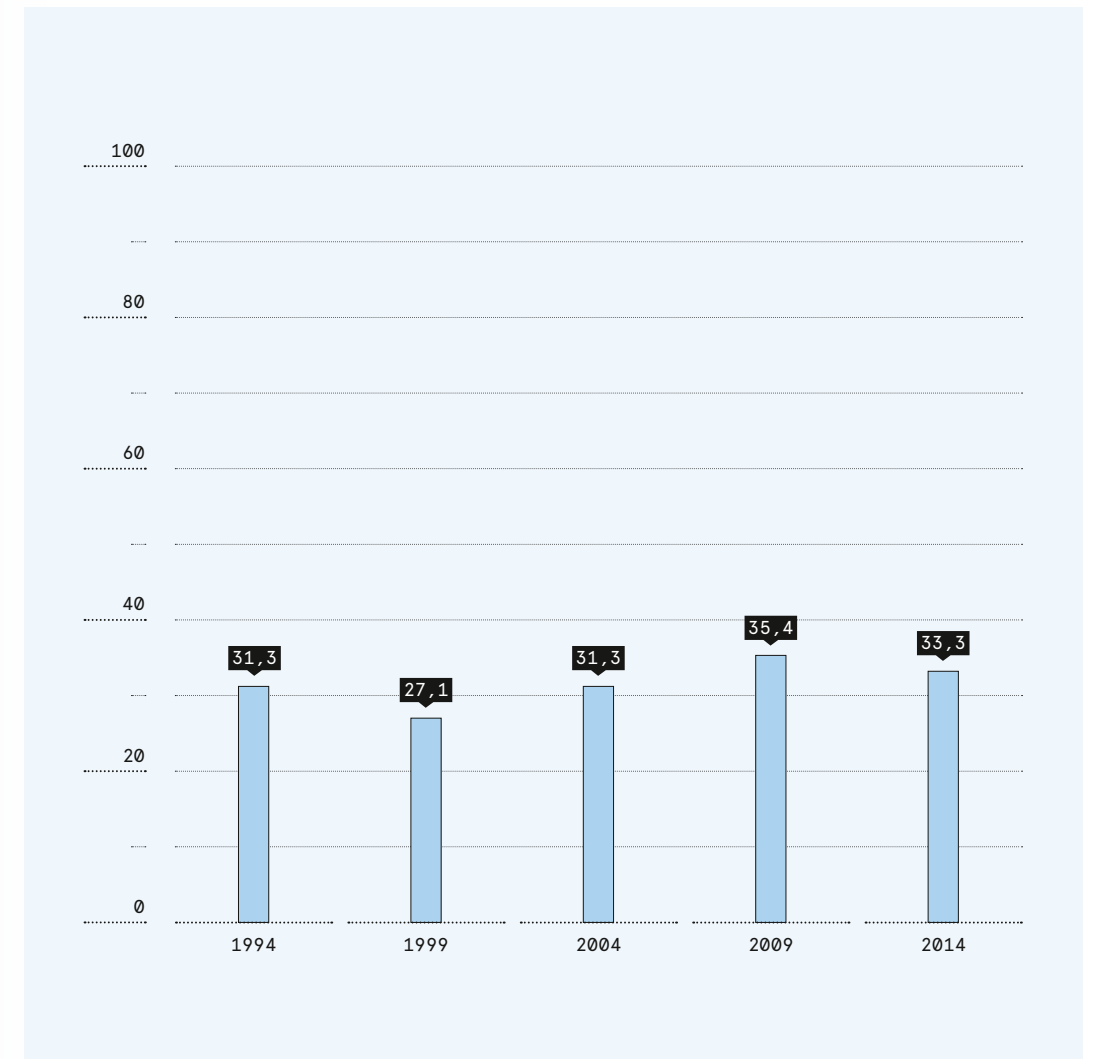
Eine paritätische Besetzung von Frauen und Männern sollte angestrebt werden. So kann eine vielfältigere Perspektive in politische Diskussionen eingebracht werden, da Frauen und Männer von politischen Entscheidungen unterschiedlich betroffen sind. In keinem OECD-Land nehmen Frauen einen Anteil über 50 % der Parlamentssitze ein. Schweden führt mit 44,7 %, in Deutschland sind es 35,6 %, Japan bildet mit 8,1 % das Schlusslicht (2015). Mit Bolivien und Ruanda hatten Frauen nur in zwei der weltweit betrachteten 188 Staaten die Hälfte oder mehr der Parlamentssitze inne. Ähnliches zeigt sich in den Bundesländern und Kommunen. Der 14. Landtag Baden-Württembergs hatte mit 23,7 % den niedrigsten Frauenanteil unter den deutschen Landesparlamenten. Der Thüringer Landtag erreicht mit 40,6 % Frauenanteil (2015) den höchsten Wert. Im 2011 gewählten 15. baden-württembergischen Landtag sank der Frauenanteil auf 18,1 %. Dies ist weit unter dem Frauenanteil im Deutschen Bundestag (2013: 36,3 %). Seit der Wahl 2016 hat der Landtag Baden-Württemberg einen Frauenanteil von 24,5 %.

Entwicklung in Mannheim

Der Frauenanteil im Gemeinderat schwankt zwischen 1994 und 2014 zwischen 27 % und 33 %. Zwischen 1999 und 2009 war ein Trend zur Ausgeglichenheit erkennbar. Bei der Gemeinderatswahl 2014 erhielten 16 Frauen einen der 48 Sitze, was einem Drittel entspricht. Bei der Gemeinderatswahl 2009 erhielten 17 Frauen einen Sitz. Der Anteil von einem Drittel kommt der Quote im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament von etwa 36 % nahe. Der Schnitt in Baden-Württemberg lag bei einem Viertel. Der Frauenanteil im Gemeinderat liegt in Heidelberg bei 31 %, in Karlsruhe bei 33 %. In Stuttgart bringen es die Frauen im Rat, ebenso wie in Freiburg, auf 35 %.

Wählen die Mannheimerinnen und Mannheimer eher Männer oder stehen mehr Männer zur Auswahl? Ein Blick auf die Wahllisten zeigt: Hier lag der Frauenanteil gemessen an der Zahl der Kandidatinnen und Kandidaten bei 33 %. Dies entspricht der Zusammensetzung des Gemeinderates. Auch im oberen Drittel der Listen liegt ein Anteil von 33 % vor.

Anteil von Frauen im Kommunalparlament in Prozent



Quellen:

1994, 1999, 2004: Stadt Mannheim, Fachbereich Rat, Beteiligung und Wahlen

2009, 2014: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Wahlen > Kommunalwahlen > Gemeinderatswahlen 2009 und 2014

C8.1

C Rahmenbedingungen einer nachhaltigen Kommunalentwicklung
 C8 Kommunales Management
 C8.1 Geringer Energieverbrauch kommunaler Liegenschaften

Geringer Energieverbrauch kommunaler Liegenschaften

Energiebedarf kommunaler Liegenschaften pro Quadratmeter genutzter Nettogrundfläche

Entwicklung des Indikators



Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Der Energiebedarf (Wärme- und Stromverbrauch) lässt sich in Kilowattstunden (kWh) pro Quadratmeter (m²) genutzter Fläche (Bezugsfläche) und Jahr ermitteln. Die mehr als 170.000 kommunalen Liegenschaften in Deutschland haben einen Energieverbrauch von über 37.000 Gigawattstunden pro Jahr. Die Energiekosten stellen mit ca. 2,6 Milliarden Euro den viertgrößten Posten in den kommunalen Haushalten dar.

Die Richtlinie des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI 3807) beschreibt das Verfahren zur Bestimmung von Verbrauchskennwerten für Gebäude. Es ist anwendbar auf thermische und elektrische Energie sowie auf den Wasserverbrauch. Die Kennwerte werden aus gemessenen Verbräuchen ermittelt. Ziel ist die Ermittlung von Einsparpotenzialen.

Zur Diskussion von Zielen

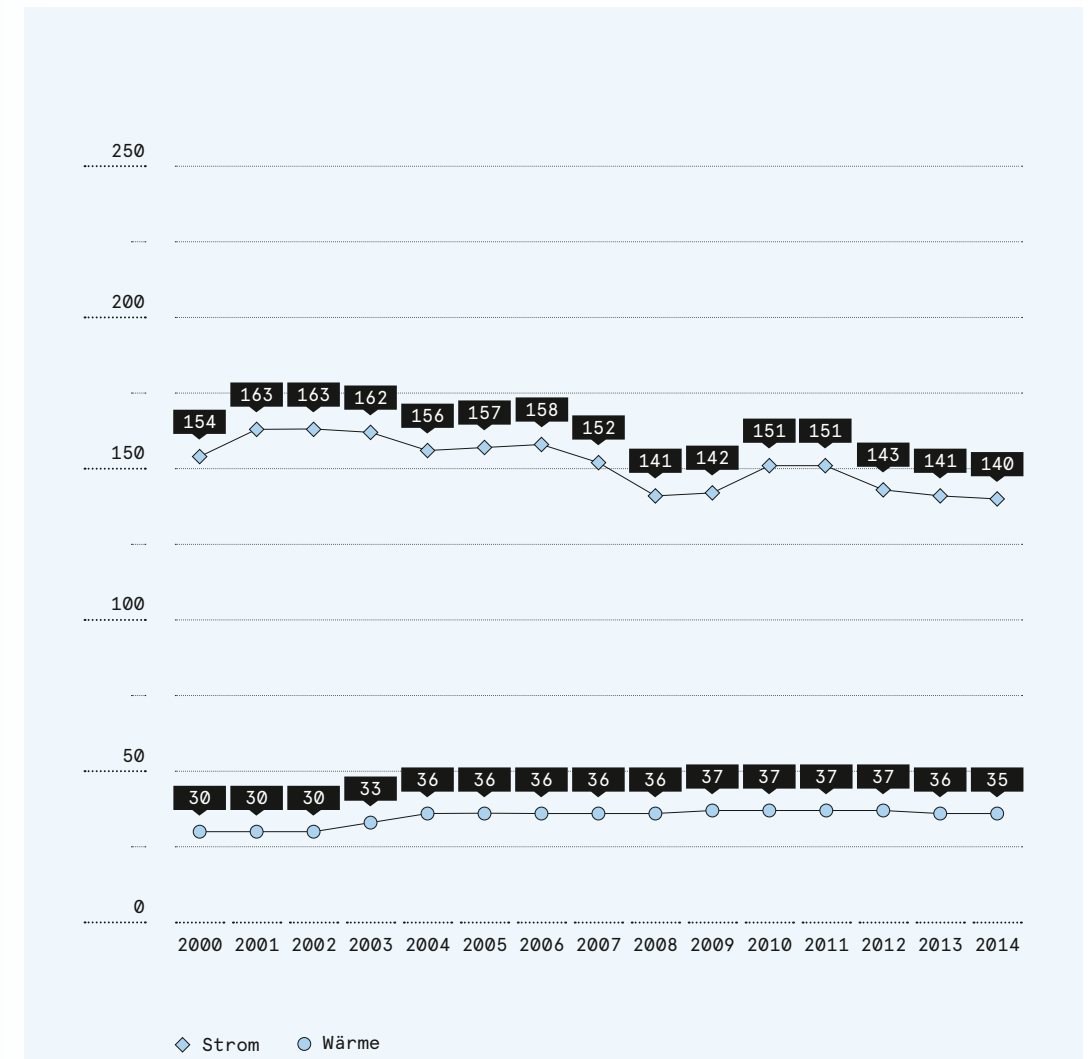
Laut VDI-Richtlinie 3807 gelten Verbrauchskennwerte für Gebäude in ihrer Gesamtheit und werden aus gemessenen Verbrauchswerten ermittelt, die dem Einfluss unterschiedlicher Größen unterliegen (z. B. baulicher Wärmeschutz, Benutzerverhalten, Nutzungsgrad der Heizungsanlage). Die Richtlinie dient der Schaffung einheitlicher Grundlagen für die Ermittlung und Interpretation von Verbrauchskennzahlen. Die Kennwerte können Energiesparpotenziale aufzeigen.

Laut Deutscher Energie-Agentur (dena) lassen sich Einsparungen mit folgenden Maßnahmen erzielen: Eine Sanierung der Gebäudehülle spart bis zu 90 % der Heizenergie, moderne drehzahlgeregelte Heizungspumpen verbrauchen bis zu 50 % weniger Strom als konventionelle, und moderne Beleuchtungssysteme können die Stromkosten um bis zu 75 % reduzieren.

Entwicklung in Mannheim

Für diesen Indikator wurden 80 städtische Liegenschaften ausgewählt, für die Strom- und Wärmedaten für den Zeitraum 2000 bis 2014 vorliegen. Die Spannbreite reicht von Kindertagesstätten über Bürgerdienste, Beratungsstellen und Schulen bis hin zu Seniorentagesstätten und dem Bürgersaal im Stadthaus. In einigen Liegenschaften hat sich der Verbrauch kaum, in anderen deutlich verändert. Selten sind klare Tendenzen hin zu mehr Energieeffizienz oder Energieeinsparungen erkennbar. Dies lässt sich an der Gesamtsumme erkennen: Der Strombedarf ist von 30 kWh pro genutzter Grundfläche in m² im Jahr 2000 auf 35 kWh/m² im Jahr 2014 gestiegen. Im Bereich der Wärmeenergie lässt sich ein leichter Trend zu einem geringeren Verbrauch ablesen: Im Jahr 2000 wurden noch 154 kWh/m² benötigt, 2014 nur 140 kWh/m².

Energiebedarf kommunaler Liegenschaften in kWh pro genutzter Grundfläche in m²



Quellen:
 Stadt Mannheim, Fachbereich Immobilienmanagement, 2015

C8.2

C Rahmenbedingungen einer nachhaltigen Kommunalentwicklung
 C8 Kommunales Management
 C8.2 Ökofaire Beschaffung in der kommunalen Verwaltung

Ökofaire Beschaffung in der kommunalen Verwaltung

Anteil von Recyclingpapier am Papierverbrauch kommunaler Einrichtungen

Entwicklung des Indikators



Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Erfasst wird der Anteil von Recyclingpapier am Papierverbrauch der kommunalen Einrichtungen.¹⁵ Recyclingpapier verursacht nicht nur etwa 15 % weniger CO₂ in der Herstellung, seine Verwendung schont auch auf einfachste Weise Ressourcen. Die Deutschen hatten 2011 mit ca. 247 Kilogramm pro Jahr neben den USA, Japan und Österreich den größten Pro-Kopf-Verbrauch an Papier weltweit.

Zur Diskussion von Zielen

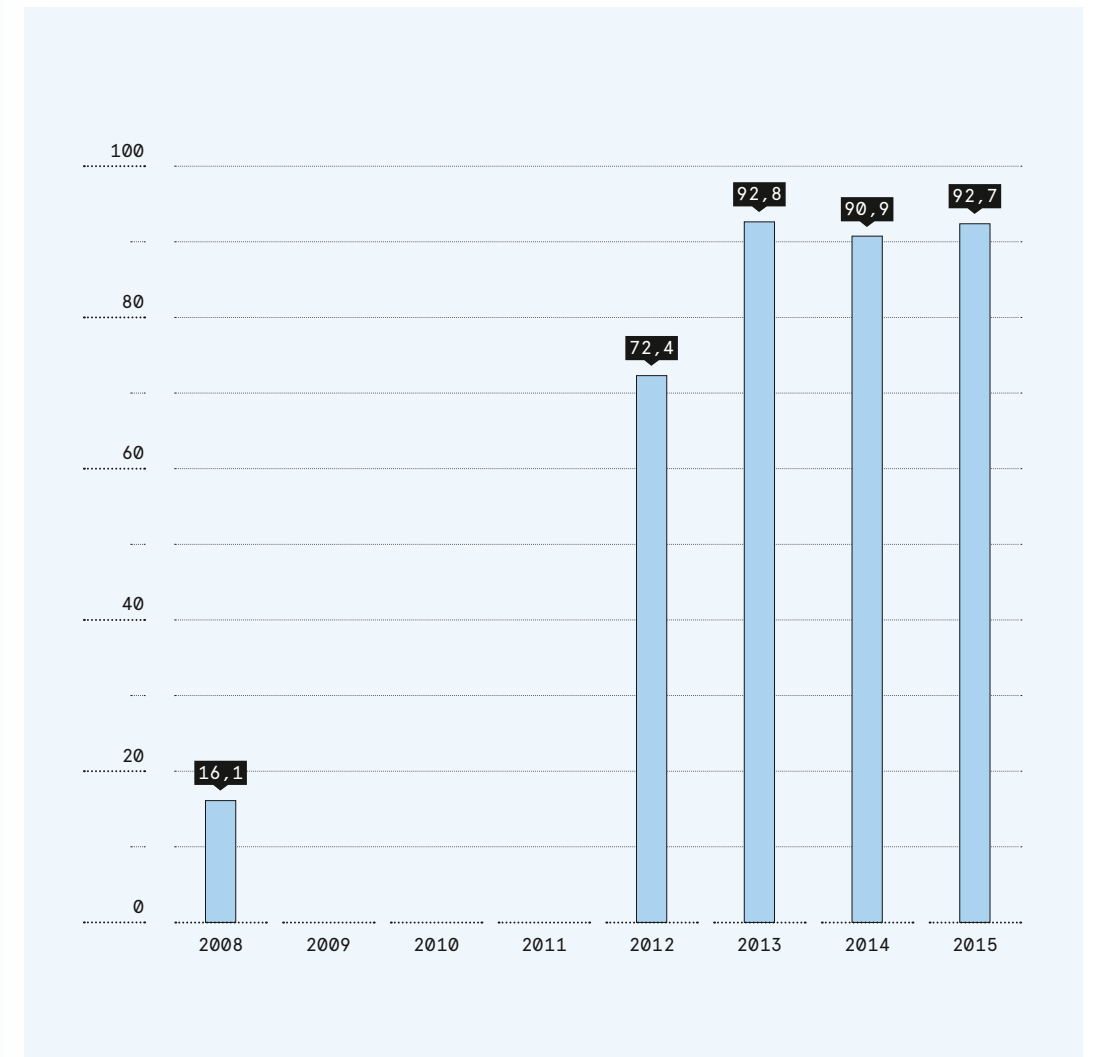
Entgegen dem Trend zu immer mehr digitaler Kommunikation werden in deutschen Büros immer noch etwa 60 Tonnen Papier pro Stunde verbraucht. Auch nach jahrzehntelangen Recyclingkampagnen ist das meiste Papier aus Frischfaser. Eine Umstellung auf 98 % Recyclingpapier gilt als machbar. Die Verwendung von Recyclingpapier in öffentlichen Einrichtungen geht auch mit einer Vorbildfunktion einher. Insbesondere ist zertifiziert recyceltes Papier sinnvoll (z. B. Gütesiegel „Blauer Engel“). Neben dem intern verwendeten Papier sollte auch bei externen Druckaufträgen auf eine Umweltorientierung geachtet werden. Seit 2008 erhebt die Initiative „Pro Recyclingpapier“ jährlich Daten über den Recyclinganteil in deutschen Städten ab 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. 2015 erzielten die 93 teilnehmenden Städte einen Recyclinganteil von 84,3 %. Damit sparten sie die Menge an Wasser ein, die 3,5 Millionen Haushalte jährlich verbrauchen. Das eingesparte Strompotenzial entsprach dem Jahresverbrauch von 25.400 Drei-Personen-Haushalten.

Entwicklung in Mannheim

Die Stadtverwaltung Mannheim benötigt jährlich über 50 Millionen Blatt Papier, also 170 Blatt pro Einwohnerin und Einwohner. Der Anteil von Recyclingpapier ist von 72 % im Jahr 2012 auf 93 % im Jahr 2015 gestiegen und liegt damit höher als der Durchschnitt aller im Papieratlas erfassten Kommunen. Im Vergleich mit den anderen Städten in Baden-Württemberg, die am Papieratlas teilnehmen (Karlsruhe, Stuttgart, Heilbronn, Reutlingen und Freiburg) liegt Mannheim gleichauf mit Stuttgart. Lediglich Freiburg hat mit 100 % Recyclinganteil einen höheren Wert.

¹⁵ Kommunale Einrichtung umfasst hier: Verwaltung, Schulen, Hausdruckerei.

Anteil von Recyclingpapier am Papierverbrauch kommunaler Einrichtungen in Prozent



Quellen:
 Initiative Pro Recyclingpapier: Papieratlas 2009, 2013, 2014 und 2015, www.papieratlas.de

C9.1

C Rahmenbedingungen einer nachhaltigen Kommunalentwicklung
 C9 Demokratisches Engagement
 C9.1 Förderung von Bürgerbeteiligung durch die Kommune

Förderung von Bürgerbeteiligung durch die Kommune Wahlbeteiligung bei Wahlen zum Kommunalparlament und bei Bürgermeisterwahlen

Entwicklung des Indikators



Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Die Wahlbeteiligung ermittelt sich als Prozentsatz der Wahlberechtigten, die sich mit gültiger oder ungültiger Stimme an der Wahl beteiligt haben. Eine hohe Wahlbeteiligung ist Ausdruck einer lebendigen Demokratie. In Deutschland sind alle Deutschen und Unionsbürger und -bürgerinnen wahlberechtigt, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet und seit mindestens drei Monaten im jeweiligen Wahlgebiet ihren Hauptwohnsitz haben. In Baden-Württemberg gilt ein aktives Wahlrecht zur Kommunalwahl bereits ab dem vollendeten 16. Lebensjahr. Im Rahmen einer nachhaltigen Kommunalentwicklung interessiert besonders die Wahlbeteiligung auf kommunaler Ebene, denn traditionsgemäß gehen mehr Wahlberechtigte bei Bundes- und Landtagswahlen zur Urne als bei Europa- und Kommunalwahlen.

Die Beteiligung variiert relativ stark zwischen den Kreisen. Interesse und Vertrauen in die Kommunalpolitik und der persönliche Kontakt zu den Kandidatinnen und Kandidaten fördern die Wahlbeteiligung. Außerdem beteiligen sich an Kommunalwahlen insbesondere Menschen, die sich mit dem Wohnort verbunden fühlen und z. B. in Verbänden und Vereinen engagiert sind.

Entwicklung in Mannheim

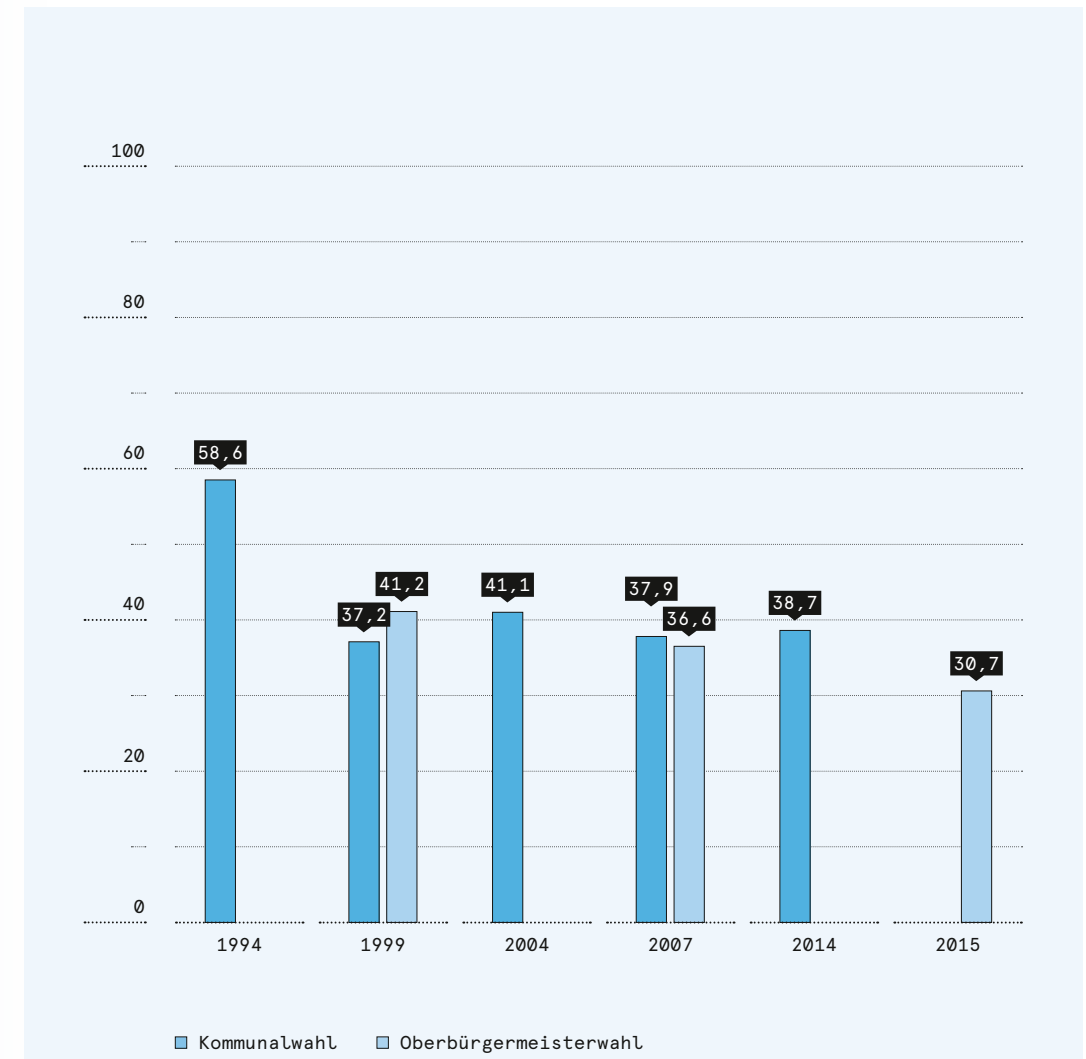
Zentraler Bestandteil der deutschen Kommunalpolitik-tradition ist die Direktwahl des Gemeinderats (auf fünf Jahre) und des (Ober-)Bürgermeisteramts (auf acht Jahre). Die Wahlbeteiligung bei Mannheimer Kommunalwahlen pendelt seit 1999 um die 40 %. Bei der Oberbürgermeisterwahl ist die Beteiligung von rund 41 % im Jahr 1999 auf niedrige 31 % im Jahr 2015 gesunken.

Zur Diskussion von Zielen

Kommunalpolitik hat für die Bürgerinnen und Bürger eine derart hohe Bedeutung, dass die breite Mehrheit oder mindestens so viele Wahlberechtigte wie bei den Bundes- und Landtagswahlen sich beteiligen sollten. Bei der Bundestagswahl 2009 lag die Wahlbeteiligung bei 72,4 %, bei den Landtagswahlen 2011 und 2016 bei 66,3 % und bei 70,8 %. An den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg beteiligt sich aktuell meist nur noch jede zweite wahlberechtigte Person. Während in den 1990er Jahren Durchschnittswerte zwischen 70 % und 80 % erreicht wurden, ist seit den Wahlen 1999 ein deutlicher Trend zur 50 %-Marke erkennbar.

Wahlbeteiligung bei Kommunal- und Oberbürgermeisterwahlen
 in Prozent

Wahlbeteiligung bei Kommunal- und Oberbürgermeisterwahlen in Prozent



Quellen:
 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Wahlen > Kommunalwahlen > Gemeinderatswahlen 2009 und 2014
 Stadt Mannheim, Fachbereich Rat, Beteiligung und Wahlen

C9.2

C Rahmenbedingungen einer nachhaltigen Kommunalentwicklung
 C9 Demokratisches Engagement
 C9.2 Hohes ehrenamtliches Engagement

Hohes ehrenamtliches Engagement Anzahl der eingetragenen Vereine

Entwicklung des Indikators



Definition und Bezug zur Nachhaltigkeit

Die Zahl der beim Registergericht eingetragenen Vereine wird auf die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner bezogen. Sie dient als Gradmesser für die Bereitschaft, sich für das Gemeinwohl einzusetzen. Tiefere Erkenntnisse könnten die Gesamtmitgliederzahl der Vereine bezogen auf die Wohnbevölkerung und der Anteil der Vereinsmitglieder mit Migrationshintergrund bieten.

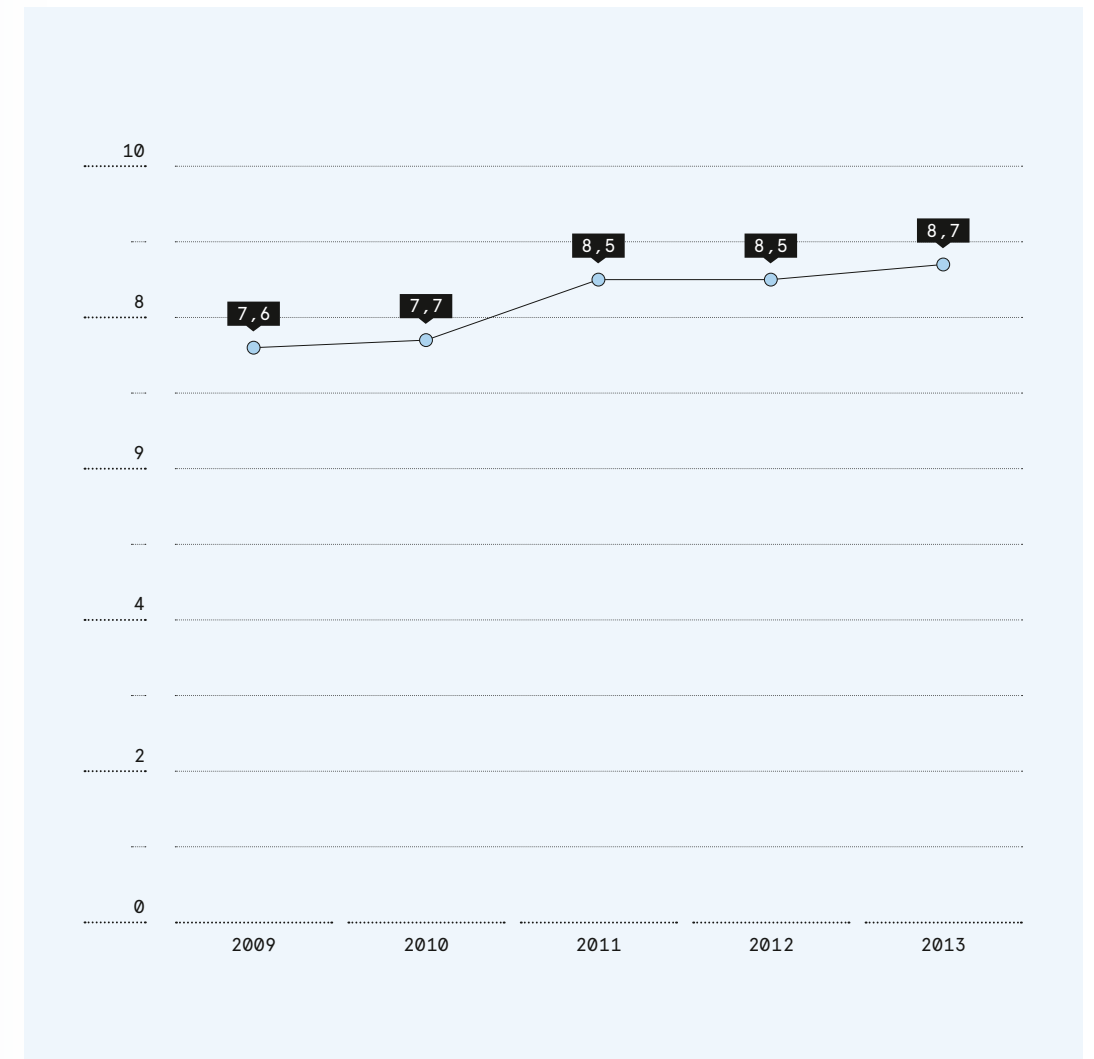
Zur Diskussion von Zielen

Die Zahl der Vereine lässt noch keine Aussage über die Mitgliedergröße, die Aktivität der Mitglieder und über die von ihnen investierte Zeit zu. Da hierzu keine flächendeckenden Daten verfügbar sind, wird die Zahl der eingetragenen Vereine in einer Kommune betrachtet. Aufgrund der genannten Unschärfe lässt sich kein Zielwert bestimmen, wie viele Vereine in einer Kommune gemessen an der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner vorhanden sein sollten. Ein Blick auf die Entwicklung der letzten Jahre bietet aber einen Anhaltspunkt für die Bewertung des Engagements in einer Kommune. Nach der fünften bundesweiten Erhebung zur Vereinsstatistik (2011), waren 580.298 Vereine in Deutschland aktiv. Dies bedeutet, dass sieben Vereine pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner eingetragen waren, 5 % mehr als 2008. Insbesondere in den Bereichen Umwelt, Tierhilfe, Menschenrechte und Kultur wurden mehr Vereine gegründet.

Entwicklung in Mannheim

Die Zahl eingetragener Vereine ist zwischen 2009 und 2013 kontinuierlich von 2.384 auf 2.576 gestiegen. Im Bezug zur Mannheimer Bevölkerung sind die Vereine pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern von 7,6 auf 8,7 gestiegen. Die Korrektur durch den Zensus 2011 wurde nicht für 2009 und 2010 berichtigt, weshalb die Werte dieser Jahre etwas unterhalb der Folgewerte liegen. Die Zahl der Vereine stieg damit um 8 % innerhalb von vier Jahren, was als positiv zu bewerten ist. Heidelberg weist mit rund 13 Vereinen im Vergleich eine hohe Anzahl auf. In Stuttgart sind es ungefähr zehn Vereine und Karlsruhe weist mit 8,7 genauso viele eingetragene Vereine wie Mannheim auf. Aufgrund der Zusammenlegung der Amtsregister bleibt abzuwarten, ob und wie dieser Indikator weitergeführt werden kann.

Zahl eingetragener Vereine pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner



Quellen:
 Stadt Mannheim, Fachbereich Rat, Beteiligung und Wahlen
 Amtsgericht Mannheim, Vereinsregister der Stadt Mannheim

Indikatoren im Überblick

A

Ökologische Tragfähigkeit

A1 Energie- und Klimaschutz

A1.1	Verbesserter Klimaschutz	● →
A1.2	Verringerung des Energieverbrauchs	●
A1.3	Ausbau der erneuerbaren Energien	● ↗

A2 Verkehr und Mobilität

A2.1	Verringerung des motorisierten Individualverkehrs	● →
------	---	-----

A3 Luftqualität

A3.1	Geringe Luftverschmutzung	● ↗
------	---------------------------	-----

A4 Abfall und Abwasser

A4.1	Niedriges Restmüllaufkommen	● →
A4.2	Hohe Wiederverwertung	● ↗
A4.3	Niedriges Abwasseraufkommen	● ●

A5 Sparsamer Flächenverbrauch

A5.1	Nachhaltiges Flächenmanagement	● →
------	--------------------------------	-----

A6 Naturschutz und Artenvielfalt

A6.1	Stärkung des Naturschutzes	● →
A6.2	Hohe Biodiversität	● ↗



Indikatoren im Überblick

B Wirtschaft und Soziales: gutes Leben in Kommunen

B1 Bevölkerungsstruktur

B1.1	Ausgewogene Bevölkerungsstruktur	● →
	Zahl der Zu- und Fortzüge und Wanderungssaldo	● →
	Altersstruktur der Bevölkerung	● →
	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort im Verhältnis zu Berufspendlerinnen und -pendlern	● →

B2 Siedlungsstruktur

B2.1	Ausgewogene Siedlungsstruktur	● →
	Anteil der Erholungsfläche an der Gesamtfläche	● →
	Preisindex der Wohnungsmieten	● ↘

B3 Sicherheit

B3.1	Niedrige Kriminalität	● →
------	-----------------------	-----

B4 Arbeit

B4.1	Niedrige unfreiwillige Arbeitslosigkeit	● ↗
B4.2	Schaffung von Arbeitsplätzen	● ↗

B5 Einkommensverteilung

B5.1	Armutquote	● →
------	------------	-----

B6 Bildung, Ausbildung und Kultur

B6.1	Gute Ausstattung der Bibliotheken	● →
B6.2	Niedrige Zahl von Schulabgängerinnen und Schulabgängern	● ↗
B6.3	Schaffung von Ausbildungsplätzen	● →
B6.4	Kulturelles Angebot	
B6.5	Förderung von Kultur	●

B7 Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen

B7.1	Förderung von Kinder- und Jugendarbeit	●
B7.2	Abdeckung vorschulischer Bedarfe	●
B7.3	Ausreichende Zahl von Kinderbetreuungsplätzen	● ↗

B8 Regionale Versorgung und lokale Ökonomie

B8.1	Hoher Versorgungsgrad	● →
B8.2	Gutes Umfeld für Unternehmensgründungen	●
B8.3	Hohe Ertragskraft	● →

B9 Betrieblicher Umweltschutz

B9.1	Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes	● ↗
------	---	-----

Indikatoren im Überblick

C Rahmenbedingungen einer nachhaltigen Kommunalentwicklung

C1 Gesunde Struktur des öffentlichen Haushalts		
C1.1	Gute fiskalische Nachhaltigkeit	● ↗
C2 Faire Preise und bewusster Konsum		
C2.1	Öko-soziale und faire Beschaffung	●
C2.2	Hoher Umsatz fair gehandelter Ware	● ↗
C3 Lokale Entwicklungszusammenarbeit und gerechte Verteilung		
C3.1	Intensive lokale Entwicklungszusammenarbeit	
C4 Gesundheitsniveau		
C4.1	Gute Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen	↔
C4.2	Hohe Lebenserwartung	● ↗
C4.3	Breite Abdeckung von Gesundheitsfragen durch ehrenamtliche Organisationen	↔
C5 Globales Lernen		
C5.1	Hohe Beteiligung bei interkulturellen Veranstaltungen	↗
C5.2	Hohe Beteiligung beim Agenda-Diplom	↔

C6 Teilhabe von Migrantinnen und Migranten		
C6.1	Gute Bildung von Migrantinnen und Migranten	● ↗
C6.2	Hohe Akzeptanz von Migrantinnen und Migranten	●
C7 Teilhabe von Frauen		
C7.1	Hohe Teilhabe von Frauen im Kommunalparlament	● ↗
C8 Kommunales Management		
C8.1	Geringer Energieverbrauch kommunaler Liegenschaften	↔
C8.2	Ökofaire Beschaffung in der kommunalen Verwaltung	● ↗
C9 Demokratisches Engagement		
C9.1	Förderung von Bürgerbeteiligung durch die Kommune	● ↘
C9.2	Hohes ehrenamtliches Engagement	● ↗

Danke.

Wir danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fachbereiche, Eigenbetriebe und Beteiligungsgesellschaften der Stadt Mannheim, die bei der Erstellung dieses Nachhaltigkeitsberichts mitgewirkt und ihr Wissen und ihre Kreativität eingebracht haben.

Herausgeberin

Stadt Mannheim
Rathaus E5
68159 Mannheim

Redaktion

Matthias Krebs, M.A.
Dezernat des Oberbürgermeisters
Referat Strategische Steuerung

Edith I. Werner, M.A.
Dezernat für Bürgerservice, Umwelt
und technische Betriebe

Prof. Dr. Hans Diefenbacher
Dipl. Soz.-Wiss. Rike Schweizer
Institut für interdisziplinäre
Forschung (FEST), Heidelberg

Gestaltung

Stefan Jantzen
BF G710, Mannheim

Bildnachweis

Bombardier Inc. or its subsidiaries, Daniel Lukac,
Deutscher Nachhaltigkeitspreis, Andreas Henn,
Shooreh Fezoni, Gerhard Heckmann, istockphoto,
Alexander Kästel, mg: mannheimer gründungszentren
gmbh, MVV Energie AG, Quartiermanagement e.V.,
Neckarstadt-West, Stadt Mannheim, Ben van Skyhawk

Dieser Bericht wurde mit größter Sorgfalt erstellt.
Dennoch kann der Herausgeber für die Richtigkeit aller
Angaben keine Haftung übernehmen.

Redaktionsschluss
31. Dezember 2016

© Stadt Mannheim

